

Preußische Allgemeine



Nr. 17 · 28. April 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Abstruse Affäre

Wie deutsche Leitmedien und ein wenig bedeutender Romanautor Springer-Chef Mathias Döpfner angreifen wollen – und am Ende doch nur ein Beispiel für trostlosen Boulevardjournalismus liefern Seite 3



Brauchtum Der erste Deutsche Schützen tag der Nach-Corona-Zeit Seite 2



Reise Wohin Rumäniens Königin Maria vor dem Alltag floh Seite 21

FOTOS: SCREENSHOTS/DIE ZEIT/DER SPIEGEL, ILLUSTR. SCHNIGGAGEN

AUFGEFALLEN

Habecks Familienwirtschaft

Eigentlich wäre es nur eine peinliche Posse. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, erhielt einen Preis. Am Rande der Hannover-Messe verlieh ihm die Wirtschaftsförderung und Technologie Transfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), eine vom Land Schleswig-Holstein, den Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und den Hochschulen des norddeutschen Bundeslandes getragene Gesellschaft, den ersten „Energieküste“-Award.

Der Preis, mit dem der Einsatz des Ministers für die Energiewende gewürdigt werden soll, ist eher symbolischer Art, und deswegen wäre die Sache kaum der Rede wert. Wäre da nicht der Verleiher der Trophäe – WTSH-Geschäftsführer Dr. Hinrich Habeck. Dieser ist niemand geringeres als der jüngere Bruder des Geehrten.

Zwar war Habeck senior bei der Bestellung seines Bruders vor einem Jahr nicht mehr Mitglied der Kieler Landesregierung, doch war – und ist – er als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sowie als langjähriger Landesminister und stellvertretender Ministerpräsident noch immer der starke Mann der Grünen im Norden. Es fällt schwer zu glauben, dass die Berufung des einen Habeck nichts mit der Macht des anderen zu tun hatte.

Wären die Habecks Mitglieder einer bürgerlichen Partei, hätte es sehr wahrscheinlich einen Aufschrei über diese Vettern-, pardon: Brüderwirtschaft gegeben. So aber hieß es: Still ruhen Nord- und Ostsee. *neh*

POLITIK

Die Starre der FDP aus Angst vor dem Untergang

Obwohl schon lange nicht mehr eine liberale Stimme so erforderlich war wie jetzt, taumeln die Freien Demokraten am Rande des Abgrunds

VON WERNER J. PATZELT

Auch als die FDP noch Deutschlands „Zünglein an der Waage“ war, erlebte sie Zerreißen. 1982 führte der Wechsel von der Seite der SPD an die der Union zum protestierenden Abwandern vieler ihrer Mitglieder hin zur SPD, darunter auch etlicher Parlamentarier. Doch noch zeitigten solche Richtungskonflikte keine Existenznöte für die koalitionswechselnde FDP, weil nur drei politische Lager Chancen auf Abgeordnetensitze hatten.

Im heutigen Mehrparteiensystem mit geschwächter Union und SPD ist das anders. Zur Mehrheitsbildung wird die FDP, falls sie überhaupt ins Parlament gelangt, nur noch dann gebraucht, wenn Union oder SPD keinen ausreichend starken Bündnispartner für eine Zwei-Parteien-Koalition finden, und wenn zugleich die medial stets als besonders wünschenswert nahegelegte Regierungsbeteiligung der Grünen misslingt. Im Anschluss an solche Koalitionen aber büßt die FDP dafür, dass weder klar sozial- oder christdemokratische Politik gemacht noch grüne Politikprojekte umgesetzt wurden, wie man sie in Elitkreisen sehr schätzt.

Zur Strafe wird dann oft das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Weder auf kommunaler Ebene stark noch in den meisten Landesparlamenten oder gar im Bundestag vertreten zu sein, lässt eine

Partei allerdings dahinkümmern. Und dann wird sie zum Vehikel von Karrieristen mit bescheidenem politischen Ehrgeiz bei opportunistischer Biagsamkeit.

Warum in dieser Lage nicht Regierungsmacht an der Seite jener Grünen anstreben, denen die Diskurse in Journalisten- und Intellektuellenkreise weiterhin die Anmutung von politischer Jugendfrische und moralischer Überlegenheit verleihen? Lieber gar nicht als schlecht regieren – das war einmal. Und freilich gab es 2021 auch keine politisch vermittelbare Alternative zur jetzigen Ampelkoalition.

Eine Partei ohne relevantes politisches Gewicht

Doch während die SPD weiterhin von vergangener Größe zehren kann und grüner Zauber durchaus nicht verflogen ist, hat die FDP nur einen stets prekären Sicherheitsabstand zur Fünf-Prozent-Hürde. Außerdem hat sie beim Mitregieren stets schlechte Karten. Meist ist ungewiss, ob man mit ihr auch noch in der nächsten Wahlperiode politisch rechnen muss. Deshalb ist eine strategische Annäherung an ihre Positionen womöglich eine Fehlinvestition, die man besser unterlässt.

Anders als 1982 gibt es für die FDP im Bund auch keine plausible Alternativkoalition, ja im Grunde überhaupt kein anderes politisch machbares Bündnis, bei dem es auf sie ankäme. Also hat die FDP in der Ampelkoalition auch kein richtungsent-

scheidendes politisches Gewicht. Führt aber ein Regierungssturz derzeit zu Neuwahlen, dann verlore unter dem jetzt geltenden Wahlrecht ein Teil der Unionsabgeordneten seine Mandate. Deshalb werden CDU und CSU derzeit die FDP auch nicht aus der Regierung locken. Obendrein sind inzwischen auch große Teile der Union so staatsgläubig geworden, wie es Sozialdemokraten und Grüne immer schon waren. Das bringt liberale Ideen von Eigenverantwortung und Freisetzung technisch-wirtschaftlicher Innovationskraft um ihren früheren Resonanzraum.

Ohnehin hat Liberalismus in Deutschlands jetziger politischer Kultur ganz allgemein einen schweren Stand. Etwa ist der Laissez-faire-Liberalismus in Erziehungs- und Bildungszusammenhängen ziemlich diskreditiert, während von einer Selbstbeschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben weiterhin kaum jemand hören will.

Dabei bräuchte es gerade jetzt das liberale Gegenhalten angesichts der selbstgefälligen Erziehungsansprüche unserer politischen Eliten sowie ihrer autoritären Eingriffe in Technologieentwicklung und kritische Diskurspraxis. Im Grunde war eine starke FDP noch nie so notwendig wie jetzt. Doch kein Zwerg wächst schon deshalb, weil Riesen wünschenswert wären. Arbeiten wir allerdings auf eine liberalismusfreundliche politische Kultur hin, jeder in seinem Wirkungsbereich!

IN DIESER AUSGABE

Politik

Entscheiden die Türken in Deutschland die türkische Präsidentenwahl?

Seite 4

Kultur

Das blühende Geschäft mit dem Verbrechen – die Krimilust der Deutschen

Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Sensburg kamen die Vertreter der deutschen Vereine zusammen

Seite 13

HINWEIS

Bruderhilfe Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Bruderhilfe bei.



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Deutsches Schützenwesen Schützengilden haben vor allem im ländlichen Raum eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Verkehr der Deutschen und bilden eine kulturelle Nische für Heimat- und Traditionsbewusste

„Gut Ziel!“, „Gut Schuß!“ oder „Gut Wehr!“

Nach der Corona-Pandemie geht es wieder los – Das deutsche Schützenwesen hat viele Wurzeln und eine lange Geschichte

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Am kommenden Wochenende findet im niedersächsischen Heidekreis nach pandemiebedingter langjähriger Pause wieder ein Deutscher Schützertag statt. Treffsichere Grünröcke aus der ganzen Bundesrepublik werden aufmarschieren und ihrer althergebrachten Tradition huldigen.

Aufmärsche der Schützen werden meist mit einem gewissen Ernst betrieben – zumindest bis zum Bierzelt. Kommt es zum Wettstreit an der Fadenkreuzscheibe, geben die Waffenbrüder und -schwester alles. Doch bei seit Jahren sinkenden Mitgliederzahlen stellt sich die Frage, ob das uniformierte und bewaffnete Personal mit ausgeprägtem Traditionsbewusstsein in einem seiner eigenen Geschichte abholden Deutschland nur noch einen kulturellen Anachronismus darstellt.

Das deutsche Schützenwesen hat viele Ursprünge. Das vergleichende Schießen von Jägern mit Pfeil und Bogen, nur um der Ehre des Sieges willen, geht vermutlich auf den ostfränkischen König Heinrich I., „den Vogler“, zurück. Der Liudolfinger herrschte von 919 bis 936, wobei der Beiname erst ab dem 12. Jahrhundert bekannt ist. Ob bereits zu dieser Zeit oder später, mag dahinstehen: Zum Schutze des Reiches gegen Slawenaufstände und Heerzüge der Ungarn entstanden Burgen und Städte, deren Bürger waffenpflichtig wurden. Die Schutzbürger sind der Nukleus der Schützengilden. 1139 wird erstmals urkundlich eine Schützengilde in Gymnich (Rhein-Erft-Kreis) erwähnt, 1190 eine weitere für Düsseldorf, zwei Jahre darauf entsteht eine Gilde im holsteinischen Oldenburg.

Sportlicher Wettstreit

Das Schützenwesen hält sich durch das Mittelalter. Partell erstarkt es sogar als Machtfaktor freien Bürgertums – vor allem in den Städten als Abgrenzung zu den Adelszirkeln. Ab Ende des 15. Jahrhunderts setzt sich die Büchse beim Vogelschießen durch, während in einigen brandenburgischen Städten noch bis Ende des 18. Jahrhunderts die Armbrust vorherrscht.

Im Spätmittelalter dominieren die Gelage zum Schützenfest. Wenige Jahre nach der letzten bekannten mittelalterlichen Ritterschlacht 1519 nahe der niedersächsischen Stadt Soltau (Soltau Schlacht) er-

lässt der Herzog von Braunschweig-Lüneburg 1564 eine polizeilich eingeschränkte Gestattung des Schützen- und Pfingstgildeschießens. Das Dokument deutet bereits an, was bis heute zum „guten Ton“ jedes Schützenfestes gehört. Die Schützen sollten spätestens „um neun uhren ein jeder wiederumb zu hauß gehen, und keine längere Zeche, auch durchauß keine Tänze dabey“ haben. 1710 dokumentiert ein Schreiben des Kurfürsten von Hannover ein Verbot des Schützenfestes, „um Gesöf und anderen liederlichen Handeln“ vorzubeugen.

Die Tradition hatte mit der Neuzeit das Wehrhaftigkeitsprinzip überlagert. Das Darniederliegen der Gilden muss zeitweise sehr ausgeprägt gewesen sein. Immerhin beschloss der absolutistische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. in Preußen 1722 den Verfall aller Schützengilden und zog deren Vermögen kurzerhand ein. Erst der Vertreter des aufgeklärten Absolutismus Friedrich II. erkennt 1750 mit einem Freibrief die Schützenfeste wieder an. Obwohl die Schützengilden zu Paraden und Wachdiensten hier und da noch auf den Stadtmauern herangezogen werden, dümpeln

die Vereinigungen vor sich hin. Zu sehr hatte bereits der Dreißigjährige Krieg den Gilden und Bruderschaften zugesetzt.

Verteidigung der Heimat

Ab 1809 kommt mit dem Siegeszug Napoleons das Schützenwesen erneut zum Erliegen. Die Franzosen verbieten die Schützenbünde wegen der von ihnen ausgehenden militärischen Gefahr. Einen neuen Schub bekommt das Schützenwesen doch schon bald im Zuge der Befreiungskriege zur Überwindung des napoleonischen Jochs. Die Schützen werden zur Stütze des Widerstands. Nirgendwo wird das deutlicher als beim Aufstand der Tiroler Schützen um Andreas Hofer, die sich ortskundig gegen Napoleons Truppen und Bayern lange behaupten können. Entsprechend selbstbewusst treten die Tiroler Schützen bis zum heutigen Tage auf.

Preußen und die deutschen Staaten hatten sich auf ihre Freiwilligenverbände verlassen können. Die Stiftung des Eisernen Kreuzes 1813 als Auszeichnung, die jeder einfache Mann erringen konnte, zeugt von dieser königlichen Erhebung

des Volks als Grundlage für jeden Abwehrkampf. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler verweist in diesem Zusammenhang auf das Lied Ernst Moritz Arndts: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte ...“. So erfuhr ab 1815 das Schützenwesen, dem viele Veteranen der Befreiungskriege beitraten, eine neue Blüte. Die meisten der neuen Schützenvereine hatten allerdings nicht mehr das Üben für den Schutz- und Trutzfall auf der Agenda, sondern das vergleichende Schießen und die Pflege der Tradition.

Doch das ist nicht durchgängig der Fall, wie beispielsweise die Gilde Munster in der Lüneburger Heide belegt. Könige wurden am Truppenübungsplatz an der Örtze zwar ab 1901 ausgeschossen. Die allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg am 19. Juli 1920 gegründete „Bürger-Schützengilde des Kirchspiels Munster“ hatte primär zum Zweck, eine Selbstschutzorganisation zu sein, wie die Chronik der Gilde verlautet. Das war durchaus heikel, denn nach Artikel 177 des zwei Jahre zuvor geschlossenen Versailler Friedens durften sich Kriegervereine und Schützengilden „ohne Rück-

sicht auf das Alter der Mitglieder nicht mit militärischen Dingen befassen (...) ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden (...) oder üben zu lassen“. Dennoch setzte sich die Auffassung durch, dass die Kleinkaliberbüchse als olympische Sportwaffe vom Friedensdiktat nicht erfasst werde.

Beitreten konnte man in Munster dem Schwarzen Korps oder dem Jäger-Korps. Die Gründung dieser Gilde dürfte vor dem Hintergrund der Revolutionsjahre 1918 bis 1920 erfolgt sein, unter dem Eindruck der Wirren der kommunistischen Aufstände an der Ruhr und in Hamburg sowie der staatlich nur bedingt kontrollierbaren Freikorps, die sich den Kommunisten entgegenstellten.

Geselligkeit und Tradition

Der bereits 1861 gegründete Deutsche Schützenbund löste sich im Zuge der NS-Gleichschaltung 1935 widerstandslos zugunsten des Deutschen Schützenverbands auf.

Die sich ab 1949 wieder versammelnden Schützen können den Deutschen Schützenbund (DSB) 1951 neu beleben. Im Zuge des Kalten Krieges gewinnen die Schützenvereine deutlich an Zulauf, sodass 1978 der DSB bereits mehr als eine Million Mitglieder aufweist. Seinen Zenit erreicht der fünftgrößte Sportverband der Republik allerdings erst deutlich nach der deutschen Vereinigung mit 1,5 Millionen Mitgliedern im Jahr 1997. Seither sinken die Mitgliederzahlen kontinuierlich.

Auch wenn den Vereinen die Ehrenamtlichen ausgehen, die Schützentradition dem Zeitgeist als zu anachronistisch erscheint, ist es deutlich zu früh, auf den tradierten Schützenverein – jenseits der reinen Schießsport-Clubs – einen Nachruf zu verfassen. Zwar hat der Lockdown während der Coronajahre die Mitgliederzahlen im DSB noch einmal deutlich stärker fallen lassen, gleichwohl gehören den deutschen Schützenvereinen aktuell noch immer 1,3 Millionen Mitglieder an. Vor allem im ländlichen Raum haben Schützengilden weiterhin eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Verkehr der Deutschen und bilden eine kulturelle Nische für Heimat- und Traditionsbewusste, bei denen es in diesen Tagen wieder heißt: „Gut Ziel!“, „Gut Schuß!“ oder „Gut Wehr!“.



Beim Schützenausmarsch des 487. Schützenfestes Hannover: Schützen am Ballhofplatz

Foto: Ullstein

WAFFENRECHT

Sportler und Jäger unter Generalverdacht

Das scharfe deutsche Waffenrecht ist hochkomplex – Behörden machen Fehler bei Kontrollen

Im vergangenen März ermordete ein 35-Jähriger in einem Gotteshaus der Zeugen Jehovas in Hamburg sieben Menschen, verletzte weitere sieben und tötete zuletzt sich selbst. Der Täter war nicht nur ehemaliges Mitglied der Glaubensgemeinschaft, sondern auch Mitglied eines Hamburger Schießsportvereins und besaß die Tatwaffe legal. Noch im Januar war der Waffenbehörde zwar eine psychische Erkrankung des Täters angezeigt worden, auch gab es eine unangemeldete Kontrolle seitens der Polizei. Der Täter erhielt aber lediglich eine mündliche Verwarnung wegen nicht ordnungsgemäß verschlossener Munition, sonst geschah nichts.

Die Hamburger Bluttat ist eine jener Taten, welche die Politik dazu anspornen, das ohnehin restriktive deutsche Waffenrecht weiter deutlich zu verschärfen. Das Forum Waffenrecht im Deutschen Jagdverband (DJV) verweist demgegenüber auf die bereits bestehenden „umfassenden Kontroll- und Entzugsmöglichkeiten, die nur angewandt und vollzogen werden“ müssten. In Hamburg habe es „offensichtlich Fehlentscheidungen“ gegeben.

Das von der Bundesregierung angestrebte Verbot halbautomatischer Waffen weist auch der Deutsche Sportbund (DSB) zurück. „Die Sportpistole und die Schnellfeuerpistole sind zwei der erfolgreichsten olympischen Disziplinen und werden mit

halbautomatischen Waffen geschossen“, erläutert dazu DSB-Präsident Hans-Heinrich von Schönfels. Ein Verbot von halbautomatischen Waffen würde das Ende der olympischen Träume vieler Sportler in diesen Disziplinen bedeuten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) fordert seit einigen Wochen eine Verschärfung des Waffenrechts. Dabei geht es ihr vor allem um ein Verbot „kriegswaffenähnlicher“ halbautomatischer Gewehre in den Händen von Privatleuten. Inzwischen hat sich sogar Bundeskanzler Olaf Scholz eingemischt, für eine „behutsame Reform“ des Waffenrechts plädiert, allerdings die Entwaffnung von Extremisten gefordert.

Wo vorhandenes Recht nicht genutzt wird, wirkt die Forderung nach verschärften Gesetzen wie Populismus

Das Problem bei der Kriegswaffenähnlichkeit von Waffen sehen einige Juristen in der Auslegbarkeit des Begriffs. Das Waffenrecht wird tatsächlich oft noveliert, und das mit handwerklichen Fehlern. So wurden bei der letzten Novelle Hunderttausende zu Straftätern gemacht, die längst vergessene Butterfly- oder Fallmesser sowie Wurfsterne als Reisesouvenire in ihrem Keller aufbewahren.

In die Kritik von Juristen gerät zudem die unangemeldete Waffenkontrolle, weil die Behörden die dazu gesetzten Grenzen ständig missachten. Wo vorhandenes Recht aber nicht genutzt wird, wirkt die Forderung nach verschärften Gesetzen wie Populismus. B.K.

Verstolperte Kampagne

Eine abstruse Affäre um Springer-Chef Mathias Döpfner: Während die „Zeit“ versucht, den Verleger mit der Veröffentlichung privater Chat-Nachrichten bloßzustellen, will ihn ein ehemaliger Freund mit einem Schlüsselroman kompromittieren

VON HOLGER FUSS

Einem Axel Cäsar Springer wäre so etwas gewiss nicht passiert. Als sein Verlag 1967/68 zur Zielscheibe der Studentenunruhen wurde, standen die „Bild“-Redakteure geschlossen hinter ihrem Verleger. Auf den Straßen wurde skandiert: „Enteignet Springer!“ Oder: „Leute, macht die Fackeln aus, die brauchen wir fürs Springer-Haus!“ Die „Bild“-Zeitung keilte zurück und kommentierte den tödlichen Schuss eines Polizisten auf den Studenten Benno Ohnesorg: „Er wurde Opfer von Krawallen, die politische Halbstarke inszenierten.“ Über die Demonstranten hieß es: „Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen.“ Die aufmüpfigen Studenten nannte „Bild“ eine „Rote SA“.

Von solch einer Gefolgschaft kann der heutige Chef des Springer Verlages nur träumen. Nachdem die „Zeit“ in der vorvergangenen Woche über den Springer-Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner eine doppelte Enthüllung privater digitaler Kurznachrichten zum landesweiten Skandal emporklopptete, fiel tags darauf die erst vier Wochen zuvor inthronisierte „Bild“-Chefredakteurin Marion Horn ihrem Vorgesetzten mit einem Kommentar in den Rücken: „Eigentlich ist eine Entschuldigung fällig, Chef!“

Zu Zeiten des Verlagsgründers Axel Cäsar Springer wäre diese pausbäckige Dame auf kurzem Dienstweg entfernt worden. Mathias Döpfner jedoch knickte ein und ließ anderntags auf „Bild“-Online verlauten: „Stimmt! Ich bitte um Entschuldigung dafür, dass ich mit meinen Worten viele gekränkt, verunsichert oder verletzt habe. Ein Beispiel: ‚Die Osis sind entweder Kommunisten oder Faschisten.‘ Das ist verletzend. Und wörtlich genommen natürlich Quatsch.“

Der Rohrkrepierer der „Zeit“

Dabei ist dieses Zitat eine erkennbare Übertreibung, eine verbale Alltagskarikatur, wie sie in Gesprächen immer mal stattfinden und von einem unsichtbaren Augenzwinkern begleitet werden. Wer diesen Kontext ignoriert, ist entweder humorlos oder böswillig. Oder er verfolgt eine politische Absicht, wie eben die „Zeit“-Autoren. Sie werfen Döpfner eine „radikalisierte Sichtweise“ auf die Kanzlerin Angela Merkel vor, wenn er nach der desaströsen Ministerpräsidenten-Wahl in Thüringen im Februar 2020 schreibt: „Das Land hat jeden Kompass verloren. Und M den Verstand. Sie ist ein sargnagel der Demokratie. Bald hat die AfD die absolute Mehrheit.“ (Die Tippfehler veröffentlichte die „Zeit“ aus Bosheit im Original.) Der „Zeit“-Artikel wirft Döpfner „eine konstante Verachtung der Eliten“ vor – eigentlich die Aufgabenbeschreibung für jeden Verleger, dessen publizistische Erzeugnisse den Mächtigen kritisch auf die Finger schauen sollen.

Als anstößig brandmarkt die „Zeit“ auch Döpfners Bekenntnis zum Westen: „free west, fuck the intolerant muslims und all das andere Gesoche.“ Inhaltlich vertritt Döpfner hier einfach die Werte der freien Welt, inklusive rüder Ausdrucksweise. Auch seine Corona-Nachrichten sind nicht zu beanstanden: „Corona ist eine Grippe gefährlich für alte und kranke“, schrieb er im März 2020. Politik und Wirtschaftsführer würden „unsere offene Gesellschaft für immer zerstören“. Mehr noch: „Das ganze ist so surreal. Kollektiver Verstandes Verlust. Der Coup der Gefühligkeit. Das absolute Scheitern der Eliten. Es ist ein Endpunkt.“ Nichts viel anderes besagt drei Jahre später das Resümee, das nicht nur die Mehrheit der Gesellschaft zieht, sondern auch Wissenschaftler und Politiker – bis hin zu Karl Lauterbach.

Als er befürchtet, dass Markus Söder 2021 Kanzlerkandidat der Union wird, schreibt



Zielscheibe einer verkorksten Kampagne: Springer-Chef Mathias Döpfner

Foto: pa/Reuters

Döpfner: „Er wird es. Aber es wird noch viel schlimmer für Deutschland. Es ist ein ständiges downgrading. Schröder, Merkel, Söder. Das sind Leute die hätten früher nicht mal ne Sparkasse führen dürfen. Ich Wander aus.“ Welcher Leitartikler hat dies je so knapp und präzise formuliert?

Und dann die Nachricht an den damaligen „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt: „Please Stärke die FDP. Wenn die sehr stark sind können sie in der Ampel so autoritär auftreten dass sie platzt. Und dann Jamaika funktioniert.“ Daraus strickte die „Zeit“ einen Angriff auf die Pressefreiheit. Ein lachhafter Anwurf – als ob ein politisch engagierter Verleger keine meinungsstarken Hinweise an seine Chefredakteure richten dürfe. Der selbige „Zeit“-Verleger Gerd Bucerius hatte einst seiner Chefredakteurin Marion Gräfin Dönhoff seitenlange Meinungsbriefe geschickt. Die Gräfin hat die Texte einfach in der Zeitung abgedruckt und nannte die Rubrik: „Gerd Bucerius zu Fragen der Zeit.“

Zur Schau gestellte Entrüstung bei den selbsternannten Qualitätsmedien

Das Frivolste indes dürfte Döpfners Bekenntnis zu Israel gewesen sein: „Und natürlich: Zionismus über alles. Israel my country.“ Nun ist die Solidarität mit dem jüdischen Staat bekanntlich ein Vertragsbestandteil, den jeder Mitarbeiter bei Springer unterschreiben muss. Außerhalb des Hauses gilt diese Haltung in der zunehmend von Wokeness und linksgrüner Doppelzüngigkeit durchtönten Bundesrepublik als obszön. Gesellschaftsfähig ist längst ein schleicher Antisemitismus, der sich als Kritik an Israel tarnt und den Kampf gegen Antisemitismus beteuert. Der die muslimischen Judenfeinde auf deutschem Boden verniedlicht, antijüdische Tendenzen in der Kunst als kulturelle Freiheit verteidigt und insgesamt ein Klima schafft, in dem das Merkelsche Diktum von der Sicherheit Israels als deutscher Staatsräson ebenso seinen Platz hat wie der Jude, der wieder unter Verdacht steht.

Und so ist es kein Wunder, dass sich die regierungstreuen sogenannten Qualitätsmedien auf die holprig konstruierte „Zeit“-Enthüllung stürzten, um die Sturm böen des Skandals tagelang übers Land fegen zu lassen.

Für die „Tagesschau“ um 20 Uhr waren erst die „Zeit“-Zitate und dann Döpfners Entschuldigung bei „Bild“-Online eine Meldung wert, Döpfner wurde „geschichtsvergessen, respektlos, diffamierend“ genannt. In der „FAZ“ war die Rede von einer Doppelrolle Döpfners als seriöser Verlagschef und ausgeflippter SMS-Schreiber – und der „Spiegel“ wusste von einem „Spatzenhirn“ in Döpfners Kopf zu berichten.

Der „Stern“ indes rief sich am Kiosk in Erinnerung mit einer Titelgeschichte, in der das Magazin den Springer-Boss der Radikalisierung überführen wollte. In Ermangelung brauchbarer Belege behalf sich der „Stern“-Schreiber mit dem Hinweis auf Döpfners „Kunstsammlung mit Darstellungen weiblicher Geschlechtsteile“. Wohlgermerkt, jene Illustrierte, die in ihren besseren Zeiten legendäre Po- und Busen-Cover druckte, bezichtigte auf einmal einen konkurrierenden Zeitungsverleger als Vulva-Extremisten.

Für die „Neue Zürcher Zeitung“ indes war der „Zeit“-Bericht eine einzige Blamage. Er würde illustrieren, „wie ein Medium durch einen Mangel an Distanz und Differenziertheit zum Spielball von Informanten werden kann. Das Ergebnis ist schlechter, unfairer Journalismus.“ Eine Ohrfeige für das renommierte Hamburger Blatt.

Ballade des Machtmissbrauchs

Dabei steht die Kampagne gegen Döpfner wegen rechtslastiger Umtriebe ohnehin auf tönernen Füßen. Das einst konservativ auftrumpfende und vom Gründer patriarchal geführte Verlagshaus hat sich längst zur publizistischen Adresse der Homosexuellenbewegung entwickelt. Unter der Marke „Queer Bild“ wird in den sozialen Medien „über die Top-Themen der LGBTQ-Community und was uns sonst noch bewegt, informiert und diskutiert“. Als im Juni 2022 fünf Biologen und Mediziner in einem Gastbeitrag der „Welt“ analysiert haben, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk „unsere Kinder“ mit Transgender-Ideologie indoktriniert, lehnte Döpfner zwei Tage später in einem offenen Brief die Diagnose der Wissenschaftler als „intolerant und ressentimentgeladen“ ab und nahm Partei für die Pride-Aktivistinnen. Seit Jahren würde sein Unternehmen „unterschied-

Der „Zeit“-Artikel wirft Döpfner „eine konstante Verachtung der Eliten“ vor – eigentlich die Aufgabenbeschreibung für jeden Verleger, dessen publizistische Erzeugnisse den Mächtigen kritisch auf die Finger schauen sollen

liche Identitäten und Lebensformen nicht nur akzeptieren, sondern sogar ausdrücklich fördern. Von Safezones und All-Gender-Toiletten bis hin zu einer zutiefst freiheitlichen Unternehmenskultur.“

Kurze Zeit darauf kündigte der Leiter des „Bild“-Parlamentsbüros, Ralf Schuler, seinen Job, weil ihm die Nähe des Hauses Springer zur Homo- und Trans-Lobby allzu unjournalistisch anmutete.

Aus welcher Quelle die Döpfner-Zitate zur „Zeit“ gelangten, ist ungeklärt. In „Bild“ wird Ex-Chefredakteur Reichelt als Informant angedeutet. Ein anderer Strippenzieher hinter den Kulissen ist der Schriftsteller Benjamin von Stuckrad-Barre, der sechs Tage nach der „Zeit“-Veröffentlichung seinen neuen Roman herausbrachte: „Noch wach?“ (Kiepenheuer & Witsch). Seit Monaten wurde im Tuschelton für das Buch geworben, Videoclips flatterten durchs Internet, in denen Prominente wie Caren Miosga, Katja Riemann, Frank Schätzing oder Jürgen Vogel eine Kapitelüberschrift intonierten: „Dann müssen sich die Frauen auch nicht wundern.“

Ein Schlüsselroman sei das Buch, so wurde geraunt, über Döpfner und die MeToo-Affäre bei Springer anno 2021. Mehrere Mitarbeiterinnen hatten über amouröse Affären mit „Bild“-Chef Reichelt berichtet und ihm Machtmissbrauch vorgeworfen. Reichelt wurde im Oktober 2021 entlassen und bestreitet die Vorwürfe bis heute. Tatsächlich hat Stuckrad-Barre eine wirt erzählte Story vorgelegt, in der er in Gestalt des ungenannten Ich-Erzählers seine jahrelange enge Freundschaft zu Mathias Döpfner schildert. Döpfner ist im Roman der Chef eines Berliner Krawallsenders nach dem Vorbild von „Bild“-TV, und dessen Chefredakteur ist wohl dem Ex-„Bild“-Mann Reichelt nachempfunden. Dieser Chefredakteur hetzt gegen alles Woke, Linke und Grüne im Lande und bringt es trotz eines offenbar beachtlichen Arbeitspensums fertig, tagsüber wie nächtens sich unzähligen jungen Frauen in seinen Redaktionen sexuell zu widmen. Der Sender-Chef weiß davon, lässt ihn gewähren und vertuscht am Ende alles.

Das Scheitern der „Belastungszeugen“

Mit dieser Ballade des Machtmissbrauchs hat es Stuckrad-Barre auf einen „Spiegel“-Titel mit dreistündigem „Spiegel“-Gespräch geschafft. So begeistert waren die Redakteure dort darüber, den ungeliebten Springer-Konzern vorführen zu können. Hätten sie aufmerksamer gelesen, wäre ihnen aufgefallen, dass Stuckrad-Barre ein Eigentümer geschossen hat. Eine Lektüre gegen den Strich nämlich ergibt eine triste Angestellten-Novelle, in der karrierhungrige Jungredakteurinnen ihren vermeintlichen Aufstieg ins Bett des Chefredakteurs verstolpern, um hernach mit ihrem Opportunismus zu hadern, mit ihrer Autoritätshörigkeit und ihrer Feigheit davor, sich aus ihren Abhängigkeiten zu befreien. Die Geschichte bewegt sich zwischen Raucherpausengeschwätz, Drogenkonsum, Selbsthilfegruppen und Therapie-sitzungen sowie absurd-dekadenten Fluchten an einen Hotelpool in Los Angeles inmitten von Hollywood-Celebrities.

So geraten unbeabsichtigt die Bösewichter des Romans, realiter Döpfner und Reichelt, zu den faszinierenderen Gestalten, weil sie in ihrer Verworfenheit und Skrupellosigkeit immerhin Restbestände an persönlicher Lebensorientierung und Tatkraft bezeugen, während ihre vermeintlichen Opfer, im Roman zu „Belastungszeugen“ aufgebüschelt, nur ihre Bitterkeit und einen sich selbst beschwindelnden Moralismus dagehalten können.

Immerhin: Mit seinem ästhetisch eher misslungenen Roman kann sich Stuckrad-Barre als Rhapsoden eines dysfunktionalen Deutschland begreifen.

● MELDUNGEN

Immer weniger Bäckereien

Berlin – Laut dem Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks schlossen 2022 deutschlandweit 780 Bäckereibetriebe, während lediglich 422 Neugründungen erfolgten. Zum Ende des vergangenen Jahres gab es damit rund 9600 Bäckereien, was einem Rückgang seit Januar 2022 um 3,6 Prozent entsprach. Gleichzeitig lag der Gesamtumsatz der Branche bei 16,27 Milliarden Euro, also 9,4 Prozent höher als 2021. Wie der Verbandspräsident Michael Wippler mitteilte, resultierte dieser Rekordumsatz allerdings nur aus Preissteigerungen infolge der Inflation. Den Schwund bei den Bäckereibetrieben erklärt Wippler einerseits mit der anhaltenden Energiekrise und den explodierten Rohstoffkosten, andererseits aber auch mit der erdrückenden Bürokratielast, welche die Bäcker mittlerweile als unerträglich empfänden. Nach Ansicht des Verbandes bräuchte es eine Reduzierung der aktuellen Gesetze um ein Drittel, um wieder wirtschaftlich arbeiten zu können. *W.K.*

Sitzenbleiber im Brennpunkt

Ludwigshafen – Wie der Südwestrundfunk berichtete, werden in der Gräfenau-Schule im Ludwigshafener Stadtteil Hemshof 40 Erstklässler sitzenbleiben. Diese könnten zwei komplette Klassen füllen, teilte die Direktorin Barbara Mächtle mit. Der Hemshof im Norden der BASF-Stadt gilt als multikultureller Stadtteil und sozialer Brennpunkt. Drei Viertel der Einwohner dort haben ausländische Wurzeln. Das führt dazu, dass der Anteil der Schüler der Gräfenau-Schule mit Migrationshintergrund mittlerweile bei 98 Prozent liegt. Viele von denen seien 2022 eingeschult worden, obwohl sie über keinerlei Deutschkenntnisse verfügten, so Mächtle gegenüber den Medien. Darüber hinaus beklagte die Schulleiterin die mangelnde Unterstützung seitens der Elternhäuser sowie das grundlegende Fehlen von Bildung bei vielen Erziehungsberechtigten. Angesichts dieser Misere forderte Mächtle mehr Fachpersonal beziehungsweise zwei Lehrkräfte pro erster Klasse. *W.K.*

Grenzschutz in Ostpreußen

Allenstein – Polen baut seinen Grenzschutz an der innerostpreußischen Grenze aus. Entlang der etwa 200 Kilometer langen und zunächst mit Stacheldraht gesicherten Grenzlinie zwischen dem südlichen und dem nördlichen Ostpreußen sollen demnächst 3000 elektronische Überwachungskameras mit Bewegungssensoren aufgestellt werden. Damit will die polnische Regierung das Land vor illegaler Zuwanderung schützen. „Wir werden alles, was an der Grenze geschieht, überwachen können“, sagte der polnische Innenminister Mariusz Kaminski. Warschau wirft Russland und Weißrussland vor, in der Vergangenheit Immigranten illegal über das Königsberger Gebiet in die Republik Polen geschleust zu haben. Zwischen Polen und Weißrussland ließ Warschau deshalb bereits einen fünf Meter hohen Grenzzaun mit Kameraüberwachung installieren. *MRK*



Sie sind von Erdoğan's ruinöser Wirtschaftspolitik kaum betroffen und deshalb im Durchschnitt Erdoğan-freundlicher als ihre Landsleute in der Türkei: Türken in Deutschland

Foto: imago/Olaf Wagner

EINWANDERUNG

Es geht um jede Stimme

Die Türken in Deutschland könnten die türkische Präsidentenwahl entscheiden

VON BODO BOST

Etwa eineinhalb Millionen Türken in Deutschland dürfen an der Parlamentswahl in der Türkei teilnehmen. Deshalb investiert die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan massiv in einen heimlichen Wahlkampf in der Bundesrepublik.

Diesmal muss Erdoğan ernsthaft mit einer Niederlage rechnen. Diese Angst des türkischen Präsidenten vor einem drohenden Machtverlust bekommt auch das westliche Ausland zu spüren. Erdoğan braucht das Feindbild des dekadenten, islamfeindlichen Westens, um gerade vor seinen im Westen lebenden Landsleuten zu punkten.

Diesmal steht das liberale Schweden und nicht Deutschland im Fokus von Erdoğan's radikal-islamischer Weltsicht. Die türkische Führung hat Stockholm eine lange Liste von zumeist kurdischen Personen oder Anhängern des Predigers Fethullah Gülen vorgelegt, die sie als Terroristen bezeichnet und auf deren Auslieferung sie besteht, bevor sie ihr Veto gegen den schwedischen NATO-Beitritt zurückzieht. Das soll die türkischen Wähler beeindrucken.

Drohungen gegen Erdoğan's Gegner

Aber auch in Deutschland, wo wesentlich mehr türkische Wahlberechtigte leben, schlägt Erdoğan's AKP aggressive Töne an. Einer ihrer Abgeordneten, Mustafa Açıkgöz, hat den türkischen Wahlkampf auf deutschem Boden im Januar mit mas-

siven Drohungen gegen Erdoğan's Gegner eröffnet. Die Türkei werde Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und Gülen's in Deutschland und anderswo ausmerzen, sagte Açıkgöz in einer Rede in Neuss. Wahrscheinlich sind auch die vom türkischen Religionsamt bestellten Imame der Moscheen der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB) mit eingebunden, um türkische oder türkischstämmige Gemeindeglieder zu denunzieren.

Die türkischen Parlaments- und Präsidentenwahlen finden am 14. Mai statt. Bei einem knappen Ergebnis könnten die türkischen Wähler in Deutschland den Ausschlag geben. Türkische Wahlkampfauftritte sind in Deutschland rechtlich möglich, aber drei Monate vor der Wahl faktisch verboten. Oft melden jedoch AKP-

Abgeordnete ihre Reisen nach Deutschland gar nicht an und machen dann privat Wahlkampf in türkischen Gemeindezentren oder Moscheen. Dabei wird Erdoğan oft als Kalif eines neuen türkischen Großreiches dargestellt. Er selbst hat sich bei der Rückwidmung der Hagia Sophia in eine Moschee als religiöses Oberhaupt des Islams in Szene gesetzt.

Erfolge in Fußball-Hochburgen

Bei der Wahl 2018 bediente sich Erdoğan auch der türkischen Fußballer der deutschen Nationalmannschaft, Mesut Özil und İlkay Gündoğan, um Wahlkampf zu machen. Böse Zungen behaupten, dass dies die Stimmung in der Nationalmannschaft derart belastet habe, dass diese erstmals in der Geschichte in einer Vorrunde ausgeschieden sei. Erdoğan hat es weniger geschadet. Er bekam in den türkischen Fußball-Hochburgen Essen und Düsseldorf mit 76,3 beziehungsweise 70,5 Prozent die meisten Stimmen in ganz Deutschland, während München mit 65,5 Prozent Erdoğan-Wählern etwa im Bundesdurchschnitt lag und die 51,5 Prozent für Erdoğan in Berlin weit unter dem Durchschnitt lagen. Özil hat mittlerweile seine Karriere beendet.

Unter den türkischen Wählern in Deutschland ist Erdoğan beliebter als zu Hause. Kein Wunder, sind von den fast 100 Prozent Inflation in der Türkei die Türken in Deutschland doch kaum betroffen. Bei der letzten Präsidentenwahl 2018 erhielt der Staatschef bei den Türken in der Bundesrepublik knapp 65 Prozent der Stimmen; in der Türkei waren es knapp 52 Prozent. Diesmal könnte das Ergebnis noch knapper werden.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Serap Güler bezeichnete die Auftritte von AKP-Politikern in Deutschland als „integrationspolitischen Scherbenhaufen“. Dabei werde offen Werbung für einen radikal-islamischen und nationalistischen Führerstaat gemacht, was aus demokratischer Perspektive mehr als bedenklich sei.

Das Erdbeben vom Februar im Südosten der Türkei und Syrien hatte die türkische Gemeinschaft auch in Deutschland enorm zusammengeschweißt. Deshalb konnte Erdoğan diesmal auf einen eigenen Wahlkampfauftritt verzichten. Erdoğan und die AKP predigen jetzt erst recht Einheit und Zusammenhalt, um von ihrer politischen Verantwortung im Vorfeld des Erdbebens abzulenken. Die enorme Hilfe, die auch aus Deutschland kam, bezeichnet Erdoğan als Hilfe „muslimischer Brudervölker“. 2018 hatte Erdoğan Deutschland Islamfeindschaft vorgeworfen.

GESUNDHEITSPOLITIK

„Ein Missbrauch dieser Daten ist unmöglich“

Elektronische Patientenakte soll Digitalisierung von Gesundheitswesen und Pflege beschleunigen

Mit dem Digitalgesetz und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Pflege beschleunigen. Kernstück des Vorhabens ist die flächendeckende Einführung und Verwendung der elektronischen Patientenakte (ePA). Bis Ende 2024 sollen alle gesetzlich Krankenversicherten eine derartige Akte haben. Der Nutzen der ePA besteht nach Lauterbach nicht zuletzt in der drastischen Reduzierung von Doppeluntersuchungen und der Vermeidung kritischer Wechselwirkungen von Medikamenten. Deshalb hofft das Bundesgesundheitsministerium, dass nur sehr wenige Versicherte von der prinzipiell bestehenden Möglichkeit Gebrauch machen, Widerspruch gegen die andernfalls automatisch stattfindende Einrichtung einer ePA einzulegen.

Allerdings birgt die Nutzung der elektronischen Krankenakte erhebliche Risiken im Hinblick auf die Datensicherheit und den Datenschutz. Zum einen besteht die Möglichkeit der Infizierung mit Viren oder Trojanern und damit des Datendiebstahls, der Datenmanipulation sowie des Datenverlustes beispielsweise durch den Einsatz der Gesundheitskarte, die wie ein Türöffner zur ePA funktioniert. Das wirft dann auch ernsthafte Haftungsfragen für Patienten und Ärzte auf.

Zum anderen sollen die sensiblen Daten aus den Gesundheitsakten weitergeleitet werden an das neue Forschungszentrum Gesundheit (FDZ) des dem Gesundheitsministerium unterstehenden Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), das wiederum die Informationen über die Patienten dann an Wissenschaftler und Pharmaunternehmen weiterreichen darf,

wenn diese einen entsprechenden Antrag stellen. Das Lauterbach-Ministerium geht davon aus, dass es Ende 2026 schon über 300 Nutzer der Daten des FDZ geben könnte.

Dabei werden die gespeicherten beziehungsweise weitergeleiteten Angaben keineswegs anonymisiert, sondern nur pseudonymisiert. Deswegen lassen sich die Personen, zu denen detaillierte gesundheitliche Informationen vorliegen, mit Hilfe entsprechender Schlüssel zweifelsfrei identifizieren. Dennoch behauptet Lauterbach: „Ein Missbrauch dieser Daten ist unmöglich.“

Zusätzlich speichert das FDZ bereits seit Oktober 2022 auch die Abrechnungsdaten der gesetzlichen Krankenkassen, aus denen ärztliche Diagnosen, Behandlungen, Operationen und Medikamentenverschreibungen ersichtlich sind. Und dies im Gegensatz zur ePA ohne jedwede Chance

für Patienten, dagegen zu votieren, obwohl hier ebenfalls die Möglichkeit der Weitergabe an Forschungseinrichtungen oder die Pharmaindustrie besteht.

Das Ganze stieß auf deutliche Kritik des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Ulrich Kelber. Deshalb plant Lauterbach, die Einflussmöglichkeiten Kelbers sowie auch des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) künftig zu beschneiden, wenn es um die Digitalisierung des Gesundheitswesens geht.

Nach Einschätzung des auf IT-Themen spezialisierten Nachrichtenportals Heise online ist der nunmehr mögliche Zugriff der Pharmafirmen auf Gesundheitsdaten vor allem eine Folge der Ankündigung des Mainzer Unternehmens Biontech, künftig in Großbritannien zu forschen, wo es weniger hemmende Regularien gebe. *Wolfgang Kaufmann*

LANDESPOLITIK

Risse in der märkischen SPD

Der Rücktritt von Scholz-Gattin Britta Ernst deutet auf ein innerparteiliches Zerwürfnis hin

VON HERMANN MÜLLER

Seit 1990 haben die Sozialdemokraten im Land Brandenburg jede Landtagswahl gewonnen und ununterbrochen den Ministerpräsidenten gestellt. Auch wenn es um ein Bundestagsmandat geht, konnten sich SPD-Spitzenpolitiker wie in der Vergangenheit Frank-Walter Steinmeier oder Olaf Scholz bei der jüngsten Bundestagswahl darauf verlassen, ein gutes Wahlergebnis einzufahren, wenn sie in einem Wahlkreis in der Mark Brandenburg antraten.

Diese jahrzehntelange Erfolgsgeschichte war getragen durch die große Geschlossenheit unter den märkischen Genossen. Mit der Einigkeit in der Partei scheint es nun allerdings erst einmal vorbei zu sein. Gut anderthalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl läuft das bislang perfekt funktionierende Machtssystem der SPD nicht mehr rund. Ein deutliches Zeichen dieser Entwicklung ist der Rücktritt von Britta Ernst.

Nach sechs Jahren als Landesbildungsministerin hat Ernst am 17. April völlig überraschend hingeschmissen. Zur Begründung verwies die Ehefrau von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf eine fehlende Unterstützung ihrer Pläne durch die SPD-Landtagsfraktion. Die anstehenden Herausforderungen im Bildungsbereich könnten aber „nur mit maximaler Geschlossenheit“ bewältigt werden“, so die 62-Jährige. Ernst stellte fest: „Diese Geschlossenheit ist nicht mehr gegeben.“

Ministerin hinterlässt Trümmerfeld

Unmittelbarer Anlass für Ernsts Rücktritt war anhaltende Kritik an ihrem Vorhaben, Geld, das im Etat für 200 Lehrerplanstellen vorgesehen ist, für Verwaltungskräfte und Schulsozialarbeiter auszugeben. Damit kapituliert sie faktisch vor dem Problem, überhaupt alle Planstellen für Lehrer besetzen zu können. Auf massive Kritik war zudem der Plan von Ernst gestossen, zur Bekämpfung des Lehrermangels sogar Quereinsteiger zu verbeamen, die nur einen Bachelor-Abschluss vorweisen können.

Der Lehrermangel in Brandenburg ist mittlerweile so groß, dass im ländlichen



Wirft das Handtuch: Britta Ernst, hier mit Ministerpräsident Dietmar Woidke

Foto: pa

Raum durch Unterrichtsausfall sogar Schulabschlüsse in Gefahr sind. Auch die sogenannte Inklusion muss durch den massiven Mangel an Lehrkräften unterdessen als weitgehend gescheitertes Projekt angesehen werden.

Insgesamt hinterlässt Ernst ihrem Amtsnachfolger ein bildungspolitisches Trümmerfeld: Beim bundesweiten IQB-Bildungsvergleich der Viertklässler schnitten die märkischen Grundschüler im Jahr 2022 besonders schlecht ab. Etwa 45 Prozent der Grundschüler in der Mark erreichten nicht einmal Mindeststandards in der Rechtschreibung.

Auch im Rechnen war der Leistungsabfall alarmierend. Brandenburg ist damit auf dem Niveau der bildungspolitischen Schlusslichter Berlin und Bremen angekommen. Ankreiden müssen sich die Sozialdemokraten diese schlechte Bilanz ausgerechnet auf einem Politikfeld, das bei vielen Wählern eine hohe Bedeutung hat.

Ernsts Nachfolger, ihr bisheriger Staatssekretär Steffen Freiberg, kann schwerlich als Neuanfang gesehen werden. Freiberg hat die Politik der gescheiterten Ministerin bislang mitgetragen, zum Teil selbst mitentwickelt.

Woidkes Stellung in Gefahr?

Abzuwarten bleibt, wie sich das Scheitern von Ernst langfristig auf die Machtposition von SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke auswirkt. Einige Kommentatoren haben den Rücktritt der Bildungsministerin bereits als Zeichen der Schwäche Woidkes gewertet. Der Regierungschef und SPD-Landesvorsitzende hat entweder nicht bemerkt, was sich in der SPD-Fraktion unter dem immer selbstbewusster auftretenden Fraktionschef Daniel Keller zusammenbraute, oder ihm ist es nicht gelungen, die Genossen im Landtag auf Linie zu bringen.

Das Vergraulen der Kanzlergattin durch die SPD-Landtagsfraktion kann so-

gar als ein Affront gewertet werden, den Woidke offensichtlich nicht verhindern konnten. Für die märkische Sozialdemokratie sind dies Vorgänge, die bislang unbekannt waren. Die SPD hat mit Manfred Stolpe, Matthias Platzeck und Dietmar Woidke seit 1990 immer die Regierungschefs im Land Brandenburg gestellt. Dabei waren die Ministerpräsidenten stets das eindeutige Machtzentrum. Der SPD-Landesverband und auch die Landtagsfraktion ordneten sich bislang immer unter. Schon seit einiger Zeit ist nun allerdings zu beobachten, wie Keller immer öfter eigene politische Akzente setzt.

Seit dem Rücktritt von Ernst muss die SPD-Landtagsfraktion als ein zweites Machtzentrum neben Woidke angesehen werden. Mittlerweile halten es Beobachter sogar für möglich, dass Fraktionschef Keller gegen Woidke antreten wird, wenn es um die Frage geht, wer für die SPD bei der Landtagswahl im kommenden Jahr als Spitzenkandidat antritt.

KOLUMNE

Klimablockade

VON VERA LENGSELD

Die lange von Medien und Politik gehätschelten Klima-Extremisten peinen seit Tagen Berlin. Ein Ende ist nicht abzusehen. Während in den Hauptstadt-Zeitungen immer noch eher verständnisvoll über diesen Terror berichtet wird und die gestressten Pendler, die daran gehindert werden, ihren Arbeitsort zu erreichen, gewart werden, die Festgeklebten selbst von der Straße zu räumen, liegen bei der Polizei die Nerven inzwischen blank.

Vor den angekündigten Blockadewochen der „Letzten Generation“ hat sie ihre „Gefährderansprachen“ eingestellt. Diese wurden mit den Klimaklebern geführt, um sie von Blockaden abzuhalten. Als ob das nicht jedem klar wäre, wurde ihnen erklärt, dass von ihren Aktionen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit ausgeht. Die Polizei werde das nicht dulden. Genutzt hat es bis jetzt nicht viel, oder besser: gar nichts. An einem Tag wurden durch 30 Blockaden mehr als ein Dutzend Rettungsfahrzeuge behindert. Der bisherige Höhepunkt war ein Konzert auf der Stadtautobahn.

Dafür war die A 100 stundenlang gesperrt – für eine Fahrraddemo und ein Konzert der Musik- und Aktionsgruppe „Lebenslaut“ für die Klimakleber, Fridays For Future und Extinction Rebellion. Es kamen laut Polizei-Informationen nur höchstens 420 Teilnehmer. Trotzdem berichtete der „Tagesspiegel“ freundlich über „mehr als ein Dutzend Geiger“ und einen Chor, deren Auftritte zahlreiche Zuschauer verfolgt haben sollen.

Die Polizei hatte das Konzert verboten, aber das Verwaltungsgericht erlaubte es, jedoch kürzer als angemeldet, nur 15 Minuten. Dann wurden fast zwei Stunden daraus. Wird die Justiz wegen dieser Missachtung einschreiten? Kaum. Wenn das keine Ermutigung für die Extremisten ist, die sich immer noch darauf verlassen können, dass ihre „Aktionen“ folgenlos bleiben werden.

MELDUNG

Wucher bei Kleingärten

Berlin – In Berlin ist die Warteliste bei Schrebergärten lang. Das treibt die Preise für Abstandszahlungen in die Höhe. Kürzlich berichtete der rbb, dass Datschen für mehr als 80.000 Euro angeboten würden. Bei 71.000 Schrebergärten in der Stadt gebe es 19.000 Bewerber, die bis zu zehn Jahre auf eine Parzelle warten. Die Preistreiberei trägt jedoch Risiken sowohl für Käufer als auch Verkäufer, denn sie sind nicht gesetzeskonform. Gerd Schoppa, Präsident des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde, kündigte an, dagegen vorzugehen, da Grund und Boden in Kleingartenanlagen nicht gekauft, sondern nur gepachtet werden können. Das bedeutet, dass der aktuelle Pächter, der seine Datscha zum Verkauf anbietet, gar keinen Einfluss darauf hat, ob der Käufer die Parzelle auch erhält. Über die Neuverpachtung entscheidet allein der Vorstand des Kleingartenvereins. Das Bundeskleingartengesetz enthält zudem strenge Regeln für die Nutzung der Gärten. Diese sollen in erster Linie der Erholung und Selbstversorgung mit Obst und Gemüse dienen. Wohnen in der Laube ist hingegen nicht gestattet. MRK

BAHNVERKEHR

Mit der 49-Euro-Karte ins Sommerchaos

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg warnt vor zahlreichen Baustellen in der Hauptstadtregion

Kurz vor dem Start der 49-Euro-Monatskarte für den Nah- und Regionalverkehr im gesamten Bundesgebiet hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ernüchternde Daten aus dem Vorjahr vorgelegt. Nach Angaben des VBB sind die Regionalbahnen in Berlin und Brandenburg im Jahr 2022 deutlich unpünktlicher gewesen als noch im Jahr zuvor. Demzufolge lag die Pünktlichkeitsquote für 2022 nur noch bei insgesamt 87,6 Prozent. 2021 hatte der Verbund noch eine Quote von 91,6 Prozent und 2020 sogar von 93,9 Prozent vermelden können.

In die Statistik gehen Bahnen noch als pünktlich ein, wenn die Verspätung weniger als fünf Minuten beträgt. Ein genauerer Blick auf die Erfassung für das vergangene Jahr ergibt, dass speziell im Sommer 2022 die Pünktlichkeit deutlich zurückgegangen war. So hatte etwa im August vergangenen Jahres im Gebiet des

VBB jeder fünfte Zug im Regionalverkehr eine Verspätung von mindestens fünf Minuten. Auch im Juli betrug die Pünktlichkeitsquote nur knapp 82 Prozent.

Der Verkehrsverbund sieht bei diesen schlechten Zahlen einen Zusammenhang mit dem sogenannten Neun-Euro-Ticket. Dieses hatte wie die nun kommende 49-Euro-Monatskarte Fahrgästen die bundesweite Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs zum Einheitspreis ermöglicht. Laut der VBB-Sprecherin Elke Krokowski hat das Neun-Euro-Ticket im Sommer des vergangenen Jahres zu einem enorm hohen Fahrgastzuwachs von bis zu 200 Prozent geführt.

Diese hohe Nachfrage hat wiederum vor allem in den Berliner Knotenbahnhöfen zur Überschreitung der im Fahrplan vorgesehenen Aufenthaltszeiten am Bahnsteig geführt, so die VBB-Sprecherin. Speziell auf beliebten Ausflugsstrecken gab

es immer wieder auch völlig überfüllte Züge. Obendrein stieg mit der Nachfrage auch die Anzahl von Einsätzen von Notärzten und Polizeikräften in den Zügen. Die Bahnbetreiber mussten zudem mit vermehrten Türstörungen und anderen technischen Problemen bis hin zu Zugausfällen fertig werden. Als weiteren Faktor, der vergangenen Jahr die Pünktlichkeit absinken ließ, nennt der VBB Baustellen im Schienennetz.

Geduldssprobe für Pendler

Insgesamt scheinen damit die Chancen auf höhere Pünktlichkeit im Bahnverkehr nicht besonders günstig. Schon jetzt hat die Bahn nämlich auf wichtigen Strecken Bauarbeiten angekündigt. Bereits vor dem Start der 49-Euro-Monatskarte hatten die Fahrgäste in Berlin und Brandenburg einige Zumutungen durch Bauarbeiten zu überstehen. Weil auf der Strecke der Re-

gionalbahn-Linie 1 gebaut wurde, mussten Bahnreisende zwischen Berlin und Frankfurt (Oder) im März und April Ersatzverkehr und deutlich längere Wege in Kauf nehmen. Bei der Trasse handelt es sich um eine der wichtigsten Strecken in der Region. Bereits angekündigt hat die Bahn überdies eine Sperrung der Berliner Stadtbahn im Mai und im Juni für fünf Wochen.

Als Grund nennt die Bahn nicht vorhersehbare Schäden, die behoben werden müssten. Bei Inspektionen hatte die Bahn vergangenes Jahr Schäden an Befestigungspunkten des Gleisbetts entdeckt. Auch der Wiederaufbau der „Dresdner Bahn“ wird die Geduld der Pendler in diesem Jahr auf eine harte Probe stellen. Für den Ausbau der Fernbahnstrecke ist der Abschnitt zwischen Berlin und Baruth vom 21. April bis zum 10. November für den Zugverkehr komplett gesperrt. H.M.

● MELDUNGEN

Armenien setzt auf Frieden

Eriwan – Armeniens Präsident Nikol Paschinjan soll Aserbaidshans angeboten haben, dass beide Länder ihre Territorien in den Grenzen von 1991 anerkennen. Das würde die Aufgabe des umstrittenen Gebiets Bergkarabach bedeuten, das damals zu Aserbaidshans gehörte. Er wolle dies für Frieden und Stabilität in der Region. Der aserbaidshansche Staatschef Ilham Alijew wertet den Vorschlag als Anerkennung der Niederlage Armeniens im zuletzt 2020 kriegerisch ausgefochtenen Konflikt. Paschinjan begründete seine Einsicht mit der Bedeutung Aserbaidshans als Drehkreuz für Energielieferungen sowohl für Russland als auch für westliche Länder. Ebenso könne das gute Verhältnis zwischen Baku und Ankara zum Frieden in der Region beitragen. Aserbaidshans erhält Rücken- und Unterstützung aus der Türkei, während Armenien sich auf Beistand aus Moskau verlassen hatte. Russlands Verteidigungsminister Sergej Schojgu machte jedoch deutlich, dass Moskau sich nicht auf einen bewaffneten Konflikt mit Aserbaidshans einlassen wolle. **MRK**

EU verprellt Malaysia

Kuala Lumpur – Die Spannungen zwischen Malaysia am Rande des Südchinesischen Meeres und der Europäischen Union nehmen kontinuierlich zu. Grund sind vor allem bürokratische Schikanen von Seiten der EU. In deren Mittelpunkt steht das Palmöl. Obwohl Malaysia erhebliche Anstrengungen unternimmt, bei der Produktion dieses wichtigen Exportgutes auf die Abholzung von Regenwaldflächen zu verzichten, erhöht Brüssel die Hürden für die Palmöl-Einfuhr immer mehr. Für die Regierung in Kuala Lumpur verbirgt sich dahinter der Wunsch, die europäischen Produzenten von Ölsaaten zu protegieren, obwohl diese die Umwelt teilweise viel stärker belasten. In Reaktion hierauf sucht Malaysia nun den engeren wirtschaftlichen Schulterschluss mit seinen Nachbarländern, was der EU sehr schaden könnte. Immerhin will diese in Südostasien weitere Alternativen zum Handel mit China und Russland finden. **W.K.**

FBI nutzt Datenhehler

Washington – Die US-amerikanische Bundespolizei Federal Bureau of Investigation (FBI), die zugleich als Inlandsgeheimdienst der Regierung in Washington fungiert und dem Justizministerium der Vereinigten Staaten untersteht, besitzt nach eigenen Angaben Zugriff auf eine illegal erstellte Datenbank der Datenhehler-Plattform Breach Forums. Mitte Januar enthielt diese angeblich 888 Datensätze mit mehr als 14 Milliarden Einzeldaten. Hierzu gehörten gestohlene Informationen über Kreditkarten von Mastercard samt der dazugehörigen persönlichen Angaben zu den Besitzern. BreachForums hatte möglicherweise um die 350.000 Nutzer und ist der Nachfolger von RaidForums, dessen Datenbank das FBI Anfang 2022 beschlagnahmte. Ob die Ermittler die beiden Konvolute an hochsensiblen Informationen über US-Bürger und Ausländer nutzen werden, wurde nicht mitgeteilt. **W.K.**

AFRIKA

Russland sucht neue beste Freunde

Der afrikanische Kontinent bekommt immer mehr Gewicht – Viele Kontrahenten ringen um Einfluss

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

In Vorbereitung auf den zweiten Russland-Afrika-Gipfel, der im Juli in St. Petersburg geplant ist, fand Ende März in Moskau eine parlamentarische Konferenz Russland-Afrika statt, bei der 40 afrikanische Staaten vertreten waren.

Der Einladung zum ersten Russland-Afrika-Gipfel im Oktober 2019 in Sotschi waren Staatschefs aus 47 Ländern gefolgt. Schon damals hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Beziehungen zu Afrika zur Priorität russischer Außenpolitik erklärt, nachdem westliche Staaten sein Land wegen der Krimannexion mit Sanktionen belegt hatten.

Ganz offen zeigt sich Moskau nun auf der Suche nach neuen Verbündeten und wirbt in Afrika. In den vergangenen Monaten häuften sich die Besuche des russischen Außenministers Sergej Lawrow in afrikanischen Staaten. Russland sieht seinen Vorteil gegenüber China, den USA und der EU, die ebenfalls das Potential Afrikas als Wachstumsmarkt im Blick haben, darin, dass schon seit Sowjetzeiten zu vielen afrikanischen Staaten wie Angola, Algerien oder Libyen freundschaftliche Beziehungen bestehen. Diese gilt es nun weiter aus-

zubauen, nicht nur, um den geopolitischen Einfluss zu stärken, sondern auch, um Verbündete für Entscheidungen in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen zu gewinnen. Seit diesem Monat hat Russland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat.

Positiv bis neutral eingestellt

Dass diese Rechnung aufgeht und viele Regierungen Afrikas dem Kreml positiv oder neutral gegenüberstehen, hat sich bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung anlässlich des Jahrestags des russischen Angriffs auf die Ukraine gezeigt: 14 Länder enthielten sich, darunter Algerien, die Republik Kongo, Äthiopien und Südafrika, viele nahmen an der Abstimmung erst gar nicht teil, Eritrea und Mali stimmten gegen die Resolution.

Auch Südafrika, das wirtschaftlich auf den Westen angewiesen ist, hält zu Russland. In diesem Jahr ist das Land Vorsitzender des Staatenbundes BRICS, dem neben Südafrika Brasilien, Russland, Indien und China angehören. Sollte der für August geplante BRICS-Gipfel wie geplant im südafrikanischen Durban stattfinden, wäre die Regierung eigentlich gezwungen, den vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erlassenen Haftbefehl gegen Pu-

tin umzusetzen, doch Südafrikas Außenminister Naledi Pandor sagte gegenüber Wirtschaftsvertretern, man werde sich Russland nicht „auf Geheiß anderer“ zum Feind machen. Die Kritik an den USA und der EU hat in einigen Staaten Afrikas deutlich zugenommen.

Wie sich schon in Sotschi abzeichnete, zielen Russlands wirtschaftliche Interessen in Afrika vor allem auf Investitionen in die Infrastruktur, den Verkauf nuklearer Technologien, den Energiesektor und die Bergbauindustrie wie den Abbau von Diamanten. Mit 30 Staaten, die mit Waffen beliefert werden, besteht laut Putin zudem eine militärisch-technische Kooperation.

Während Russland sein humanitäres Engagement und die Unterstützung einer unabhängigen Entwicklung der afrikanischen Staaten hervorhebt und dem Westen neokoloniale Interessen unterstellt, wirft dieser Russland vor, sich mit Waffenverkäufen und Schuldenerlass Zugang zu den Bodenschätzen zu sichern und dabei Netzwerke der organisierten Kriminalität zu nutzen, die der Oligarch Jewgenij Prigoschin mit seiner Söldnertruppe Wagner aufgebaut hat.

Andrej Maslow, Direktor vom Zentrum für Afrikanistik in Moskau, nennt drei vornehmliche Ziele, die Russland in Afrika

verfolgen sollte: die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, Friedensbemühungen, um Terrorismus und Extremismus abzuwenden, sowie eine engere Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union als Integrationsgemeinschaft.

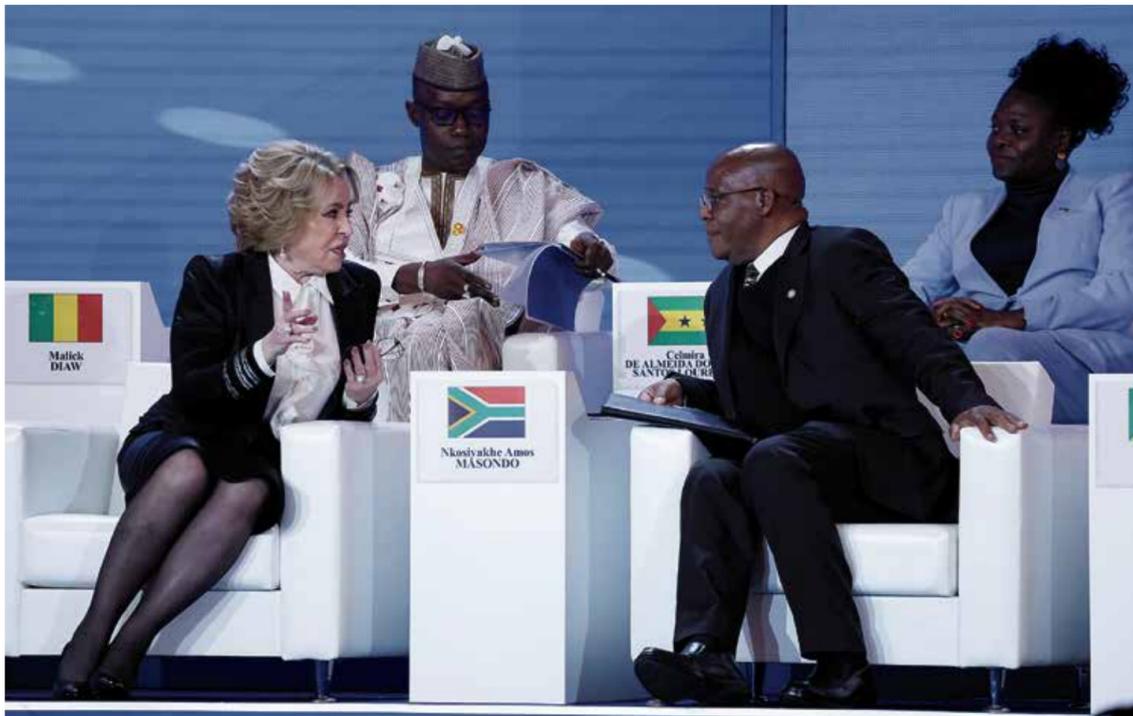
Seit dem Beginn des Ukrainekriegs hilft der afrikanische Kontinent Russland, die Sanktionen des Westens zu umgehen. Ein Großteil des Exports, der zuvor in EU-Staaten ging, wird jetzt nach Afrika verkauft. Vor allem der Bedarf an Energie- und Lebensmittellieferungen ist dort immens. Der Handel mit afrikanischen Ländern bringt Russland derzeit zehn bis 15 Milliarden US-Dollar Einnahmen jährlich ein. Dies könnte laut Experten auf 40 Milliarden pro Jahr steigen.

Umgehung der Sanktionen

Als Konkurrent im strategischen Ringen um Einfluss in Afrika tritt China als größter Investor und Handelspartner auf, der in erster Linie am Import von Rohstoffen interessiert ist. Die USA wollen verhindern, dass China und Akteure wie Russland zu viel Einfluss auf dem Kontinent gewinnen. US-Präsident Joe Biden hat einen Afrika-Gipfel im Dezember einberufen. Auch Washington hat angekündigt, die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern massiv ausbauen zu wollen. Biden kündigte den Ausbau von Straßen, dem Internet und erneuerbaren Energien an.

Maslow sieht in Afrika allein wegen der Bevölkerungsentwicklung einen kommenden Markt für praktisch alles von Rohstoffen über Verbrauchsgüter bis zur Informationstechnologie. Als wichtiges Instrument für die Entwicklung des Handels mit Russland empfiehlt der Professor den Ausbau der Logistik sowie eine vom Westen unabhängige Finanzinfrastruktur. Ebenso wichtig sei es, in die Ausbildung von Afrikanern in Russland nach dem Vorbild der Sowjetunion zu investieren, kostenlosen Russisch-Unterricht anzubieten und das Image Russlands bei Afrikanern insgesamt aufzuwerten.

Das geschieht bereits, indem die russische Regierung sich als „antikolonial“ gibt und sich mit dem Bestreben der Afrikaner, die „Entkolonialisierung“ voranzubringen, solidarisch erklärt. Das findet in Afrika Gefallen, wird aber kaum ausreichen, um den chinesischen Vorsprung aufzuholen. China ist bereits in 35 Ländern Afrikas wirtschaftlich aktiv und als Geldgeber gefragt. Darüber hinaus gelten Chinesen als entscheidungsfreudige Partner, die Projekte zügig umsetzen, und sich weniger in die inneren Angelegenheiten einmischen als andere.



Internationale Parlamentarische Konferenz Russland-Afrika in Moskau: Die Sprecherin des russischen Föderationsrates, Valentina Matwienko, im Gespräch mit Amos Masondo, dem Vorsitzenden des südafrikanischen Provinzrates (v. l.) **Foto: pa**

FRANKREICH

Schwerste Krise seit dem Algerienkrieg?

Proteste gegen Rentenreform halten an – Le Pens Partei liegt derzeit in Umfragen vorn

Der Präsident hat gesprochen, ein Machtwort sollte es sein. Doch noch während der französische Staatschef Emmanuel Macron via Live-Schalte zu den Landsleuten sprach, gingen Tausende von ihnen wieder auf die Straße. Die große Rentenreform ist durch, doch die Wut bleibt.

Nachdem der Verfassungsrat am 14. April grünes Licht gegeben hatte, unterschrieb der Präsident noch in derselben Nacht das umstrittene Gesetz für die Rente mit 64. Weil er sich im Parlament keiner ausreichenden Mehrheit sicher sein konnte, hatte der Präsident eine Möglichkeit der französischen Verfassung genutzt, um die Reform auch ohne Zustimmung der

Volkvertretung zu verabschieden. Das machte die Wut nur noch größer. Dass der Verfassungsrat die Vorgehensweise als legal durchgewinkt hat, beruhigt die Gemüter nicht.

Gewerkschaften gegen Macron

Es ist einsam um Macron geworden. Die in Frankreich traditionell starken Gewerkschaften haben eine Einladung in den Élysée-Palast abgelehnt. Sie rufen stattdessen für den 1. Mai zu Massendemonstrationen auf. An diesem Tag will auch Marine Le Pen ihre Muskeln spielen lassen. Ihr Rassemblement National (RN) versammelt sich ebenfalls traditionell am Tag der Arbeit in

der Hauptstadt. Derzeit wird darüber gerätselt, wer die Hauptrede hält. In der Vergangenheit hat stets der Parteivorsitzende gesprochen. Der ist seit einigen Monaten Le Pens Vertrauter Jordan Bardello. Sie ist es jedoch, welche die Zügel in der Hand hat. Sie führt die neue Parlamentsfraktion und hat kürzlich in einem in mehreren deutschen Medien erschienenen Interview klargemacht, dass sie sich als natürliche Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2027 sieht. Ein Jahr nach der letzten Präsidentschaftswahl liegt sie in der Wählergunst vor dem Amtsinhaber. Selbst eine Stichwahl würde sie derzeit gegen Macron mit 55 zu 45 Prozent gewinnen.

Französische Kommentatoren sprechen in jüngster Zeit häufiger davon, dass sich die Republik in der schwersten Krise seit dem Algerienkrieg befinde. Macron darf nach Ablauf der zweiten Amtszeit nicht mehr kandidieren. Seine politische Sammlungsbewegung hat keinen profilierten Kopf, der sich als Nachfolger anbietet. Die Sozialdemokraten und die Konservativen sind heillos zerstritten. Derzeit ist der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon der einzige Kandidat, der Le Pen schlagen könnte. „Macron droht, die Mitte zu verlieren“, analysierte ein TV-Kommentator. Es könnte aber auch sein, dass die Mitte Frankreich verliert. **Peter Entinger**

VON BODO BOST

Der Wahlsieg von Brasiliens altlinkem Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva könnte trotz des Ukrainekriegs eine neue Wirtschafts-Dynamik ausgelöst haben. Denn trotz der Dauerbesuche deutscher Ampelminister behauptet Lula weiter, dass der Westen und die USA am Krieg in der Ukraine schuld seien, und er will jetzt zu einem Frontalangriff gegen den US-Dollar im Welthandel ausholen. Gemeinsam mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und den BRICS-Staaten Indien, Russland und Südafrika im Hintergrund hat Lula da Silva bei seinem Chinabesuch die „New Development Bank“ (NDB) als Gegenfinanzinstitution zur Weltbank positioniert, die als Geldgeberin für Entwicklungs- und Schwellenländer auftritt. Seit März ist Lulas ehemalige Nachfolgerin Dilma Rousseff Chefin dieser Institution in Shanghai.

Während die Weltbank stark von den USA und Europa geprägt ist und relativ starre und vorsichtige Prozessabläufe hat, soll die neue Entwicklungsbank die Sicht des globalen Südens in den Vordergrund stellen und relativ unbürokratisch vorgehen. Lula da Silva erklärte in Brasilien, dass die Bank Schwellenländer davon befreien werde, sich traditionellen Finanzinstitutionen des Westens unterwerfen zu müssen. Seltsam mutet jedoch an, dass Lula selbst für sein großes Programm zur Verhinderung der Abholzung des Amazonasgebietes kein Geld hat, sondern Deutschland dafür bezahlen lassen will.

Die NDB macht für Schwellen- und Entwicklungsländer kaum Vorgaben bezüglich politischer Reformen. Da weniger umfassend und schneller geprüft wird, werden allerdings auch weniger rentable Projekte finanziert. Das verführt dazu, dass Schwellenländer sich mit unrentablen Projekten überschulden und ihre Kredite nicht zurückzahlen können. Das erlebt China derzeit bei vielen seiner Projekte in Afrika auf der Neuen Seidenstraße.

Wirtschaftliche Dynamik soll sich auch politisch auszahlen

Mit der NDB beabsichtigen die BRICS-Staaten, die Sprecherrolle für den globalen Süden zu übernehmen. Als Gegenmodell zu den G7 schlossen sich Anfang der 2000er Jahre die „BRIC“ genannten vier Länder Russland, China, Indien und Brasilien zusammen. Diese Länder wiesen damals noch hohe wirtschaftliche Wachstumsraten auf. 2009 fand der erste Gipfel der vier Schwellenländer im russischen Jekaterinburg im Ural statt. 2010 trat als



Freude in Shanghai: Brasiliens Präsident Lula da Silva beglückwünscht Dilma Rousseff zu ihrem neuen Vorstandsposten

NEW DEVELOPMENT BANK

BRICS-Staaten werben für ihre Alternative zum IWF

Die ehemalige brasilianische Präsidentin wurde Chefin der neuen Entwicklungsbank – Attraktive Angebote an Entwicklungs- und Schwellenländer

fünftens Land Südafrika der nun „BRICS“ genannten Gruppe bei. Weitere mögliche Kandidaten mit hohen Wachstumsraten wie die Türkei, Südkorea, Malaysia oder Indonesien befinden sich im Wartestatus. 2014 gründeten die BRICS-Staaten die NDB. Zur Gründungsmasse sollte jedes Land zehn Milliarden US-Dollar beitragen.

Für viele Entwicklungsländer, die mit den Strukturanpassungs- und Sparprogrammen des IWF leidvolle Erfahrungen gemacht haben, sind die Angebote der NDB attraktiv. Deshalb haben viele Länder bereits Interesse an einem Beitritt zur BRICS-Gruppe signalisiert. 2021 unterzeichneten Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Uruguay und Bangla-

desch dem Erwerb von Anteilen an der Bank, allerdings blieben sie mit ihre Einlagen deutlich unter den jeweils zehn Milliarden US-Dollar-Anteilen der Gründungsmitglieder. Auch Saudi-Arabien, Algerien, Argentinien, Mexiko und Nigeria zeigen bereits Interesse an der neuen Vereinigung.

Entscheidung über Neuaufnahmen

Auf dem nächsten BRICS-Gipfel im August in Südafrika soll über die Aufnahmekriterien gesprochen werden. Mit dem schnellen Wachstum, das den Gründungsmitgliedern signalisiert, haben diese Länder nur noch wenig zu tun. Von den

fünf Mitgliedstaaten verzeichnet lediglich China noch ein allerdings infolge der Corona-Pandemie abnehmendes Wirtschaftswachstum.

Die Rolle der BRICS-Staaten wird durch den Ukrainekrieg jedoch wieder gestärkt, weil sie von Russland als Alternative aufgebaut und genutzt werden. Allen voran versucht China, die Plattform für seine weltpolitischen Ambitionen auszunutzen. Dazu gehören auch gemeinsame militärische Manöver von Russland, Indien und China in Südafrika. Zu Hause befinden sich China und Indien allerdings schon seit Jahren am Rande eines Grenzkrieges, weil China weite Gebiete Indiens als chinesisch betrachtet.

WÄRMEPUMPEN

Ost-EU und Asien könnten die Nutznießer werden

In Deutschland überfordert die Politik die Wirtschaft durch zu viel Reglementierung und Nachfrage

Nach dem Willen der Ampelregierung soll ab kommendem Jahr bundesweit jährlich eine halbe Million Wärmepumpen, die Gebäude mithilfe von Wärme in der Umgebung und Strom beheizen, installiert werden. Bis 2030 sollen es insgesamt sechs Millionen sein. Alte, mittlerweile als klimaschädlich eingestufte Heizsysteme sollen zum Auslaufmodell werden.

Und schon wächst in der deutschen Wirtschaft die Sorge, Deutschland könne auch bei dieser neuen Technologie den Anschluss verlieren. Parallelen zur Solarenergie werden gezogen. Sie geriet angesichts des Ansturms günstiger Anlagen von staatlich subventionierten Herstellern aus China in eine tiefe Krise. Aus der Wärmepumpen-Branche heißt es, dass die hiesigen Hersteller international derzeit wettbewerbsfähig seien und rasch wachsen würden. Doch die EU verzeichnet seit einiger Zeit einen erheblichen Anstieg an Konkurrenzprodukten aus China.

Doch es ist nicht nur die vermeintliche Billig-Konkurrenz aus Fernost. Es sind – wie so oft – auch bürokratische Hemmnisse, die den Aufschwung bremsen. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ sieht bereits die Gefahr einer „massiven Abwanderung“ in den Osten der EU. Die deutsche Firma Vaillant ist gerade dabei, eine „Megafabrik“ für Wärmepumpen im slowakischen Senica in Betrieb zu nehmen. Der Rivale Viessmann will im Laufe des Jahres mit einem Wärmepumpenwerk im polnischen Liegnitz an den Markt gehen. Und der japanische Konzern Daikin baut ebenfalls in Polen eine neue Fertigungsanlage auf. In einem neuen Werk in Lodz sollen 1.000 Arbeitsplätze entstehen. Daikin begründet die Standortwahl unter anderem mit schnelleren Planungsverfahren. „In Deutschland müsste man zu lange warten, um eine neue Fabrik genehmigt zu bekommen“, erklärte Vor-

standsmitglied Volker Weinmann dem „Spiegel“.

In den kommenden Jahren wollen die großen deutschen Hersteller Viessmann, Vaillant und Bosch rund 2,7 Milliarden Euro in den Bau neuer Werke investieren. Es ist derzeit eher unwahrscheinlich, dass ein größerer Teil vom Kuchen in Deutschland verteilt wird.

Zu den größten europäischen Herstellern von Wärmepumpen gehört die schwedische NIBE Group. Unter deren Dach stellen sowohl alpha innotec als auch Novelan Heizungsanlagen her. Außerhalb von Europa gehört der japanische Konzern Daikin zu den Marktführern. Aber auch Unternehmen wie der japanische Panasonic-Konzern oder LG und Samsung aus Südkorea produzieren Wärmepumpen. Sie alle drängen auf den europäischen Markt. Die NIBE Group berichtete kürzlich, sie könne sich vor Nachfragen aus Deutschland kaum retten.

Auf dem Markt finde derzeit eine Bereinigung statt, sagt Peter Schossig, Bereichsleiter Thermische Systeme und Gebäudetechnik am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme. Aktuell profitierten zwar alle Hersteller von der hohen Nachfrage und verzeichneten hohe Wachstumsraten. Durch die Entscheidung der Bundesregierung könnte sich das indes ändern. „Wächst der Markt aber mit 30 Prozent, der eigene Absatz nur um 15 Prozent, bedeutet das, dass man Anteile an Wettbewerber verliert. Momentan geht das gut“, sagt Schossig. In sechs Jahren könnte das jedoch anders aussehen, wenn jetzt nicht gegen-gesteuert würde. „Nach unserer grundsätzlichen Einschätzung ist der Markt in Deutschland immer noch von deutschen und europäischen Herstellern dominiert“, erklärt der Bundesverband Wärmepumpe, schränkt aber ein: „Der Druck aus Asien wird steigen.“ Peter Entinger

● MELDUNGEN

Zypern friert Konten ein

Nikosia – Laut Nachrichtenagentur TASS haben russische Kunden in der letzten Zeit Post von zyprischen Banken erhalten, in denen ihnen die Schließung ihrer Konten mitgeteilt wurde. Es betrifft Russen, die nicht ihren ständigen Wohnsitz auf Zypern haben und die keinen Pass anderer europäischer Länder besitzen. Ihren Schritt begründeten die Banken damit, dass die internationale Financial Action Task Force, die für die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung von Massenvernichtungswaffen Standards setzt und deren Einhaltung durch die Mitgliedstaaten prüft, sie aufgefordert habe, Maßnahmen zu ergreifen, da Russen Kunden mit hohem Risiko seien. Auf Zypern leben zahlreiche russische Oligarchen, denen eine Nähe zu Präsident Putin nachgesagt wird. Russen, welche die zyprische Staatsbürgerschaft haben oder sich legal dort aufhalten, betrifft diese Maßnahmen nicht. MRK

Überangebot an Flüssiggas

Rotterdam – Nach hohen Preissteigerungen und hoher Nachfrage im vergangenen Jahr ist der europäische Markt für Flüssiggas (LNG) derzeit von einem Überangebot geprägt. Mitte Dezember 2022 kostete an der europäischen Gasbörse TTF in Rotterdam eine Megawattstunde Flüssiggas noch 142 Euro, Mitte April war der Preis auf 42 Euro gesunken. Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg ist das Überangebot derzeit so groß, dass Flüssiggastanker sogar Probleme haben, freie Hafenterminals zu finden. Bloomberg geht davon aus, dass die Auffüllung der europäischen Gasspeicher in diesem Jahr bereits im August abgeschlossen sein wird. Als Folge des Überangebots und der gesunkenen Preise überdenken in den USA inzwischen einige Förderunternehmen geplante Projekte. Bei diesen Überlegungen spielen neben dem derzeitigen Überangebot auf dem Gasmarkt auch die inflationsbedingt gestiegenen Kosten bei neuen Projekten eine Rolle. H.M.

Weiterhin russisches Öl

Schwedt – Neben Lieferungen über die Häfen Rostock und Danzig gelten Öllieferungen aus Kasachstan als eine Möglichkeit, die Zukunft der PCK-Raffinerie zu sichern. Die Raffinerie im Osten des Landes Brandenburg muss nach dem Willen der Bundesregierung seit Jahresbeginn auf russische Öllieferungen verzichten. Bereits im März erreichte eine erste, kleinere Lieferung von Rohöl die PCK-Raffinerie in Schwedt. Laut dem „Handelsblatt“ stammt das Öl, das in der Raffinerie ankommt, möglicherweise nur zum Teil aus Kasachstan, zum Teil aber auch weiterhin aus Russland. Branchenexperten halten es für wahrscheinlich, dass die kasachischen Lieferungen auf ihrem Weg über Russland mit russischem Öl gemischt werden. In seiner Zusammensetzung ähnelt das kasachische Öl dem bislang bezogenen russischen Öl der Ural-Sorte. Auch bei der Pipeline handelt es sich um dieselbe, die bislang für die russischen Öllieferungen genutzt wurde. H.M.

KOMMENTAR

Die Oder wird Streitfall

HERMANN MÜLLER

Im vergangenen Sommer sind in der Oder massenhaft Fische, Muscheln und Schnecken zu Grunde gegangen. Innerhalb kurzer Zeit wurden im August an den Oder-Ufern Brandenburgs und Pommerns Hunderte Tonnen toter Fische angeschwemmt. Als wahrscheinliche Ursache dieser Umweltkatastrophe hatte eine Expertenkommission unter der Leitung des Umweltbundesamtes im Herbst die massive Ausbreitung giftiger Brackwasseralgen genannt. Ausbreiten konnte sich die Algenart, die normalerweise in Küstengewässern vorkommt, weil in der Oder eine ungewöhnlich hohe Salzkonzentration vorhanden war.

Inzwischen wachsen in Potsdam und Schwerin Befürchtungen vor einer erneuten derartigen Umweltkatastrophe, wenn im Sommer die Temperaturen wieder steigen und die Wassermenge in der Oder wieder sinkt. Manuela Schwesig und Dietmar Woidke, die Regierungschefs von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, setzten sich dafür ein, dass noch vor dem Sommer eine deutsch-polnische Oder-Konferenz zustande kommt. Dazu haben beide SPD-Politiker einen Brief an Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) geschrieben. Woidke und Schwesig erinnerten in ihrem Brief daran, dass Fischer und Tourismusanbieter in der Oder-Region noch immer unter den Folgen des Fischsterbens leiden.

Mittlerweile scheint ein Termin für die Oderkonferenz festzustehen. Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) berichtet, ist für den 6. Juni in Schwedt ein Treffen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Praxis geplant. Teilnehmen will auch Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne).

Mehr Salz als in der Ostsee

Bislang liegen keine Informationen vor, ob auch polnische Vertreter zur Oder-Konferenz nach Schwedt kommen werden. Deren Teilnahme wäre allerdings besonders wichtig, wenn eine Wiederholung des Fischsterbens verhindert werden soll.

Schon im vergangenen Jahr hatten selbst polnische Medien als mögliche Verursacher der hohen Salzkonzentration im Oder-Wasser Unternehmen in Schlesien genannt. Im März dieses Jahres machte Greenpeace ganz konkret

die beiden polnischen Bergbaukonzerne für das Fischsterben im vergangenen Jahr verantwortlich. Greenpeace berief sich dabei auf Wasseranalysen in der unmittelbaren Nähe von Bergbauunternehmen, die in der Region Schlesien Steinkohle fördern. Nach Angaben der Organisation sollen die Bergbaubetriebe in großen Mengen salzhaltige Grubenabwasser in Zuflüsse der Oder einleiten. Dies geschieht offenbar mit Genehmigung der polnischen Behörden.

Bei den Untersuchungen stellten Toxikologen fest, dass die Salzkonzentration an mehreren Einleitungsstellen sogar höher als in der Ostsee war. Bei der Präsentation der Befunde warnte Greenpeace vor der Wiederholung einer Umweltkatastrophe wie im vergangenen Jahr. Als besonderes Problem benannte die Organisation, dass von den massiven Salzwassereinleitungen der schlesischen Bergbauindustrie neben der Oder auch die Weichsel betroffen ist.

Schiffbarmachung oder Ökologie

Mit Ausbauplänen für die Oder existiert noch ein zweites großes Problem im Verhältnis zu Warschau. Auf östlicher Seite haben polnische Baufirmen bereits im März vergangenen Jahres mit Arbeiten zur Sanierung oder zum Neuaufbau von Hunderten Buhnen begonnen. Das für den Ausbau zuständige polnische Amt begründet die Arbeiten mit dem Ziel, den Hochwasserschutz verbessern zu wollen. Berufen kann sich Warschau dabei auf ein Abkommen zum Hochwasserschutz im Winter, das man 2015 mit der Bundesregierung abgeschlossen hat. Damals herrschte zwischen beiden Seiten Einigkeit, die Oder zu vertiefen, damit im Winter größere Eisbrecher eingesetzt werden können.

Naturschutzverbände vermuten allerdings, dass die Vertiefung der Fahrrinnen nur Teil eines größer angelegten Projekts sind, die Oder vor allem auch für die Binnenschifffahrt auszubauen. Ganz offen hat der polnische Vizeaußenminister Szymon Szykowski vor dem vergangenen Jahr vom Ziel gesprochen, die Schiffbarkeit der Oder zu verbessern. „Das hat nicht nur ökonomische, sondern auch strategische Gründe“, sagte der Pole. Naturschützer weisen dagegen darauf, dass die Oder einer der letzten frei fließenden und naturnahen Flüsse in Europa ist.



Auf der Anklagebank: Hashim Thaçi in Den Haag

Foto: imago/ANP

ANALYSE

Der vermeintliche Held

BODO BOST

Seit drei Jahren sitzt der Ex-Präsident des Kosovo und ehemalige Chef der Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK), Hashim Thaçi, der 1999 mit Hilfe der NATO die serbische Armee aus der serbischen Teilrepublik vertrieb, wegen Kriegsverbrechen in Den Haag in Haft. Der Ankläger des Kosovarischen Sondergerichts wirft ihm vor, für etwa 100 Morde an Kosovo-Albanern, Serben, Roma und Angehörigen anderer ethnischer Gruppen sowie politischen Gegnern verantwortlich zu sein.

Die gesamte UÇK-Führungselite des damaligen Kosovo wird in der Anklageschrift als „kriminelles Unternehmen“ bezeichnet. Kurz vor Ostern begann sein Prozess. Der einst von US-Vizepräsident Joe Biden als „George Washington des Kosovo“ bezeichnete vermeintliche Freiheitskämpfer wurde durch die Nachforschungen des Gerichtshofs entzaubert. Er soll nicht nur gegen Nichtmuslime wie Serben und Roma Verbrechen begangen haben, sondern vor allem gegen muslimische Albaner, die allerdings unter Füh-

rung von Ibrahim Rugova für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts eintraten. Die friedliebenden Kosovaren wurden von Thaçi als Verräter abgestempelt.

Die Grünen traten seinerzeit unter Außenminister Joschka Fischer vehement für eine militärische Lösung des Konflikts

weggefegt war, wurde gegen Thaçi Haftbefehl erlassen. Eine Opposition im westlichen Sinne hatte es unter Thaçi, nach Rugovas Tod 2006, kaum noch gegeben. Deshalb musste der Prozess gegen Thaçi, der ursprünglich in Pristina, der Kosovo-Hauptstadt, stattfinden sollte, nach Den Haag verlegt werden.

Die heutige Kosovo-Regierung unter dem Thaçi-Schützling Albin Kurti hat den Prozess als Farce verurteilt. Sie hat für Thaçi die besten Anwälte der Welt engagiert, deren Zwölf-Millionen-Euro-Honorar wird aus der Staatskasse bezahlt, das heißt, indirekt von der EU, weil diese fast den gesamten Staatshaushalt dieses korrupten und maroden Staates finanziert.

Thaçi durfte noch 2015 an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnehmen, so weit ging sein Einfluss in der NATO. Trotz der Anklage steht die NATO und der damalige grüne Außenminister Fischer auch heute noch hinter ihrer damaligen Entscheidung, mit Bomben gegen Serbien vorzugehen. So gesehen wird in Den Haag auch gegen Fischer und seinen damaligen Gewaltkurs vor Gericht verhandelt.

Mit Thaçi sitzt auch die Gewaltpolitik der NATO auf der Anklagebank

ein und unterstützen Thaçi gegen Rugova. Nur dank dieser Unterstützung war sich Thaçi so sicher und ohne Skrupel, als er seine politischen und militärischen Gegner gleichzeitig ausschaltete. Erst nach zwei Jahrzehnten, lange nachdem der serbische Präsident Slobodan Milošević nicht von den Bomben der NATO, sondern durch seine eigene Opposition hin-

PORTRÄT

Das Zünglein an der Waage

Wenn es nach den Umfragen geht, dann muss Recep Tayyip Erdoğan davor zittern, am 14. Mai als türkischer Präsident wiedergewählt zu werden. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu könnte die Gunst der Stunde nutzen und Erdoğan nach 20-jähriger, nahezu autokratischer Herrschaft aus dem Amt jagen.

Massive Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und vor allem das verheerende Erdbeben im Februar könnten am Ende für Kılıçdaroğlu das Zünglein an der Waage sein, um Erdoğan abzulösen. Baumängel der beim Erdbeben eingestürzten Häuser und die nur schleppend in Gang gebrachten Rettungsmaßnahmen könnten dem Amtsinhaber zum Verhängnis werden. Ein weiterer günstiger Umstand ist für Kılıçdaroğlu durch ein aus sechs Parteien geeintes Oppositionsbündnis entstanden. Da auch die prokurdische HDP auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten ver-

zichtet, kann er auch auf die Stimmen der kurdischen Minderheit zählen.

Natürlich will Kılıçdaroğlu wie alle anderen Politiker Korruption und Vetternwirtschaft bekämpfen. Das Versprechen gehört beim Wahlkampf zum guten Ton dazu. Andererseits versteht er als langjähriger Verwaltungsbeamter und früherer Chef der türkischen Sozialversicherungsbehörde genug von dieser Misswirtschaft. Politisch ist der aus Ostanatolien stam-

mende Alevit ein Spätzünder. Im Jahr 2002, als der fünf Jahre jüngere Erdoğan erstmals die Präsidentschaftswahl gewann, zog der heute 74-jährige Kılıçdaroğlu für die sozialdemokratische CHP, deren Vorsitzender er seit 2010 ist, ins Parlament ein. Bekannt wurde er 2017 mit seinem „Marsch für Gerechtigkeit“, als er begleitet von Hunderten von Anhängern aus Solidarität für einen inhaftierten Parteifreund die 400 Kilometer von Ankara nach Istanbul zu Fuß lief und dabei einen von insgesamt drei Mordanschlägen auf ihn überlebte.

Auch wenn Kılıçdaroğlu im Präsidentschaftsrennen noch die Nase vorn hat – am Ende wird sich Erdoğan auf die Stimmen seiner Anhänger in Deutschland verlassen können. 1,5 Millionen mit türkischer Staatsangehörigkeit leben hier. Sie könnten das wahre Zünglein an der Waage sein (siehe auch Seite 4).

H. Tews



Siegessicher: Kemal Kılıçdaroğlu

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Mord und Totschlag

Die ungebrochene Faszination des Bösen – Ohne Krimis gehen viele Deutsche nie ins Bett

VON ANSGAR LANGE

Was schlimm ist: Wenn man kein Englisch kann, / von einem guten englischen Kriminalroman zu hören, / der nicht ins Deutsche übersetzt ist. / Bei Hitze ein Bier sehn, / das man nicht bezahlen kann.“

Gottfried Benn bekundete in diesem Gedicht sein Faible für Bier und Kriminalromane, die er auch als „Radiergummi für Gehirn“ bezeichnete. Er steht mit dieser Leidenschaft nicht allein auf weiter Flur. Die Deutschen lieben Krimis und Thriller. Schon Bill Ramsey sang in dem gleichnamigen Film davon, dass Mimi nie ohne Krimi ins Bett gehe: „Keinen Goethe, keinen Schiller, holt sie aus dem Schrank heraus. / Nein, einen superharten Thriller sucht sich Mimi aus.“

Der amerikanisch-deutsche Schlagersänger machte den Ausdruck „Krimi“ in der frühen Bundesrepublik erst so richtig populär. Heute ist der Krimi in der Unterhaltungsindustrie so erfolgreich wie kein zweites Genre. Fast kein Abend vergeht im Fernsehen, ohne dass es nicht um Mord und Totschlag geht. Wenn in ARD und ZDF gerade mal nicht das Klima stirbt, dann stirbt ein Mensch, der aus Habgier, politischem Fanatismus, reiner Mordlust oder anderen niederen Motiven gemeuchelt wird.

Viele Deutschen verspüren offenkundig eine gewisse Faszination des Bösen, das ihre Bücherschränke bevölkert und die Bildschirme beherrscht. Im Englischen ist die Rede von der „German Angst“, wenn es um die spezielle Gefühlslage der Bundesbürger und ihre Traumata geht. Psychologen erklären, dass wir beim Lesen von Krimis unsere eigenen Ängste verarbeiten können.

Nicht nur die Angst vor Kriminalität wird beim gefahrlosen Schmökern verarbeitet, sondern auch die Angst vor Kriegen, der Globalisierung oder sozialen Spannungen. Und am Ende eines Krimis geht es häufig gut aus. Wenn der Täter



Das Geschäft mit dem Verbrechen blüht: Krimiauslage in einer Buchhandlung

Foto: imago stock&people

überführt und einer gerechten Strafe zugeführt wird, dann wird in diesem Moment die Ordnung der Welt wiederhergestellt – wenn auch nur zwischen zwei Buchdeckeln.

Am liebsten britische Morde

„Ich brauche mein tägliches Quantum.“ Dieses Bekenntnis des Dramatikers Bertolt Brecht galt Zigarren und englischen Kriminalromanen. Teure Tabakprodukte und Detektivgeschichten bezeichnete er als Produktionsmittel, die notfalls rationalisiert werden müssten. Und Brecht ging besonders in schlechten Zeiten nie ohne Krimi ins Bett. Sie dienten ihm als Sedativum, um die eigenen Nerven zu beruhigen. „Neben seinem sargähnlichen Bett lag am Kopfende immer ein Stapel

von Krimiheften. Rechts waren die neuen, die er noch nicht gelesen hatte, hinten die ausgelesenen“, wird über den Dramatiker kolportiert.

Als Konservativer kann sich auch der Krimileser bestätigen fühlen, dass früher einiges besser war. Denn während Agatha Christie, Edgar Wallace oder Georges Simenon pro Buch immer so um die 200 bis 250 Seiten Spannungsliteratur vorlegten, müssen es heute in der Regel 440 bis 600 Seiten sein – meist vollgestopft mit Nebenhandlungen und moralisierenden Ausschweifungen über das Alltags- und Privatleben der Ermittler. Früher brachte Madame Maigret ihrem Gatten den Frühstückskaffee ans Bett – heute hat der Ermittler eine Neurose, Depression oder ein Alkoholproblem.

Es gibt auch Kriminalschriftsteller, die zugleich große Literatur geschrieben haben. Ein Beispiel ist der US-Schriftsteller Raymond Chandler (1888–1959). Er modellierte seinen harten, aber sentimentalen Privatdetektiv Philip Marlowe als untadeligen Ehrenmann und einsamen Helden, dem programmatisch eine quasi-religiöse, erlösende Funktion in einer durch und durch korrupten Welt zukam.

Brecht konnte laut dem krimibegeisterten Literaturwissenschaftler Jochen Vogt interessanterweise mit dem modernen Autor Chandler und dem amerikanischen Kriminalroman wenig anfangen. Seine Krimikost sollte am liebsten britisch sein und Rätsel enthalten.

In seinem Nachlass finden sich Werke von Sir Arthur Conan Doyle, dem Schöpfer

von Sherlock Holmes und Doktor Watson, von Edgar Wallace (den übrigens auch der „Alte von Rhöndorf“, Konrad Adenauer, schätzte), von Agatha Christie, Dorothy L. Sayers oder auch von John Dickson Carr, der heute fast unbekannt ist. Brecht hat sich verschiedentlich auch theoretisch mit dem Kriminalroman befasst und wollte zusammen mit Walter Benjamin sogar einen eigenen schreiben. „Der Kriminalroman handelt vom logischen Denken und verlangt vom Leser logisches Denken. Er steht dem Kreuzworträtsel nahe, was das betrifft“, so Brecht.

Brechts Entspannungslektüre

Den psychologisch versierten Maigret-Schöpfer Georges Simenon mochte Brecht nicht, was aber wohl in seiner Ablehnung des psychologischen Romans insgesamt begründet liegt. Dafür schätzte er Erle Stanley Gardner (1889–1970) umso mehr. Dieser Autor, der seine Werke um den fiktiven Strafverteidiger Perry Mason multimedial in Radio, Film und Fernsehen vermarktete, war der „wahre Spitzenreiter in Brechts Krimi-Regal“.

Krimis sind sicher in erster Linie für die meisten Menschen Entspannungslektüre. Sie dienen der Unterhaltung. Doch sie können auch viel mehr – davon zeugen die Bücher Graham Greenes, der „Thriller“ schrieb, Dashiell Hammetts, Raymond Chandlers, Patricia Highsmiths oder Georges Simenons.

Erfolgreiche deutsche Krimiautoren der Gegenwart wie Nele Neuhaus, Charlotte Link, Sebastian Fitzek, Volker Kutscher oder Jacques Berndorf mögen Spannung liefern. Literarisch gesehen sind sie im Vergleich zu den Großen des Genres aber nur Kreisklasse. Heutige Krimis sind auch gern mal lustig und handeln von einer bestimmten Region. Ein Beispiel hierfür sind die auch sehr erfolgreich verfilmten Bücher über den niederbayerischen Dorfpolizisten Franz Oberhofer aus der Feder von Rita Falk oder die Sylt-Krimis von Gisela Pauly und Eva Ehley.

KUNST

„Kinder, ich habe gesündigt“

Vor 100 Jahren wurde der Maler Günther Fruhtrunk geboren – Aldi-Tüten machten ihn bekannt

Vor fünf Jahren zog der Discounter Aldi-Nord die von Günther Fruhtrunk 1970 entworfene Einwegkaufstüte aus dem Verkehr, um den Umlauf von Plastik zu verringern. Aber das vom Handelsriesen als „ikonisch“ bezeichnete Erscheinungsbild der Tüte lebt fort. Es wird bestimmt von blauen und weißen Diagonalen in unterschiedlicher Breite, die in vier gegeneinander verschobenen Reihen angeordnet sind.

Man findet es bis heute in allen Filialen auf Mehrweg-Tragetaschen und Tiefkühl-Tragetaschen. Fruhtrunk sorgte somit für die preiswertesten und auflagenstärksten Kunstwerke der Welt. Zu Unrecht schämte er sich jedoch für seinen Deal mit dem Handelsriesen. Seinen Schülern an der Münchner Kunstakademie machte er das Geständnis „Kinder, ich habe gesündigt“ und legte 100 Mark in die Klassenkasse, um seinen Entwurf der Aldi-Tüte zu sühnen.

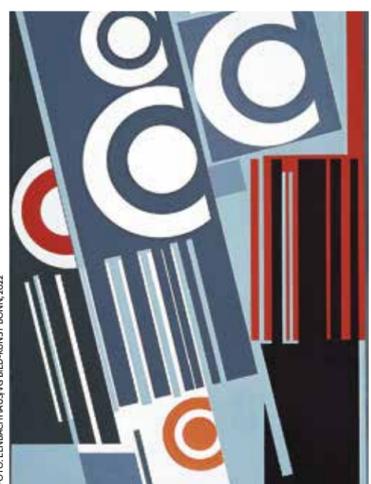
Selbstverständlich befinden sich Fruhtrunks Einkaufsstützen längst in den

Sammlungen von Kunstmuseen. Etwa in der des Münchner Lenbachhauses. Es ehrt den am 1. Mai 1923 in München geborenen Künstler mit einer am 21. November startenden Sonderausstellung ebenso wie das Kunstmuseum Bonn mit einer ab dem 16. November laufenden großen Retrospektive.

Die Schau konzentriert sich auf Werke, die Fruhtrunk während seines Aufenthalts 1954 bis 1967 in Paris schuf. Er hatte sich der konkreten Kunst verschrieben, schuf also gegenstandslose Bilder, deren geometrische Farbformen nur von sich selbst und ihren wechselseitigen Beziehungen erzählen. Sein Gemälde „Gestaltung im Quadrat“ (1959) wirkt noch wie ein starres, auf der Bildfläche ausgebreitetes Arsenal geometrischer Grundformen.

Im Zentrum befindet sich ein graues Quadrat, dessen rechter oberer Teil das linke untere Viertel eines weißen Kreises überdeckt. Bald schon gewinnen die aufgereihten und gegeneinander verschobenen farbigen Diagonalen seiner Bilder ei-

ne ungeheure Komplexität und Dynamik. Darüber gemalte Kreise wie etwa im Gemälde „Umkehrende Reihe, Etude No 4“ (1962/63) sorgen für optische Unruhe.



Fruhtrunk, „Kreise von Delaunay“

Stephan Berg, Intendant des Kunstmuseums Bonn, urteilt: „Die Pariser Jahre sind die Phase, in der Günther Fruhtrunk zu den für ihn typischen Bildfindungen kommt, und dabei die zunächst noch erkennbare Dualität zwischen Motiv und Bildgrund aufhebt.“

In den späten Schaffensjahren des 1982 durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Künstlers nahm die Komplexität der Bildkonstruktionen ab. Die nun oft vertikal gezogenen Bahnen werden breiter und „die Farbe gewinnt deutlich an Eigengewicht“, so Berg. Verfolgen lässt sich das im Herbst in der vom Bonner Kunstmuseum Bonn präsentierten Retrospektive mit Werken des Künstlers von 1952 bis 1982.

Veit-Mario Thiede

- „Günther Fruhtrunk, Die Pariser Jahre (1954–1967)“ vom 21. November bis 7. April 2024: www.lenbachhaus.de;
- „Günther Fruhtrunk, Retrospektive 1952–1982“ vom 16. November bis 10. März 2024: www.kunstmuseum-bonn.de

● AUSSTELLUNG

Schätze aus Usbekistan

Berlin – Auf der Berliner Museumsinsel sind vom 4. Mai bis 14. Januar 2024 „Archäologische Schätze aus Usbekistan. Von Alexander dem Großen bis zum Reich der Kuschan“ zu bewundern. Die groß angelegte Sonderausstellung in der James-Simon-Galerie und dem Neuen Museum präsentiert zahlreiche Kulturschätze, die zum Teil erstmals außerhalb Usbekistans zu sehen sind. Neben archäologischen Zeugnissen der makedonischen Präsenz, dem einzigartigen Kunstschaffen im Kuschan-Reich und den Portraits der aristokratischen Herrscher im Süden Usbekistans, ist es vor allem die frühe buddhistische Kunst, die fasziniert. Ergänzend geben eigens produzierte Videos und Computeranimationen ausgewählter archäologischer Stätten den Besuchern einen Einblick in die reiche Kulturlandschaft Usbekistans vom 4. Jahrhundert v. Chr. bis in das 4. Jahrhundert n. Chr. Weitere Infos: www.smb-museum.de tws

AUTODYNASTIE

Der Zweite von links

Wichtige Weichenstellungen bei Opel gingen auf die Brüder Wilhelm und Fritz zurück. Vor 75 Jahren starb Ersterer

VON MANUEL RUOFF

Im August 1862 wurde Opel in Rüsselsheim gegründet. Der Gründer war der 1837 dort geborene Schlossermeistersohn Adam Opel. Der Unternehmer hatte mit seiner Ehefrau Sophie Marie geborene Scheller die fünf Söhne Carl, Wilhelm, Heinrich, Fritz sowie schließlich Ludwig, dessen Leben nicht nur 1880 als letztes begann, sondern 1916 als Oberleutnant an der Ostfront auch als erstes wieder endete. Als letztes endete das Leben des Zweitältesten. Wilhelms Todestag jährt sich nun zum 75. Mal.

Wilhelm Opel studierte nach dem Besuch des alten Realgymnasiums in Mainz an der Technischen Hochschule Darmstadt Ingenieurwissenschaften. Das lag nahe, da das väterliche Unternehmen im weiteren Sinne technische Produkte herstellte. Ähnlich naheliegend war es, dass

er an seiner Alma Mater einen akademischen Radfahrverein gründete, produzierte das Familienunternehmen seit 1886 neben Nähmaschinen doch auch Drahtesel. Aus diesem Verein ging 1893 das Corps Franconia hervor, dessen Ehrenmitglied er wurde. 1897 heiratete Wilhelm Martha Bade. Aus der Ehe gingen ein Junge und ein Mädchen hervor, „Raketenfritz“ und Eleonore.

Nach dem Tod des Vaters 1895 übernahm Wilhelm Opel gemeinsam mit seiner Mutter und seinen vier Brüdern das Unternehmen. Dabei wurde entsprechend der Ausbildung arbeitsteilig vorgegangen. Carl war gelernter Bankkaufmann. Heinrich hatte eine kaufmännische Ausbildung in der väterlichen Firma erhalten. Ludwig war promovierter Jurist. Fritz war wie Wilhelm Ingenieur.

Nachdem 1886 bereits die Produktpalette von Nähmaschinen auf Fahrräder er-

weitert worden war, erfolgte Ende des Jahrtausends eine weitere Erweiterung um Automobile. Statt für den Aufbau eigener Kompetenzen fiel die Entscheidung für die Übernahme eines bereits bestehenden Automobilwerkes.

Aufnahme der Automobilproduktion

1897 nahmen Wilhelm und Fritz Opel auf der Automobilausstellung Kontakt mit Friedrich Lutzmann auf. Letzterer hatte 1893 sein erstes Fahrzeug gefertigt und zwei Jahre später in Dessau die Anhaltische Motorwagenfabrik gegründet. Zweimal besuchten Wilhelm und Fritz Opel das Werk, dann fiel die Entscheidung, es zu kaufen. 1899 wurde ein entsprechender Vertrag unterschrieben. Die Produktionsstätten sollten von Dessau nach Rüsselsheim verbracht, die Belegschaft übernommen und Lutzmann Direktor der Motorwagenfabrikation bei Opel werden. Bereits

1899 wurde der erste „Opel-Patent-Motorwagen, System Lutzmann“ vorgestellt. Dass es nun wirtschaftlich bergauf ging, veranschaulicht bereits die Tatsache, dass 1917 Wilhelm und Heinrich sowie im darauffolgenden Jahr auch Carl zum Geheimrat ernannt und in den großherzoglich hessischen Adelsstand erhoben wurden.

Nach dem verlorenen Krieg waren es Wilhelm und Fritz, die Opel insoweit zum Ford Deutschlands machten, als sie mit dem Opel Laubfrosch die Fließbandfertigung in der deutschen Automobilindustrie einführen. Der von 1924 bis 1931 produzierte Kleinwagen wurde zum erfolgreichen Massenprodukt, sozusagen zum deutschen Ford Modell T, nur dass er grün statt schwarz war.

Bis 1928 entwickelte sich das moderne Familienunternehmen zum größten deutschen Automobilhersteller. Da drängt sich die Frage auf, warum die Fa-

milie sich im darauffolgenden Jahr von dem Unternehmen trennte. Die Motive waren nicht zuletzt finanzieller Natur. Die Modernität und der Umfang der Produktionsanlagen zur Massenproduktion hatten ihren Preis, und die Ressourcen der Familie waren begrenzt.

Übernahme der Fließbandfertigung

Für zusätzlichen Finanzbedarf sorgten der in diesem Lebensalter nicht unbedingt zu erwartende Tod von Carl von Opel 1927 mit 58 und Heinrich von Opel 1928 mit gar nur 55 Jahren. Horrende Erbschaftssteuern waren zu erwarten.

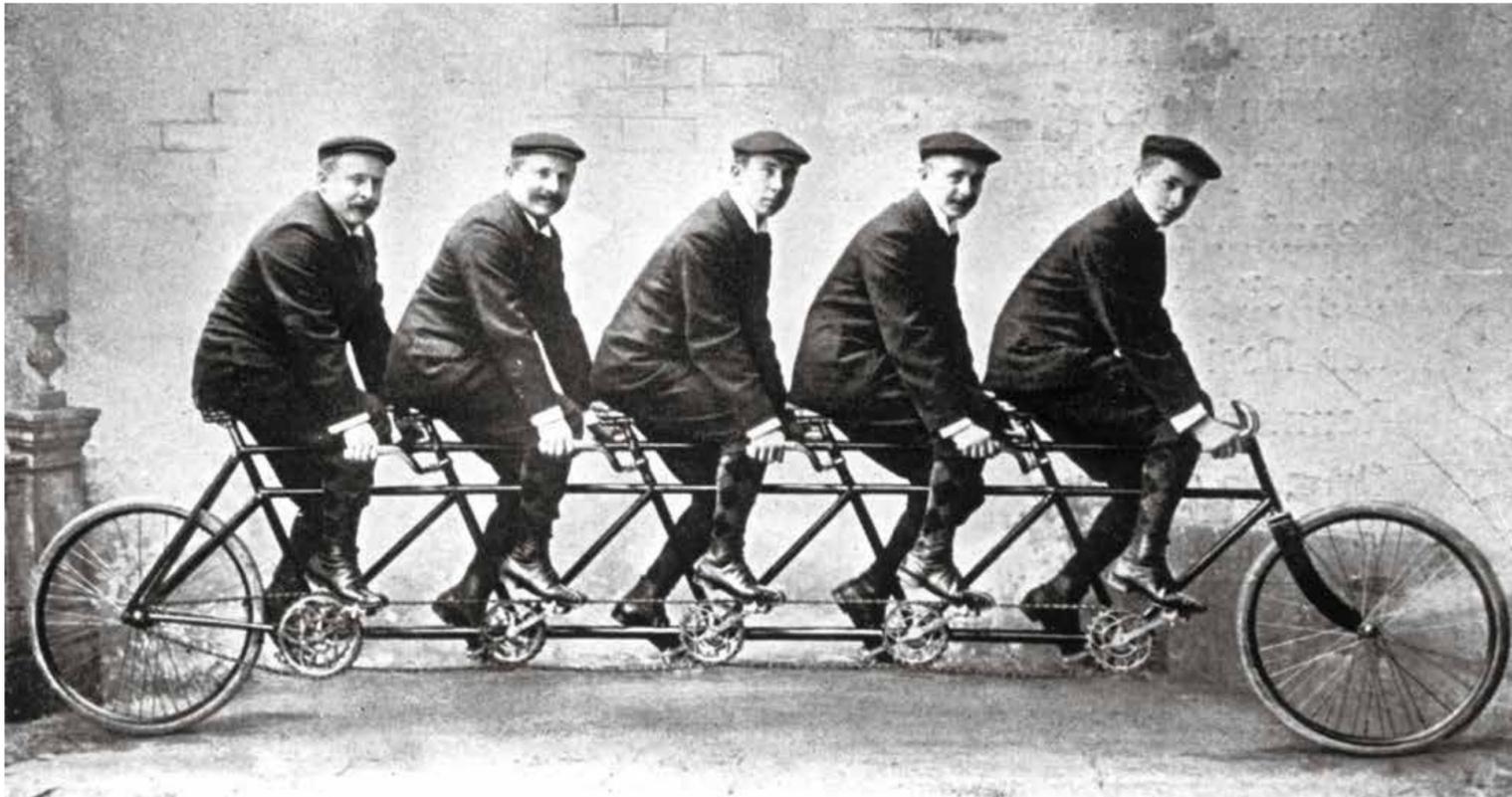
Und wenn die gesamtwirtschaftliche Lage auch noch gut war, so warf doch die Weltwirtschaftskrise bereits ihre Schatten voraus. Ehe die Familie sich völlig in die Hand ihrer Hausbank, der Disconto-Gesellschaft, begab, bei der sie bereits hoch verschuldet war, verkaufte sie lieber.

Wenn die Initiative zu dem Besitzerwechsel auch von Opel ausging, so zeigte sich der US-amerikanische Automobilkonzern General Motors doch sehr interessiert. Obwohl nach den Schätzungen eines im Bankfach ausgebildeten Verwandten der Familie Opel das gesamte Werk nur 100 Millionen wert war, bot GM 120 Millionen Reichsmark für acht Zehntel von Opel. Da sagte die Familie Opel nicht „nein“.

Verkauf an General Motors

Nachdem Opel zum Zwecke des Besitzerwechsels von einem Familienbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war, gab GM 1929 der Öffentlichkeit bekannt, dass es 80 Prozent der Aktien erworben habe. Im Frühjahr 1931 übernahm der neue Mehrheitsaktionär auch die restlichen 20 Prozent.

Aufsichtsratsvorsitzender der Opel AG wurde Wilhelm von Opel, Stellvertreter sein einziger da noch lebender Bruder, Generaldirektor sein einziger Sohn. Während sein Bruder 1938 starb, blieb Wilhelm bis 1945 im Amt. Nach dem Krieg wurde er 1947 als Mitläufer eingestuft und zur Zahlung von 2000 Reichsmark verurteilt. Im darauffolgenden Jahr, am 2. Mai 1948, starb Wilhelm von Opel in Wiesbaden.



Die fünf Opel-Brüder: Carl, Wilhelm, Heinrich, Fritz und Ludwig (von links)

Foto: akg images

STEINKOHLLEN- UND KALISALZGEWINNUNG

Niemand bohrte tiefer

Vor 125 Jahren starb der Leiter der preußischen Zentralbohrwerkstätte Karl Köbrich in Bozen

Karl Köbrich wurde am 5. Januar 1843 im Dorf Kleinmalmerode im Kaufunger Wald bei Witzzenhausen östlich von Kassel geboren. Seine Mutter war eine Tochter des Hersfelder Gymnasialprofessors Heinrich Wilhelm Kraußhaar. Sein Vater fungierte als örtlicher Schulleiter und Pfarrer. Seine Eltern ermöglichten dem vielseitig interessierten Jungen zunächst den Besuch der Gewerbeschule in Kassel und dann das Studium am Polytechnikum in Karlsruhe. Dort beschäftigte er sich verstärkt mit dem Berg- und Hüttenwesen. 1865 legte er die erste Staatsprüfung ab.

Nach dem Studium bekam Köbrich 1866 eine Anstellung auf der Saline Luisenhall bei Göttingen. Dort sorgte der junge Bohrwerkstechniker für die Einführung eines neuartigen amerikanischen Seilbohrgerätes, wie es in Pennsylvania für Ölbohrungen entwickelt worden war. Damit und mit weiteren eigenen techni-

schen Neuerungen erreichte er erstes überregionales Aufsehen.

1869 bis 1874 leitete Köbrich die Bohrarbeiten der späteren Gewerkschaft Neu-Staßfurt. Dabei lernte er das neue Diamant-Bohrverfahren kennen und erschloss sich die Vorzüge der neuen Technik.

Nach weiteren Bohrerfolgen wurde er 1874 in den preußischen Staatsdienst übernommen und mit der Leitung der bei der Saline Schönbeck bei Magdeburg neu eingerichteten Zentralbohrwerkstätte betraut, die für alle Bohraktivitäten in Preußen zuständig war. Zuerst noch unter Oberbohrinspektor Karl Zobel konnte er dort mit vielen Freiheiten so richtig loslegen.

Erstmals 1875 setzte er mit Zobel die in Dänemark entwickelte, aber von ihnen selbstständig abgewandelte Bohrtechnik mit Wasserspülung ein. Unweit der ostpreußischen Hafenstadt Memel wurde

1876/77 erstmals in Preußen dieses Verfahren mit dem Einsatz eines Diamantbohrers kombiniert. Die Kombination aus der Bohrtechnik mit Wasserspülung mit dem Einsatz von Diamantbohrern ermöglichte bisher ungewöhnliche Tiefenbohrungen. In Schladebach bei Merseburg gelang es ihm bei einer Untersuchungsbohrung zur Erforschung der geologischen Verhältnisse in der Norddeutschen Tiefebene zwischen 1880 und 1886 mit 1748 Metern die tiefste Bohrung der Welt niederzubringen.

Der Bohrtechnikpionier galt in seinem Technikbereich weltweit als Schrittgeber, pflegte mit führenden Bohrtechnikern in anderen Industrieländern eine Art Tiefenwettbewerb und leitete mit seiner ständig wachsenden Zentralbohrwerkstätte in Schönbeck bald nicht mehr nur in Preußen, sondern darüber hinaus auch in dem 1871 gegründeten Deutschen Reich die Tiefbohraktivitäten. Besondere Erfolge

gelangen ihm bei Tiefenbohrungen zur Erschließung der Kalifelder in Mitteldeutschland und der Steinkohlenfelder in Oberschlesien. Bis 1889 wurden zwölf der 13 tiefsten Bohrlöcher in Deutschland von ihm beziehungsweise seiner Zentralbohrwerkstätte abgeteuft. 1903 wurde auf sein Anraten hin die Schönebecker Dienststelle von der Saline getrennt und als selbstständige Preußische Bohrverwaltung eingerichtet.

Tiefenbohrungen waren Köbrichs Lebensinhalt. Er selbst kletterte im Sog zahlreicher Ehrungen in der Behördenhierarchie zum Oberbergrat hinauf. Parallel veröffentlichte er seine Erkenntnisse über viele Jahre regelmäßig in der „Berg- und Hüttenmännischen Zeitung“. Überall in Deutschland und international übernahmen Bohrtechniker die Erfahrungen von Köbrich.

Doch sein ununterbrochener Einsatz untergrub seine Gesundheit. Darüber

starb der inzwischen weltbekannte Bohrtechniker bei einem Aufenthalt in der heutigen Landeshauptstadt Südtirols, Bozen, am 1. Mai 1898 im Alter von gerade einmal 55 Jahren.

Über der wissenschaftlichen sollte die volkswirtschaftliche Bedeutung Karl Köbrichs nicht übersehen werden. Nach dem Erlass des Allgemeinen Berggesetzes und der darin enthaltenen Bergfrei-Erklärung der wichtigsten Mineralien 1865 hatte sich der preußische Staat im Wesentlichen auf die wissenschaftliche Erforschung des Untergrundes beschränkt. Im Angesicht der Erfolge Köbrichs fing der Fiskus jedoch an, sich aktiv am Auffinden von Steinkohlen- und Kalisalzlagern zu beteiligen. So hatte Preußen bis 1905 bereits 150 Steinkohlenfelder in Oberschlesien und einen bedeutenden Besitz an Kalifeldern in Mitteldeutschland erworben.

Martin Stolzenau/E.B.

Als Wien noch Zentrum war

Vor 150 Jahren eröffnete Kaiser Franz Joseph I. in seiner Haupt- und Residenzstadt die Weltausstellung

VON EBERHARD STRAUB

Mit der Weltausstellung, die vor 150 Jahren, am 1. Mai 1873, in Wien eröffnet wurde, wollte Franz Joseph, Kaiser von Österreich und König von Ungarn, mit berechtigtem Stolz die Besucher auf die ungebrochene Macht der „Donaumonarchie“ hinweisen. Der Pechvogel, wie er sich selbst nannte, hatte die Niederlagen 1859 bei Solferino im Krieg mit den Franzosen und 1866 bei Königgrätz, besiegt von den Preußen, trotz des Verlustes der Lombardei, Venetiens und des Ausschlusses aus dem Deutschen Bund erstaunlich gut überstanden. Seine Völker beehrten nicht gegen ihn auf. Für den Fasching 1867 gab Johann Strauß mit seinem neuesten Walzer den Rat: „Was nutzt das Bedauern, / das Trauern! / Drum froh und heiter seid“. Dieser Walzer blieb als Lobpreis der schönen, blauen Donau, mit später veränderten Worten, bis heute unvergessen. In diesem Sinne gab sich auch Franz Joseph einige Tage vor der Eröffnung des festlichen Ereignisses zuversichtlich: „Unter günstigen Voraussetzungen tritt das große Unternehmen ins Leben. Der Friede Europas ist ungetrübt und Österreich nach allen Richtungen in erfreulichem Aufschwung begriffen“.

Der Kaiser hatte wieder einmal Pech: Es regnete fürchterlich bei der Eröffnung, und der Mai begann mit ungewöhnlicher Kälte. Das war allerdings nur ein Missgeschick im Vergleich zu der großen Katastrophe, dem Börsenkrach am 9. Mai aufgrund hitziger Spekulationen, die von Berlin aus im Zusammenhang mit den französischen Kriegsschädigungen nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 auch in Wien ansteckend wirkten. Der Ausbruch der Cholera verstärkte das plötzliche Misstrauen in die Berechenbarkeit der Dinge. Viele der verwegenen Glücksritter suchten im Selbstmord den einzigen Ausweg, um Not und Schande zu entgehen. Dennoch erschütterte auch diese Krise weder den Thron noch den Zusammenhalt des Reichsverbandes. In gewisser Weise erwiesen sich die jeweiligen, vorübergehenden Erschütterungen sogar als vorteilhaft. Denn Österreich musste von nun an nicht mehr hartnäckige Anstrengungen unternehmen, um in Deutschland und Italien weiterhin führende Aufgaben wahrzunehmen. Ein Verzicht auf die Hegemonie in der Mitte Europas, von der Ostsee bis zum Mittelmeer, konnte viele Energien wecken, um zu einer wirklich überzeugenden Großmacht zu werden, die aus der eigenen Substanz lebt, ohne deshalb deutsche wie italienische Anregungen entbehren zu müssen.

Kaiserlicher Pechvogel

Das Ziel der deutschen Politik Wilhelms I. und Otto von Bismarcks war trotz des Krieges von 1866 eine enge Übereinstimmung mit Österreich, eine Einigkeit, die auf staatlich-politische Einheit nicht angewiesen war. Auf diesem Wege wurde von beiden erreicht, was den nationalliberalen Revolutionären nicht gelungen war: ein engerer deutscher Bund, ein Nationalstaat, gruppiert um Preußen, und ein weiterer Bund mit Österreich als dauerndem Verbündeten. Das setzte allerdings voraus, dass die Reichsdeutschen davon absahen, um die Deutschen in Österreich zu werben und ihnen eine Heimkehr ins Reich als wünschenswert zu suggerieren. Die Deutschen in Österreich sollten vielmehr unbedingt Österreicher werden und sich nicht als erlösungsbedürftige Auslands-



Der Protektor der Wiener Weltausstellung, Erzherzog Karl Ludwig, begrüßt das Kaiserpaar und prominente Gäste aus aller Welt zur Eröffnungszeremonie: Holzstich nach einer zeitgenössischen Zeichnung Vinzenz Katzlers
Foto: akg images

deutsche verstehen. Auch als selbstbewusste Österreicher konnten sie weiterhin teilhaben an der Kulturnation, zu der sie ja selbstverständlich gehörten. Die pompöse Ringstraße, deren erster Abschnitt 1867 eröffnet worden war, wurde zum Symbol für das neue Österreich. Je österreichischer die Donaumonarchie wurde, desto mehr zog sie Deutsche aus dem Reich an und gewann darüber einen erheblichen Einfluss auf Deutsche, den sie mit solcher Intensität früher gar nicht ausgeübt hatte.

Wien blieb nicht nur, was es schon immer gewesen, die einzigartige Hauptstadt des guten Geschmacks mit einer weltläufigen, vornehmen Gesellschaft. Wien wurde nun auch zu einer Stadt der Wissenschaften, eine Weltstadt des Geistes, die selbstbewusst die Norddeutschen herausforderte, nicht zuletzt die Unfehlbarkeiten am grünen Strand der Spree. Ohne Wien und das übrige Österreich wären die Reichsdeutschen recht versponnene Provinzler geblieben. Sie durften unter keinen Umständen Prag, Graz, Innsbruck, Triest, Budapest, Agram (Zagreb), Lemberg (Lwiw), ja nicht einmal das ferne Czernowitz vernachlässigen, wollten sie nicht riskieren, den Anschluss an aufregende Tendenzen und Ideen zu verlieren. Die deutsche Kultur empfing aufgrund der österreichischen und ungarischen Dynamik eine erstaunliche Weite. Sie wurde über die geistig belebenden Wirkungen, die aus Österreich-Ungarn kamen, hineingezogen in eine mitteleuropäische Weltkultur, die sich im Austausch der Städte entfaltete, der viele Sonderformen zuließ und nicht nach gleichen Lebensverhältnissen und homogenisierten Weltbildern strebte.

Gründerkrach von 1873

Der Austausch blieb nicht einseitig. Auch die „Kakanier“, die Einwohner der k.u.k. Doppelmonarchie, reisten aus allen Städten in die sonderbarsten deutschen Orte, die mit Überraschungen aufwarteten. Wie einst das Latein als Reichssprache alle miteinander verknüpfte, war es jetzt die

deutsche Sprache, die beherrschen musste, wer sich wie ein Fisch im Wasser in diesem Kulturraum als einen ihm bequemen Element bewegen wollte. Aber die Deutschen ihrerseits, ob im Reich oder in Österreich-Ungarn, waren noch nicht einsilbig und wortkarg geworden. Sie eigneten sich die Sprachen der anderen Völker an, mit denen sie zusammenlebten, sich einander ergänzend und sich untereinander vermischend. Im Mitteleuropa vor 1914 musste nicht unentwegt Europa als Auftrag und Chance beschworen werden. Es gab immer wieder, betrieben von nationalistischen Eifern, Sprachkonflikte, doch insgesamt schätzten die beweglichen und ehrgeizigen Temperamente die Vorteile, die sich ihnen boten, wenn sie sich in mehreren Sprachen auszudrücken und darüber ihren eigenen Seelenraum zu erweitern vermochten.

Es gelang von Wien aus, unaufdringlich eine für sämtliche Reichsteile angenehme, umfassende Lebenskultur verbindlich zu machen. Im Kaffeehaus konnte jeder zum „gelernten Österreicher“ werden, auch ein Ungar oder Kroat oder Triestiner. Dort waren die Zeitungen aus allen wichtigen Städten in großer Auswahl vorhanden. Eine gemeinsame, meist vortreffliche Küche stiftete über manche Differenzen hinweg immer wieder das gar nicht so flüchtige Glück übereinstimmender Gemüter in verwandter Atmosphäre. „Die Speisehäuser haben in der ganzen Monarchie die gleiche Einrichtung“, hieß es im Reisehandbuch Baedekers für die gesamte Monarchie 1913. Doch das galt nicht weniger für die Städte von Bregenz bis hinüber nach Czernowitz. Oper, Theater, Bahnhof und Museum, der Stadtpark, und der zum Corso, zur Geselligkeit einladende Boulevard in Anlehnung an die Ringstraße, ähnelten einander überall während der franzisko-josephinischen Epoche, ja noch darüber hinaus bis zum Zweiten Weltkrieg.

Wie einst die Römer versorgten die kaiserlichen und königlichen Beamten die Städte des Reiches mit dem, was ihres Er-

achtens nach eine Stadt dringend benötigte, um urban zu wirken, wie ein Wien im Kleinen, und den Bürgern zu lebenswürdiger Lebensart zu verhelfen. Der Nationalismus, den die Revolution 1848 auch in Mitteleuropa aufgeregt hatte, konnte über die gefälligen, verwandten Lebensformen gemildert und entschärft werden. Nicht zu reden von Kunst und Wissenschaft, die sich gar nicht abzuschließen vermochten von den jeweils eigenartigen Entwicklungen in den von einem verschiedenen „Volkgeist“ geprägten nationalen Räumen, den Wissenschaftler erforschten und der Musiker oder Maler, Dichter oder Dramatiker auf eigenwillige Gedanken brachte, die überall Aufmerksamkeit fanden. Der rege Austausch half über manche Spannungen hinweg und ermöglichte einen lebendigen Zusammenhang der Teile, die sich gar nicht mehr selbstgenügsam auf sich beschränken konnten. Eine geistige Beweglichkeit entsprach der praktischen Mobilität, wie sie die Eisenbahn verursachte, die auch in ganz entlegene Winkel eindrang und es jedem, der neuer Dinge begierig war, ermöglichte, rasch dorthin zu gelangen, wo er hoffen durfte, sich geistig ins Weite zu versetzen und die entsprechenden Gefährten zu finden, die ihn auf ungewöhnliche Weise bei ihrem Aufbruch zu allen möglichen Entdeckungsreisen mitnahmen.

Verzicht auf die Hegemonie

Die franzisko-josephinische Epoche und die Gründerzeit oder der Wilhelminismus im Deutschen Reich waren gerade wegen der unübersichtlichen Fülle an Versuchen, sich wagemutig auf das Leben einzulassen und sich dabei zu bewähren auf welchem Gebiet auch immer, ein glänzendes Zeitalter voller Verheißungen, die jeden dazu aufmunterte, nicht im Kleinen zu beharren, sondern beherzt auszugreifen, ohne Furcht, vielleicht so zu scheitern wie die kecken Spekulanten 1873. Die Erinnerung daran dämpfte nicht den Elan, der hinaus wollte aus den kleinen, engen Verhältnis-

sen, die viele tatsächlich hinter sich im „wesenlosen Schein“ ließen, um mit ihren Werken, ob in der Kunst, der Wissenschaft oder anderen kühnen Unternehmen Trägheit in Staat und Gesellschaft zu überwinden. Eine Vorstellung von Mitteleuropa, wie es vor 1914 bestand, hat sich in zwei Weltkriegen und der Unfähigkeit, von der Mitte Europas aus zu einer neuen stabilen Ordnung zu gelangen, vollständig aufgelöst. Die gemeinsame, wechselvolle Geschichte geriet dabei in Vergessenheit. Deutschland ist nun endgültig Provinz geworden, wirtschaftlich vielleicht noch immer mächtig, aber ohne Erinnerung daran, einmal Teil eines erstaunlichen Kulturraumes gewesen zu sein.

Nicht viel anders verhält es sich in Österreich, in Tschechien, der Slowakei und in Ungarn. Die ehemals gemeinsame Welt ist endgültig als Welt von gestern abgetan und irritiert höchstens als fragwürdig gewordenes Erbe. Alle drängen in den ideologisierten Westen und wollen darin als Westeuropäer untergehen, was sie in der Mitte Europas nie waren. Denn eine starke Mitte sollte ja, wie Klemens Wenzel Lothar von Metternich und Bismarck hofften, dazu bereit und fähig sein, den Westen und den Osten vor Eskapaden zu bewahren und ihn damit vor sich selbst schützen. Dieser Verlust der Mitte brachte Europa um seine Balance und Substanz. Davon sprach der Österreicher, der Deutsche und der Mitteleuropäer Hugo von Hofmannsthal, wenn er 1928 bemerkte: „Und so haben wir ein Vaterland, eine Aufgabe – und eine Geschichte – gehabt, und müssen weiterleben.“

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010), „Wagner und Verdi. Zwei Europäer im 19. Jahrhundert“ (2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils bei Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Temperaturen von durchschnittlich minus 160 Grad Celsius, hauchdünne Atmosphären mit Luftdrücken unter zehn hoch minus sechs Bar, unglaublich hohe Dosen kosmischer Strahlung, aber dafür minimale Mengen an Sonnenlicht: Die drei großen Jupitermonde Europa, Ganymed und Kallisto sind wahrlich keine sonderlich freundlichen Orte. Dennoch vermuten Wissenschaftler anhand der bislang gewonnenen Daten, dass unter den zwischen 15 und 250 Kilometer dicken Eisschichten auf der Oberfläche dieser Trabanten Ozeane mit flüssigem Salzwasser liegen.

Und wo Wasser ist, könnte es theoretisch auch Leben geben. Um dieser Vermutung nachzugehen, startete die Europäische Weltraumorganisation (ESA) am 14. April die Raumsonde JUICE (Jupiter Icy Moons Explorer; zu deutsch: Jupiter-Eismonde-Erkunder).

Die 6350 Kilogramm schwere, bislang größte Sonde der ESA mit ihren zehn riesigen Galliumarsenid-Solarzellen zur Stromversorgung wurde mit einer ebenfalls europäischen Trägerrakete vom Typ Ariane 5 ECA vom Raumfahrtzentrum CSG bei Kourou in Französisch-Guayana ins All geschossen und soll den Jupiter im Juli 2031 erreichen. Zuvor führt ihre Bahn bis Januar 2029 mehrmals um die Sonne sowie auch dreimal um die Erde und einmal um die Venus herum, damit die Gravitation dieser drei Himmelskörper JUICE den erforderlichen finalen Schwung für die 6,6 Milliarden Kilometer lange Reise zu dem Riesenplaneten und seinen insgesamt 92 Monden verleiht. Dann sieht der Flugplan zwei Umrundungen von Europa, 21 Umrundungen von Kallisto und einen zwölfmaligen Orbit um Ganymed innerhalb von vier Jahren vor, bevor die Sonde im November 2034 oder Ende 2035 kontrolliert auf den letztgenannten Mond stürzt.

Zwischenstation an der Venus

An Bord von JUICE befinden sich neun Instrumente aus Europa, den USA und Japan zur Untersuchung der Atmosphäre und des Magnetfeldes der Jupiter-Begleiter sowie zur Kartierung von deren Oberflächen. Außerdem sind zwei Spektrometer an Bord, um die Zusammensetzung der Eise und Mineralien auf den drei Monden näher zu bestimmen. Dabei könnten sich auch Hinweise auf biologische Vorgänge ergeben.

Als besonders wichtig gilt darüber hinaus der Laserhöhenmesser GALA, dessen Aufgabe darin besteht, Hebungen und Senkungen der Eisdecke zu erfassen, die aus den Gezeitenkräften in den angenehmen Ozeanen darunter resultieren. So erwartet man auf dem Ganymed zyklische Variationen bei der Höhe der Eisschicht



In acht Jahren am Ziel: Am 14. April startete eine Ariane-5-Rakete mit der Raumsonde JUICE an Bord in Französisch Guayana

Foto: pa

RAUMFAHRT I

Auf der Suche nach Leben

Mit der Raumsonde JUICE ist die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) zu neuen Ufern aufgebrochen. Organische Verbindungen außerhalb der Erde machen Hoffnung auf spektakuläre Entdeckungen

von bis zu sieben Metern – sofern es das erhoffte flüssige Wasser in der Tiefe tatsächlich gibt.

Aufgrund der besonders hohen Strahlenexposition bei der Umrundung von Europa muss sich JUICE von diesem viertgrößten Mond des Jupiter weitgehend fernhalten. Dessen nähere Erkundung obliegt der deutlich stärker abgeschirmten US-amerikanischen Sonde „Europa Clipper“, die im Oktober 2024 starten und im April 2031 das Jupiter-System erreichen soll.

Wenn JUICE im August 2025 die Venus passiert, werden ihre Instrumente auch hier nach Zeichen von Leben Ausschau halten beziehungsweise die Frage zu klären versuchen, ob die optisch vollkommen undurchdringliche Venusatmosphäre tatsächlich Monophosphan enthält, wie die Beobachtungen einiger Astronomen nahelegen. Das Spurengas entsteht auf Gesteinsplaneten nur bei Stoffwechselprozessen in Mikroorganismen. Neben den großen Jupitermonden

und der nicht sonderlich weit von der Erde entfernten Venus existieren allerdings noch weitere Himmelskörper im Sonnensystem, die ebenfalls niedere Lebensformen beherbergen könnten. Hierzu zählen der Mars sowie die Saturn-Monde Titan und Enceladus.

In der Atmosphäre des Mars wurden durch die ESA-Sonde „Mars Express“ erhebliche Mengen an Methan nachgewiesen, für die bislang keine plausible nicht-biologische Erklärung vorliegt. Darüber hinaus bietet der Rote Planet mit seinen Wasservorkommen auch gute Bedingungen für die Entstehung von Leben.

Leben ohne Licht und Sauerstoff

Auf dem Titan wiederum fanden sich bereits Spuren von einem Dutzend organischer Verbindungen, darunter das hochreaktive mögliche Vorläufermolekül für Leben, Cyclopropenyliden. Zudem ergab die Simulation der Verhältnisse in der Gashülle des Titan, dass hier die Entstehung der Aminosäuren Glycin und Alanin

sowie aller fünf Basiskomponenten der Nukleinsäuren RNA und DNA, also Cytosin, Adenin, Thymin, Guanin und Uracil, möglich wäre. Und Enceladus ist mit einem Durchmesser von nur 500 Kilometern nach der Erde der wohl lebensfreundlichste Ort im Sonnensystem überhaupt. Auf diesem Saturnmond gibt es vulkanische Wärme, flüssiges Wasser und ebenfalls jede Menge organischer Stoffe.

Doch damit nicht genug: Die Aminosäure Glycin, die zu den Grundbausteinen des Lebens zählt, wurde inzwischen auch auf dem Kometen 81P/Wild 2 nachgewiesen, nachdem dieser 2004 Besuch von der NASA-Raumsonde „Stardust“ erhalten hatte, welche Materialproben aus dem Kometenschweif entnahm.

Und in den „Sternschnuppen“, die ständig auf die Erde niederfallen, entdeckten Forscher ebenfalls schon diverse Aminosäuren. Dazu kommen Strukturen, die wie Versteinerungen außerirdischer Mikroorganismen anmuten, in den Meteoriten Nakhla, Alais, Ivuna und Orgueil.

Trotzdem wird oft das Argument vorgebracht, dass die Bedingungen auf anderen Himmelskörpern im Sonnensystem einfach zu extrem seien, als dass dort Leben entstehen könnte.

Indes zeigen die Verhältnisse auf unserem Planeten, was alles möglich ist. So entdeckte man drei Kilometer tief im grönländischen Eis Bakterien, die in völliger Dunkelheit sowie unter weitgehendem Nährstoffmangel Methan produzieren und deren Kolonie wahrscheinlich bereits 300.000 Jahre alt ist – eine Erklärung für die mysteriösen Methankonzentrationen auf dem Mars? Ähnlich „außerirdisch“ präsentieren sich die Mikroorganismen in den hydrothermalen Quellen auf dem Grund der Tiefsee. Im Wasser der sogenannten Schwarzen oder Weißen Raucher, deren Temperatur aufgrund des Umgebungsdrucks bis 460 Grad Celsius erreicht, leben urtümliche Bakterien, welche weder Sauerstoff noch Sonnenlicht benötigen, wie sie im Prinzip auch auf Europa oder Enceladus existieren könnten.

RAUMFAHRT II

Dürfen wir Außerirdischen die Einreise verweigern?

Ein Berliner Fachanwalt ging der Frage nach, welche rechtlichen Probleme sich aus der Ankunft von „Aliens“ ergeben könnten

Was passiert eigentlich, wenn Außerirdische auf unserem Planeten landen? Diesbezügliche Szenarien entwarfen bislang in aller Regel nur Science-Fiction-Autoren. Dabei reichte die Bandbreite von der Vernichtung unserer Spezies bis zum Eintreten paradiesischer Zustände durch den Kontakt mit den schier allwissenden Aliens und eine phantasievolle Vision von den möglichen Geschehnissen jagte die nächste.

Was dahingegen niemand thematisierte, waren die juristischen Verwicklungen, die aus dem Kontakt mit den Besuchern aus dem All resultieren könnten – und zwar bei jeder denkbaren Form des Zusammentreffens. Um das zu ändern, be-

durfte es erst der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Lockdowns, welche dem Berliner Fachanwalt für Arbeitsrecht Klaus Stähle die Muße verschafften, endlich alle „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriern“ zu durchdenken und die Welt dann in einem gleichnamigen Buch über die Ergebnisse dieses Tuns zu unterrichten.

Bei der Abfassung seiner Broschüre, die immerhin im Berliner Wissenschafts-Verlag erschien, ging Stähle mit einer bemerkenswerten Gründlichkeit vor, wie man sie bloß bei Juristen findet, die ihr Handwerk in Deutschland erlernt haben, wo bekanntlich jeder noch so winzige Aspekt des Lebens durchreg-

lementiert wird. Dadurch dürfen wir der Landung von Aliens nun etwas beruhigter entgegensehen, denn ganz gleich, was passiert: Rechtlich ist der Homo sapiens jetzt gerüstet.

Was ist mit Kindern aus Mischehen?

Das betrifft nicht nur die Klärung der naheliegenden Frage, wer als eheliches Befugter wäre, in unser aller Namen zu sprechen, sondern auch ganz anderer Probleme, an die niemand denkt, wenn er sich bei apokalyptischen Filmen à la „Krieg der Welten“ gruselt. Was ist, wenn die Extraterrestriern uns zwar nicht ausrotten wollen, aber bei einer Bruchlandung Schaden anrichten? Haben Staaten das Recht, die

Aliens wie unerwünschte Ausländer an der „Einreise“ zu hindern? Und wie steht es um den Schutz der Besucher aus dem All vor Diskriminierung? Unter welchen Umständen und im Rahmen welcher rechtlichen Regelungen können Unternehmen die überlegene Technologie der Ankömmlinge nutzen, um sich dadurch zu bereichern? Dürfen die irdischen Religionsgemeinschaften die Aliens missionieren?

Was soll die Menschheit tun, wenn die ETs plötzlich in Scharen als Touristen ankommen, weil unser Planet so idyllisch anmutet? Und wie müsste die Klärung der personenrechtlichen Fragen aussehen, welche aus Ehen zwischen Außerirdi-

schen und Menschen sowie der Zeugung gemeinsamer Kinder erwachsen?

Für das alles, und noch viel mehr, hat Stähle – Corona sei Dank – Lösungsansätze gefunden. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass die Aliens eigene und abweichende juristische Ideen mitbringen oder sich gar auf irgendein, uns unbekanntes universelles intergalaktisches Recht berufen.

W.K.

Klaus Stähle: „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriern. Völkerrecht, Wirtschaft und Politik – ein Gedankenmodell“, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, broschiert, 186 Seiten, 36 Euro



ARBEITSTAGUNG SENSBURG

Die Stimme erheben für die Zukunft

Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Minderheit, Deutschunterricht sowie deutsch-polnische Projekte standen auf der Tagesordnung

VON UWE HAHNKAMP

Es waren zwei intensive Tage für die Delegierten und Vorsitzenden der Gesellschaften der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen am Wochenende vom 15./16. April dieses Jahres. Zuerst die Jahresversammlung des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren am Sonnabendvormittag, vor allem aber danach die von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) organisierte Arbeitstagung in Sensburg.

Die Delegierten zur Jahresversammlung waren wie üblich die letzten Teilnehmer, die zur Arbeitstagung im Hotel Anek ankamen. Die Versammlung findet nämlich am anderen Ende der Sensburger Altstadt im Sitz der Sensburger deutschen Gesellschaft „Bärentatze“ statt. Es standen keine Wahlen an, daher war sie in diesem Jahr ruhig und kurz, obwohl es ein sehr durchwachsesenes Jahr 2022 zu besprechen gab. Insbesondere die weiterhin schwelende Frage des Unterrichts in Deutsch als Muttersprache an Schulen in der Republik Polen beschäftigte die Delegierten.

Deutsch in der Schule und außerhalb

Dieses Thema nahm auch bei der Arbeitstagung breiten Raum ein. Rafał Bartek, der neue Vorsitzende des Verbands der deutschen soziokulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), der zu den beiden Veranstaltungen aus Opatów ange-

reist war, stellte die vielfältigen Projekte des VdG zur außerschulischen Sprachbildung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Mit ihnen sollen die vom polnischen Staat gekürzten Stunden für Deutsch als Muttersprache inhaltlich aufgefangen werden.

Manche Gemeinden, vor allem im Opperlner Schlesien, haben von sich aus die Finanzierung von einer oder zwei der gekürzten Stunden übernommen. Um sich aus der generellen Abhängigkeit zu befreien, wäre die Gründung von zweisprachigen Schulen in Trägerschaft der deutschen Gesellschaften eine Alternative. „Zwar gibt es Hürden bei der Gründung, auch finanzielle bei der Renovierung von potentiellen Schulgebäuden, und es gilt, entsprechende Lehrkräfte zu finden“, erklärte Bartek die Herausforderungen, „aber wenn sie steht, ist die Schule unabhängig von Gebietskörperschaften, und die Finanzierung ist dank der staatlichen Gelder für die Schüler gesichert.“

Strategie der Deutschen Minderheit

Das ist auch Teil der Ziele im Themenkomplex „Schule und Sprache“ der neu erarbeiteten Strategie der Deutschen Minderheit in Polen für die Jahre 2023 bis 2027. Diese stellte in einem Vortrag Michał Schlueter vom Vorstand des VdG vor. Wichtig ist darin eine konsequente Vermittlung eines modernen Bildes der Minderheit mit einer PR-Abteilung zur Bündelung der Kräfte. Das Engagement



Sensburg; LO-Sprecher Stephan Grigat eröffnet die Arbeitstagung der Deutschen Minderheit

Foto: U.H.

der Mitglieder, insbesondere auch der Jugendlichen, soll gefördert und neue Mitstreiter gewonnen werden.

„Dabei hilft uns, wie wir bereits jetzt sehen, unser Einsatz für die Menschen, die von der Kürzung der Deutschstunden betroffen sind. Sie nehmen unser Angebot wahr“, so Joanna Hassa, die Ge-

schäftsführerin des VdG. „Erheben Sie Ihre Stimme, damit wir überall, wo Kinder betroffen sind, gehört werden“, appellierte Bartek daher noch einmal, „denn das Thema des Sprachunterrichts der Minderheit muss im Gespräch und sichtbar bleiben.“ Zumal überraschend gemäß der letzten Volkszählung in Polen mehr

Einwohner die deutsche Sprache im Alltag benutzen als sich zur deutschen Nationalität bekennen.

Ein wichtiges symbolisches deutsch-polnisches Projekt ist die stetig voranschreitende Sanierung von Schloss Steinort, zu der Dietmar Böttcher von der Polnisch-Deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz referierte. Auch im Jahr 2023 fließen umfangreiche Gelder in das Gebäude, die aber ausschließlich zu dessen Notsicherung dienen. „Solche Maßnahmen zur Stabilisierung des Baus, der Drainage oder einer nachhaltigen Konstruktion des Dachs sind teuer, von außen aber oft nicht sichtbar“, bedauerte Böttcher. Wenn die Zwischendecken und mehrfarbigen Deckenmalereien wieder eingesetzt werden, wird sich das voraussichtlich ändern. Ganz wichtig am Projekt ist jedoch weiterhin, so der Sprecher der LO, Stephan Grigat, der vor Kurzem das Schloss besichtigt hat, dass eine Konzeption zur späteren Nutzung vorliegt, die sich selber finanziell trägt.

Steinorter Zukunftsvisionen

Die Teilnehmer waren eifrig bei den Gesprächen zu den verschiedenen Themen dabei, vor allem auch am geselligen Sonnabendabend. Ihre Energie reichte bis zum Ende der Arbeitstagung am Sonntagmittag mit einem gemeinsamen Mittagessen. Danach lud der Domherr André Schmeier noch zum deutschsprachigen katholischen Gottesdienst im nahen Bischofsburg ein.

SOZIALPROJEKTE

Spendenaufruf für die Bruderhilfe

Seite an Seite mit den notleidenden Landsleuten in der Heimat Ostpreußen – helfen Sie jetzt!

Liebe Leser der Preußischen Allgemeinen Zeitung, liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

nach wie vor leben wir in einer Zeit der humanitären Katastrophen und des menschlichen Elends. Während die Corona-Pandemie langsam ausklingt, hat der Ukrainekrieg auch im Osten Europas stark ansteigende Energiepreise und hohe Inflation mit sich gebracht, die vielfach kaum zu bewältigen sind. Auch im achten Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es zwischen Weichsel und Memel viele hilfsbedürftige deutsche Landsleute, denen es am Notwendigsten mangelt. Das dreigeteilte Ostpreußen ist von hoher Arbeitslosigkeit und Altersarmut geprägt und die medizinische Versorgung für viele Menschen kaum mehr erschwinglich. Eine hinreichende soziale Absicherung durch den Staat wird nicht gewährleistet. Viele deutsche Landsleute leben auch heute noch in Verhältnissen, die in der Bundesrepublik Deutschland völlig unbekannt sind und oftmals als menschenunwürdig eingestuft werden müssen.

In dieser Lage konzentriert sich die ostpreußische Bruderhilfe auf einen ganz wesentlichen Bereich: Die Nächstenliebe und die Hilfe am Mitmenschen. Es ist uns dabei wichtig, direkt dort anzusetzen, wo

die Not so offensichtlich ist. Dieser Aufgabe stellt sich die Bruderhilfe Jahr für Jahr – mit Hilfe Ihrer Spenden. Aus diesem Grund wende ich mich auch heute wieder mit der Bitte an Sie, unser humanitäres Hilfswerk zu unterstützen.

Die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen blickt inzwischen auf eine lange und erfolgreiche Arbeit zurück: Bereits 1951 wurden die ersten Päckchen und Pakete in das südliche Ostpreußen versandt. Bis heute gehen von dort immer wieder Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten bei uns ein. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die „Wolfskinder“, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst 1990 konnten sie sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder“ zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier, ebenso wie für die deutschen Landsleute im Memelland und die Russlanddeutschen im Königsberger Gebiet, einen ganz besonderen Stellenwert.

Unser Ziel ist es, allen in der Heimat lebenden Landsleuten eine Perspektive zu geben. Deshalb ist jeder Einzelne von uns gefragt, durch die Betreuung vor Ort oder durch seine Spenden einen Beitrag zur Linderung der Not zu leisten. Wir



freuen uns über kleine und große Zuwendungen. Jeder Euro hilft und ist eine Brücke der Menschlichkeit zu unseren armen deutschen Landsleuten in der Heimat.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären und friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, bedürftigen Ostpreußen mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Geben Sie ihnen das Gefühl, dass wir sie nicht vergessen haben und an sie denken. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen und ihre ehrenamtlichen Helfer gewährleisten, dass jede Spende direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten, Kranken und Behinderten, den Notleidenden und den kinderreichen Familien ankommt. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatvertriebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung bitte auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V. bei der Commerzbank AG, IBAN: DE03 2004 0000 0630 2871 00, BIC: COBADEFFXXX

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. 040-414008-25, Fax 040-414008-19, wenzel@ostpreussen.de

FOTO: OSTPREUSSEN.NET

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Schulz, Willi, aus Weepers, Kreis Mohrunen, am 1. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. Lask, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Pradler, Erwin, aus Pregelsswalde, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. Krieger, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Diestel, Inge, geb. Wittke, aus Wehlau, am 28. April
Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

John, Gotthard, aus Mointhienen, Kreis Ortelsburg, am 29. April
Jordan, Gisela, geb. Menck, aus Wehlau, am 3. Mai
Neumann, Ruth, geb. Schiller, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai
Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Szameit, Horst, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 2. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. Fornacon, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 30. April
Lask, Ruth, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April
Locke, Gerda, geb. Hensel, aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April
Schmidt, Gerda, geb. Rohmann, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brunkhorst, Erna, geb. Tomuschat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Dornbusch, Hildegard, geb. Meyhöfer, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Mai

Kanngießer, Johannes Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Klönner, Ingeborg, geb. Nitsch, aus Wehlau, am 4. Mai
Kröger, Charlotte, geb. Dworak, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April

Lewandowski, Eva, geb. Tomuschat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Link, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April
Lorenz, Elfriede, geb. Nothelm, aus Lyck, Leo-Schageter-Straße 9, am 2. Mai

Openkowski, Ruth, geb. Jedamski, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Pacyna, Dr. Hasso, aus Wehlau, am 29. April
Scheu, Gertrud, geb. Hoffmann, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Wrobbel, Werner, aus Treuburg, am 1. Mai
ZUM 94. GEBURTSTAG
Brangewitz, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Mai
Ehrhardt, Gerda, geb. Karohs, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Gazioch, Martha, geb. Wolter, aus Waldpusch, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Jessat, Walter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. April
Känel, Elfriede von, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Kittig, Walda, geb. Pudellek, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Kunz, Martha, geb. Gentz, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Otto, Erich, aus Wehlau, am 28. April
Sieling, Irmgard, geb. Abraham, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 1. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breuksch, Erwin, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 28. April
Brodowski, Siegfried, aus Giesen, Kreis Lyck, am 29. April
Godzieba, Helmut, aus Klausen, Kreis Lyck, am 1. Mai
Krebs, Anna, geb. Dombrowski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai
Müller, Elfriede, geb. Lattko, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG
Bellinger, Maja, geb. Ditkuns, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Bosse, Anneliese, geb. Kalmus, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 4. Mai
Domahs, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Judtka, Siegfried, aus Lyck, am 30. April
Kamp, Erika auf m, geb. Daniel, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Kruska, Elfriede, geb. Kolpatzek, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai
Obalicha, Christel, geb. Dalchau, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. April
Rothgänger, Günter, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 4. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gorlo, Winfried, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 2. Mai
Hackel, Ursula, geb. Wittösch, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April
Knuth, Helga, geb. Poeck, aus Wehlau, am 30. April
Reimer, Irene, geb. Saloga, aus Lyck, Mackensen Straße 10, am 3. Mai
Smiejkowski, Wanda, geb. Parniak, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. April
Wekeiser, Erwin, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Ziemer, Artur, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 30. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bastisch, Gertrud, geb. Derlath, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Gleim, Lieselotte, geb. Nowak, aus Ebenrode, am 1. Mai
Graumann, Inge, geb. Sadowski, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 17, am 29. April

Pointinger, Xaver, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 1. Mai
Rothweiler, Irmgard, geb. Kunick, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April
Valentin, Prof. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 3. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bajohr, Gerhard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 28. April
Biswurm, Marianne, geb. Schlicht, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 4. Mai
Bromberg, Waltraud, geb. Joswig, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. Mai
Degenhardt, Dieter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg und aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Mai
Galla, Horst, aus Winken, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Geuder-Wittrin, Inge, geb. Wittrin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April
Gläser, Manfred, Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna, am 26. April
Kositzki, Edith, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Lederer, Hildegard, geb. Kuhnert, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. Mai
Lipowski, Edith, geb. Steinecke, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 30. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Mutschke, Gerda, geb. Kling-schat, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Payk, Heinz, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Pein, Hildegard von, geb. Strojek, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Mai
Posdzich, Willi, aus Neidenburg, am 2. Mai
Syplie, Ulrich, aus Wehlau, am 4. Mai
Unrau, Ingeburg, geb. Murawski, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Wachholz, Ernst-Albrecht, aus Fischhausen, am 2. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abel, Erika, geb. Leidereiter, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. April
Bremse, Uwe, aus Neidenburg, am 29. April
Buschard, Ingrid, geb. Plogsties, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Mai
Forthmann, Brunhilde, geb. Schelske, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 1. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Palis, Rosemarie, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 3. Mai

Holtmann, Erika, geb. Radzio, aus Treuburg, am 1. Mai
Holzheier, Gerda, geb. Müller, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 30. April
Klittmann, Gertraud, geb. Skibbe, aus Ortelsburg, am 28. April
Milewski, Manfred, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Müller, Anneliese, geb. Gregel, aus Borken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Müller, Erna, geb. Purwien, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Netz, Rudi, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Mai
Nitsche, Ursula, geb. Neumann, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 29. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Mutschke, Gerda, geb. Kling-schat, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Payk, Heinz, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Mai
Pein, Hildegard von, geb. Strojek, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Mai
Posdzich, Willi, aus Neidenburg, am 2. Mai
Syplie, Ulrich, aus Wehlau, am 4. Mai
Unrau, Ingeburg, geb. Murawski, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Wachholz, Ernst-Albrecht, aus Fischhausen, am 2. Mai



Studienreise nach Dresden und Pforten Autorin Christine von Brühl stellt vom 4. bis zum 7. September ihre Familiengeschichte und Orte, die mir ihren Vorfahren in Verbindung stehen, vor. Weitere Informationen bei Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum, am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Telefon (04131) 75995-15, E-Mail: a.kern@ol-ig.de, Internet: www.ol-ig.de Foto: OL

Zusendungen für die Ausgabe 19/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 19/2023 (Erstverkaufstag 12. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 2. Mai**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

26. bis 28. Mai: **9. Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: **26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kom-**

munalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
Infos unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

10.06.-17.06. / 15.07.-22.07. / 12.08.-19.08.:
8-tägige Schiffsreise nach Nidden, € 1.199,-

27.08.-05.09.:

Bus- und Schiffsreise Ostpreußen und Hansestadt Riga, € 1.856,-

Mai-Sep. – viele Termine:

Radtour in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab € 545,-

Mai-Sep. – viele Termine:

Wandern in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab 799,-

Mai-Sep. – Termin nach Wunsch:

Mietwagen-Rundreise Memelland und Masuren, 10 Tage, ab € 945,-

Juni – August – viele Termine:

Radtour von Danzig nach Masuren, 10 Tage, ab EUR 1.200,-

Fordern Sie unseren kostenlosen Prospekt an! – www.Partner-Reisen.com

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: info@Partner-Reisen.com



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Muttertag

Hof - Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Jahnheim: Monatsversammlung zum Thema Muttertag.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Elchniederung

Hamburg - Donnerstag, 11. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, Heimatnachmittag der HKG Elchniederung. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Hartmut Klingbeutel unter Telefon (040) 444993 oder (0178) 3272152.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Terminänderung

Kassel - Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Vortrag „Aus schwerer Zeit: Anna aus Königsberg berichtet über Erlebtes aus Nord-Ostpreußen und Litauen“.

PAZ wirkt!

Samland-Vortrag

Wetzlar - Dienstag, 16. Mai, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Samland – eine Region in Ostpreußen“, Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer, Friedrichsdorf. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze-wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Monatstreffen

Wiesbaden - Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Nun will der Lenz uns grüßen. Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit. Musikalische Begleitung Mathias Budau, Gitarre. Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Großes Frühlingstreffen

Anklam - Sonnabend, 13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus: großes Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Feierlich umrahmt wird das Wiedersehen vom Landespolizei-Orchester Mecklenburg-Vorpommern mit einem ausgewählten Festkonzert.

Ehrengast ist der Schuster Wilhelm Voigt aus Tilsit, bekannt als „Hauptmann von Köpenick“, der im Jahre 1906 ganz Deutschland und selbst den Kaiser in Erstaunen versetzte.

Am Nachmittag lädt der Polizeichor der Hansestadt Anklam zu einem gemeinsamen Singen von Volks- und Frühlingsliedern ein.

Und aus Ribnitz-Damgarten kommen 40 junge Leute vom Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble mit einem schönen Frühlingsprogramm.

Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend kostenlose Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Manfred Schukat



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenua, Tel.: (05901) 2968

Termine

Oldenburg - Mittwoch, 10. Mai, 15 Uhr, Hotel Wöbcken, Hundsmühlen: Kaffeetrinken. Das Hotel kann auch mit dem öffentlichen Bus erreicht werden.

Monatstreffen

Rinteln - Donnerstag, 11. Mai, 15 Uhr, Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a, nahe Bahnhof: Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln.

Wegen der zu treffenden Vorbereitungen wird um zeitige Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de gebeten. Gäste sind uns stets willkommen.

Joachim Rebuschat



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Spargelessen

Düren - Mittwoch, 3. Mai: Frühlingausflug mit Spargelessen (Lövenich – Gürzenich). Die Heimatabende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren, statt. *Gerda Wormowski*

Tanz in den Mai

Gütersloh - Sonntag, 30. April, 20 Uhr Einlass, 21 Uhr Beginn, Haus Ohlmeyer, Brummelweg 125, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Der Eintritt kostet 12 Euro. Es gibt Livemusik mit dem Oxforduo. Karten gibt es nur an der Abendkasse, Tischreservierungen nicht möglich. Mehr Infos bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211 oder unter www.ostpreussen-guettersloh.de



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kirchentag

Chemnitz - Sonntag, 18. Juni, 9.30 Uhr, St. Matthäus Kirche, Zinsendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ost-

preußen und Spätaussiedler. Der Kirchentag, zu dem die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen der Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. einlädt, wird sich mit dem Thema: „Das Wirken der Hugenotten in Ostpreußen“ beschäftigen. Dr. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird an diesem Tag die Predigt halten und am Vormittag zu diesem Thema referieren.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten Frankreich. In dieser Zeit siedelten sich einige der Hugenotten in Ostpreußen an und brachten sich mit ihrer Arbeit in Ostpreußen ein.

Nach dem Gottesdienst werden wir uns vor dem Gedenkstein Flucht, Vertreibung, Deportation versammeln und mit dem Bläserchor der Gemeinde der Toten des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss. Bitte anmelden. Es werden uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäus Kirche mit Tanz und Gesang erfreuen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616. *Alexander Schulz*



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bericht zum Apriltreffen

Bad Oldesloe / Tremsbüttel - Im April begrüßten die Ost- und Westpreußen Frau Ludmilla aus der Ukraine an der österlichen Kaffeetafel. Brunhild Ehlers hatte für die Mitglieder Osterhasen gebastelt, und Karla Baltrusch war auf Hasenjagd gegangen und verschenkte Schokoladen-Hasen. Als Thema des Nachmittags waren die „Salz-

burger Emigranten“ geplant. Ein Mitglied präsentierte eine Bibel von ihnen aus jener Zeit, die nach einer wahren Odyssee bei unserem Mitglied gelandet war. Die Bibel wurde mit neuen Holzdeckeln restauriert, aber die ursprünglichen Schlösser sind noch vorhanden. Um 1732 waren die Salzburger wegen ihres protestantischen Glaubens aus ihrer Heimat von Bischof Firmian vertrieben worden. Das Referat wurde auf später vertagt, da sich die Teilnehmer dem Gast aus der Ukraine widmeten.

Kurz angesprochen wurde außerdem die Ehrenordnung mit dem Hinweis, Landsleute oder Interessierte, die sich mit Büchern, Beiträgen, Vorträgen oder durch lange Mitgliedschaft in den Heimatverbänden um die Heimat verdient gemacht haben, für eine Ehrung vorzuschlagen.

Der gesellige Nachmittag klang aus mit guten Wünschen für sinnliche Osterfeiertage.

Gisela Brauer

Lichtbilder-Vortrag

Bad Schwartau - Donnerstag, 4. Mai, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34A: Israel ein „Heiliges – Unheiliges Land?“ Lichtbilder-Vortrag von unserem Vorsitzenden Axel Simanowski von seiner Israelreise 2022. Wohl kein Tag vergeht, an dem nicht von Israel in den Nachrichten zu hören ist.

Spargelessen

Bad Schwartau - Dienstag, 9. Mai, 10 Uhr, ZOB Bad Schwartau: Abfahrt zum Spargelessen am Nord-Ostsee-Kanal und Ausflug zu einer Straußenfarm. Busfahrt zusammen mit „Reisefreunde Bad Schwartau“, die Fahrtkosten pro Person von 79 Euro bitte an Claus Seifert zahlen.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Schicksal eines Ostpreußen

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Vortrag bei der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig von Ekkehardt Schmidt aus Eckernförde über den ostpreußischen Maler Ernst Ebel (1913-2001) und über Cadinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Brigitte Christensen

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg - Am 12. April konnte der Vorsitzende wiederum zahlreiche Mitglieder zu einem weiteren Vortrag von Hartwig Wilckens begrüßen. Nach der Kaffeetafel sprach Wilckens zum Thema „Die Nachkriegszeit in Norddeutschland“. Hierbei spannte er den geschichtlichen Bogen von den letzten Kriegsjahren bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Seine interessanten Ausführungen mit ausdrucksstarken Bildern zum militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches, dem Ende der Reichsregierung mit der Verhaftung des Großadmirals Dönitz in Flensburg und zum Versuch einiger bedeutender Nationalsozialisten, sich vor der Verantwortung zu entziehen, weckten persönliche Erinnerungen der Teilnehmer an Flucht und Vertreibung und ließen die Geschichte noch einmal lebendig werden.

Alle Zuhörer waren Teil des Schicksals der nach Schleswig-Holstein strömenden Flüchtlinge. Die Wohnungsnot, die Lebensmit-

telknappheit und die Angst um die von den Familien getrennten Angehörigen waren erschütternde Erlebnisse, die alle betroffen gemacht haben. Trotz aller Einschränkungen und Entbehrungen mussten die Menschen mit der Notsituation leben und sich arrangieren. Mit der Währungsreform und der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland endete der Vortrag, der von den interessierten Teilnehmern mit großem Applaus bedacht wurde.

Der Vorsitzende dankte Wilckens mit einem flüssigen Präsent. Hans Legies

Fluchterlebnis

Kiel - „Kinder der Flucht“, unter diesem Titel wird die ergreifende Fluchtgeschichte von Brigitte Kieselbach von der Ortsgruppe Pinneberg und unseres Vorsitzenden der Ortsgruppe Nortorf, Dietrich Weichler, am Montag, 8. Mai im ARD-TV um 22.50 bis 0.20 Uhr (11/2 Stunden), gesendet werden.

In der Mediathek wird der Film in vier Teilen gesendet, und zwar: Folge 1 bis 4 bereits am 3. Mai.

Hans-Albert Eckloff



Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Hauptkreistreffen

Lüneburg - Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 2445050: Hauptkreistreffen. Hierzu laden wir ganz herzlich ein.

Turnusgemäß muss eine Neuwahl des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft erfolgen. Laut unserer Wahlordnung sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft wählbar. Das Vorschlagsrecht haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, der Kreistag und der Kreis Ausschuss. Vorschläge müssen bis zum 25. Mai 2023 schriftlich bei der Kreisvertreterin, Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, eingereicht werden. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen (gegebenenfalls abweichenden Geburtsnamen), Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und jetzige Anschrift des vorschlagenden Wahlberechtigten und den vorgeschlagenen Wahlkandidaten enthalten.

Vorläufiges Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach gemütliches Kaffeetrinken und plaudern im Bernsteinkaffee.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute aus dem Kreis Angerapp sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen, begrüßen zu können.



Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung und Ostpreußentreffen

Winsen /Luhe - Sonnabend, 17. Juni, 14 Uhr, Brasserie, Schloßplatz 5: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e.V. mit folgender Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Festsetzung der Tagesordnung, 3. Protokoll, 4. Bericht des Vorstands, 5. Wahl der Kassenprüfer, Sitzungspause, währenddessen Kassenprüfung, 6. Kassenprüfbericht, 7. Antrag auf Entlastung des Vorstands, 8. Verschiedenes. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

Die gemeinsam mit der KG Schloßberg und den Landesvertretungen Hamburg und Niedersachsen veranstaltete Feierstunde beginnt um 10.30 Uhr im Marstall, neben Museum am Schloßplatz. Pfarrer i.R. Kurt Perrey wird die Andacht halten. Prof. Dr. Thomas Heberer, Duisburg, hält den Festvortrag zum Thema: Heimat im Wandel. Einige Ideen zur künftigen Aufgabengestaltung der Kreis-

gemeinschaften. Gäste sind herzlich willkommen. Auf Wiedersehen in Winsen!

Nach den Veranstaltungen ist die Heimatstube, Rote Kreuz-Straße 6, geöffnet. Gerhard Kuebart



Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. GSt.: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Korrektur

Krefeld - Sonnabend, 28. Oktober: Heimatkreistreffen. Adresse und Uhrzeit werden noch bekannt gegeben.



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Mitgliederfragen: Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Neuwahl der Stadtvertretung

Gemäß Paragraph 9, Absatz 1 der Satzung und der dazugehörigen

Wahlordnung hat der Vorstand die Kandidatenliste bestätigt und die Vorschlagsliste dem Vorsitzenden der Wahlkommission Gerhard Pfiel übergeben.

Sie enthält 17 verantwortungsbewusste, nach längerer Beratung ausgewählte Persönlichkeiten, unter anderem gemäß nachgewiesener Erfahrungen für die Bearbeitung der allgemeinen Sachaufgaben wie Finanzen, Geschäftsführung und so weiter und strategische Aufgaben.

Die Satzung sieht eine Mindestmitgliedszahl von acht Personen vor. Laut Punkt 3 der Wahlordnung lässt der Wahlausschuss in der PAZ die Kandidatenliste veröffentlichten. Bei Gegenvorschlägen müssen die Unterschriften von mindestens zehn Mitgliedern mit Einverständniserklärung des Gegenkandidaten dem Wahlausschuss übergeben werden.

Da am 21. April die Veröffentlichung in der PAZ erfolgte, können und müssen bei begründeten Vorschlägen zu Gegenkandidaten diese bis spätestens 9. Mai beim Vorsitzenden der Wahlkommission vorliegen. Eventuell spätere Eingänge können zu Beeinträchtigungen bei der Termineinhaltung der geplanten Konstituierung am 19. Mai der neuen Stadtvertretung führen.

Neue Stadtvertretung, neuer Vorstand, neue Aufgabenverteilung für die neue Legislaturperiode der „Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.“ ab dem 5. Juni, Kandidatenliste des Vorstandes vom 31. März: Stadtvertreter

Manthey, Valentina, Vorstand, 48445 Witten, Verbindung zu Sovjetsk Telefon (02302) 24046

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid at the bottom left with the text 'So ist's richtig:'.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in the cells and empty cells for clues.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für das Verlassen eines Ortes.

Middle word puzzle grid with words in the corners and a central empty space for a connecting word.

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

Magical word puzzle grid with numbers 1, 2, 3 indicating starting points for words.

- 1 betreiben, trainieren (englisch)
2 Oberhaupt in arab. Ländern
3 Gewürz-, Gemüsepflanze

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Treffen mit Bismarck

Bericht über ein gemeinsames Wochenende des BJO mit den persönlichen LO-Mitgliedern im Großraum Hamburg

VON JOACHIM LÖWE

Der Einladung des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) folgten am letzten Märzwochenende nicht nur die Mittlere Generation des BJOs, sondern auch die persönlichen Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen nach Hamburg.

Die Anzahl der Teilnehmer, gerade ein Dutzend, soll nicht über die Bedeutung dieser Veranstaltung täuschen: Hier trafen sich die Menschen, die die deutsche Geschichte der Ostgebiete und Siedlungsräume, die Geschichte der Vertriebenen und nicht zuletzt Ostpreußen als Heimat der Vorfahren als zu ihrem Leben gehörend betrachten. Dazu kommen andere, die ohne familiäre Beziehungen der Sache selbst zugetan sind.

Neue Eindrücke in Lüneburg

Treffpunkt war schon am späten Freitagabend im Gröninger Brauhaus. Leider wurde am Nebentisch sehr laut Junges Abschied auf Dänisch gefeiert, der infernalischen Sangesgewalt der Gruppe konnten wir allein auf Grund unserer Anzahl nichts entgegenzusetzen. Dadurch war der persönliche Austausch auf die unmittelbaren Nachbarn begrenzt. Dem Wiedersehen der Mitglieder und erstes Kennenlernen der neuen tat das aber keinen Abbruch.

Der Sonnabend war mit einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung gefüllt. Zwei ausführliche Führungen durch die

Ausstellung wurden angeboten, denen die persönlichen Mitglieder viele eigene Kenntnisse und Geschichten beisteuern konnten. Anschließend war auch noch Zeit für eigenständige Erkundungen, bei denen so mancher neue Eindrücke und neue Erkenntnisse sammeln konnte. Das Museum ist nach der Neugestaltung ein echtes Erlebnis; ein Besuch reicht nicht aus, um alles gesehen und gehört zu haben.

Das Mittagessen in der benachbarten KRONE war gut, leider war das Museums-Café total überlaufen, was ja ein gutes Zeichen zumindest für die Betreiber ist.

Die Rückfahrt nach Hamburg wurde durch erhebliche Verkehrsstörungen verzögert. Der Elbtunnel war planmäßig wegen Bauarbeiten gesperrt, weshalb die sogenannten Klebekinder der „Letzten Generation“ zielgenau alle Elbbrücken für den Straßenverkehr blockiert, sodass stundenlange Verzögerungen und Umwege die Folge waren. Trotzdem konnte die Gruppe abends im LaufAuf pünktlich das vorbestellte Essen einnehmen. Hier war mehr Raum für persönliche Gespräche. Höhepunkt war die Würdigung der Vereinsarbeit von Merlin Singhoff, der auch die Veranstaltungen an diesem Wochenende organisiert hatte.

Am Sonntag früh traf man sich in Friedrichsruh im Sachsenwald. Dort befand sich der Ruhesitz von Fürst Bismarck, dem langjährigen Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches. Neben dem heutigen Museum konnte auch das Mausoleum mit den Sarkophagen Bis-



Auf dem Schneckenberg in Friedrichsruh: Die Grablage von Otto von Bismarck und seiner Frau Johanna beeindruckte die Teilnehmer sehr

Foto: BJO

marcks und seiner Ehefrau besichtigt werden. Es gab auch hier eine sachkundige Führung und einen sehr interessanten Vormittag. Viele originale Ausstellungstücke aus dieser politisch sehr bewegten Zeit und natürlich auch persönliche Gegenstände des Fürsten und seiner Frau befinden sich hier.

Die Bismarck-Stiftung hat das Museum an die Bundesrepublik übergeben, und eine umfangreiche Sanierung des alten Gebäudes ist bereits geplant. Der Eintritt ins Museum ist im Gegensatz zum imposanten, im neoromanischen Stil errichteten Mausoleum, das sich in Familienhand befindet, frei.

Um 13 Uhr hat der BJO-Vorsitzende Tobias Kollakowski die Veranstaltung beendet. Nach dem Absingen des Ostpreußenliedes ging die Gruppe auseinander. Ein Teil wollte noch die anderen Gedenksteine neben dem Mausoleum aufsuchen, ein anderer hat noch einmal ins Museum geschaut.

Auf Bismarcks Spuren

Der Weg zweier Teilnehmer führte Richtung Sachsen, wo sie sich in Schönhausen in der Altmark, dem Geburtsort Bismarcks, die Außenstelle des Bismarck-Museums im Inspektoren-Haus auf dem Bismarckschen Gutsgelände angese-

hen haben. Vom Geburtshaus steht nur noch der Anbau, auf der Wiese stehen vier Kanonen aus dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Das kleine Museum wird von der Gemeinde finanziert. Es wird an einer Erweiterung gearbeitet. Schulklassen besuchen die Ausstellung im Rahmen des Geschichtsunterrichtes. Der zweite Teil der Bismarckschen Besitzungen in Schönhausen wird heute als Standesamt und Verwaltungssitz genutzt und ist daher in einem sehr guten äußerlichen Zustand.

Der BJO, insbesondere die Organisatoren um Merlin Singhoff,

hat ein sehr schönes und lehrreiches Wochenende auf die Beine gestellt, auch wenn das Aprilwetter nicht immer so schön war.

Es erfreute die persönlichen Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. sehr, dass es eine wenn auch noch kleine Gemeinschaft von ernsthaften jungen Deutschen gibt, die nicht nur gut Bescheid weiß, sondern auch einen klaren Blick auf die Geschichte und genaue Vorstellungen zu den heute notwendigen Änderungen in unserer Gesellschaft hat.

Mitdenken erwünscht

Noch erfreulicher wäre es, wenn mehr persönliche Mitglieder, aber auch andere Landsleute und Interessierte über solche Veranstaltungen den Kontakt zu den Jugendlichen und der Mittleren Generation, auch im BJO, suchen und sich gemeinsam über eine gedeihliche Zukunft unseres Vaterlandes Deutschland Gedanken machen und für diese ihren Beitrag, in welcher Form auch immer, leisten.

Die Mitgliedschaft im BJO oder die persönliche Mitgliedschaft in der Landsmannschaft sind die einfachsten Möglichkeiten, für eine starke Vertretung der Ostpreußen und Vertriebenen insgesamt in der Zukunft zu sorgen, wenn die Mitglieder in den traditionellen Gruppierungen der Länder und in den Heimatkreisgemeinschaften einmal nicht mehr sein werden.

● Joachim Löwe ist Vertreter der persönlichen Mitglieder in der Landsmannschaft Ostpreußen.

Heimatkreisgemeinschaften

Thiel, Vera, Stade, Exponate, Heimatstube, vera.thiel2@t-online.de
Schoenwiese, Christine, Volljuristin, staatlich anerkannte Sozialpädagogin, 06132 Halle, Telefon (0177) 6361589

Schmick, Heinz, Schulsprecher, 63633 Birnstein, Telefon 06054 914068

Pfiel, Gerhard, Schulsprecher, 14480 Potsdam, Telefon (0331) 617583

Feige, Erwin, Schulsprecher, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748

Saric, Ernst, Finanzfachmann, Berlin, ernstsaric@hotmail.com

Balschuweit, Günter, Schulsprecher, 98527 Suhl, Telefon (03681) 726827

Urbschat, Manfred, Zeitzeuge, Archiv, 03051 Cottbus, Telefon (0355) 535544

Purwin, Hans-Joachim, Kulturwissenschaftler, 12439 Berlin, Telefon (030) 6368531

Freyberg, Wolfgang, ehemaliger Museumsdirektor, 91781 Weißenburg, Telefon (0177) 8120456

Feige, Florian, Sonderaufgaben, 90766 Fürth, Telefon (0176) 63028985

Schmick, Uwe, Dipl. Designer, Berlin, Telefon (0151) 55590360

Feige, Gerhard, Zeitzeuge, Organisation, 15890 Eisenhüttenstadt, Telefon 0336463313

Lohmann, Heinrich, Berater, Verden, Telefon 015224025314

Mitglieder mit speziellen Aufgaben
Polte, Bernd, Mitgliederdatei, Familienforschung, 19322 Abbendorf, Telefon 038791179873

Prof. Dr. Günter Hertel, Dokumentation, Pressefragen, 01723 Kesselsdorf, Telefon 035204 794062

Mitglieder mit speziellen Aufgaben gehören mit beratender Stimme zur Stadtvertretung (vorbehaltlich der entsprechenden Satzungsänderung).



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wristor Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit Wahlen der Mitglieder des neuen Kreistags. Folgende drei Satzungsänderungen werden zur Abstimmung ge-

stellt: 1. Paragraph 9,9 (alt) „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindesten 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu) „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“

2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“

3. Paragraph 10,8 (alt) „Der Kreis-ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspielvertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreis-ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitglieder kommissarisch mit Ämtern im Kreistag zu betrauen.“

Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai stattfindet.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Nachbarschaftstreffen 2023

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg:

Nachbarschaftstreffen. Das letzte Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eiertorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später.

Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des

neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung.

Falls Sie sich nicht mehr zutrauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung wird gewiss auch ihnen gefallen.

Dieter Neukamm,
Kreisvertreter



Franz Domschait

Sonderausstellung bis zum 17. September zeigt Werke des Malers. Eine Kooperation mit dem Litauischen Nationalen Kunstmuseum.
Internet: www.ol-ig.de

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

LOTHAR MALSCHAT

Der Meisterfälscher aus Königsberg

Selbstironisch bezeichnete sich der Künstler als „König der Landstreicher“ – Er fertigte Kopien berühmter Maler an

VON WOFLGANG KAUFMANN

Im Jahre 1940 veröffentlichte die Zeitschrift „Germanen-Erbe“ das Foto eines Wandbildes im Dom von Schleswig, welches acht Truthähne zeigte und angeblich aus der Zeit zwischen 1280 und 1320 stammte. Das nahm die nationalsozialistische Propaganda als Beweis dafür, dass die Wikinger schon lange vor Kolumbus nach Nordamerika gesegelt seien, denn der große Hühnervogel Meleagris gallopavo stammt von dort, gelangte aber erst im 16. Jahrhundert nach Europa. Allerdings war die „frühgotische“ Malerei nicht echt, sondern von Lothar Malskat gefälscht worden.

Der Sohn eines Königsberger Antiquitätenhändlers hatte am 3. Mai 1913 das Licht der Welt erblickt und schon als Elfjähriger Werke italienischer Meister kopiert. Später besuchte er die Kunstakademie Königsberg, wo man seine „bemerkenswerte Begabung“ lobte. Dennoch avancierte Malskat letztlich nur zum „König der Landstreicher“, wie er später selbstironisch schrieb. Das heißt, der Maler lebte permanent am Existenzminimum. Das änderte sich erst 1937 durch das Zusammentreffen mit dem Kirchenhistoriker und Restaurator Ernst Fey und dessen Sohn Dietrich.

Der ältere Fey sollte den ursprünglichen Zustand der mittelalterlichen Fresken im Dom von Schleswig wiederherstellen, welche Ende des 19. Jahrhunderts unsachgemäß ausgebessert worden waren. Allerdings blieben nach dem Abwaschen der Übermalungen kaum noch Spuren von den originalen Kunstwerken. Deshalb geriet Fey in Panik und erteilte Malskat den Auftrag, die frühgotischen Friese durch etwas Eigenes zu ersetzen, um eine Verfolgung wegen der Vernichtung nationalen Kulturgutes abzuwenden. Daraufhin ließ Malskat seiner Phantasie freien Lauf und pinselte unter anderem die be-



Während einer Ausstellung seiner eigenen, echten Gemälde: Lothar Malskat zündet sich eine Zigarette an

Foto: pa

wusste Truthahngruppe auf die nunmehr fast kahlen Wände aus grauem Mörtel. Außerdem erschuf er eine „nordisch“ anmutende „mittelalterliche“ Madonna mit dem Gesicht der populären Schauspielerin Hansi Knoteck, wonach Fey ihn zum Stillschweigen ermahnte: „Merken Sie sich einfach, dass Sie diese Malerei nicht gemalt haben.“

Den Zweiten Weltkrieg verbrachte Malskat als Soldat in Norwegen. Anschließend traf er im Herbst 1945 in Lübeck auf Fey junior, der ihm vorschlug, weiter Geld mit der systematischen Anfertigung von Fälschungen zu verdienen: „Sie malen, ick vakoofe!“ Also produzierte der heimatlos gewordene Ostpreuße Malskat wie am

600

Fälschungen berühmter Bilder fertigte Lothar Malskat in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu seiner Selbstanzeige im Jahr 1952 an

Fließband Werke nun plötzlich nachgefragter „entarteter Künstler“ wie Ernst Barlach, Marc Chagall, Pablo Picasso, Max Liebermann und Otto Kokoschka, wagte sich aber ebenso an „Rembrandts“, „Utril-

los“ und „Rosseaus“. Insgesamt entstanden so um die 600 Fälschungen.

Mitte Juli 1948 ergatterte Dietrich Fey dann den lukrativen Auftrag zur Wiederherstellung der gotischen Fresken in der Lübecker Marienkirche. Diese „Mutterkirche der Backsteingotik“ war während des britischen Flächenbombardements in der Nacht vom 28. zum 29. März 1942 ausgebrannt, worunter auch die 21 Heiligenbildnisse aus der Zeit um 1300 schwer gelitten hatten. Bei dem Versuch der Restaurierung wiederholte sich allerdings das Malheur von Schleswig: Besser als auf dem originalen mittelalterlichen Putz hafteten die alten Farben an den zehn Schichten der späteren Übertünchungen, weswegen nach

deren Entfernung nur noch vage Schemen übrig blieben. Daraufhin spornte Fey Malskat an, die Bilder nach eigenem Gutdünken neu zu malen: „Jetzt müssen Sie ran, legen Sie los!“ Und auch der Kirchenbaumeister Lothar Fendrich meinte: „Immer Farbe druff, immer feste!“

Das Ergebnis dieser Bemühungen fiel derart überzeugend aus, dass Fey 1951 anlässlich der 700-Jahr-Feier von St. Marien von Bundeskanzler Konrad Adenauer ausgezeichnet wurde. Der leer ausgegangene Malskat, der von dem gefeierten Fey lediglich ein paar Bier- und Schnapsmarken erhalten hatte, kochte vor Wut und erstattete schließlich am 6. Oktober 1952 eine Anzeige gegen sich selbst sowie gegen Fey und die Kirchenbauleitung wegen Betruges. Der hieraus resultierende Prozess zur Aufarbeitung des größten Kunstschwinds in der Geschichte der Bundesrepublik begann im August 1954 und endete am 25. Januar 1955 mit der Verurteilung Malskats zu anderthalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung, während der mitangeklagte Anstifter Fey noch zwei Monate länger absitzen musste.

Nach der Entlassung aus der Haft schlug sich Malskat ehrlich durchs Leben, wobei seine Bilder, die nun keine Kopien oder Fälschungen mehr waren, zunächst nicht sonderlich teuer verkauft wurden. Eine Änderung trat erst ein, als der starke Raucher nach zwei Herzinfarkten und einem Schlaganfall am 10. Februar 1988 in Wulfsdorf nahe Lübeck starb. Plötzlich erzielten die echten Malskats bei der Auflösung des Nachlasses Preise von bis zu 15.000 Mark. Dahingegen nahmen die beiden bekanntesten Fälschungen des gebürtigen Königsbergers ein eher unrühmliches Ende: Der Kreuzgang mit den „restaurierten“ Fresken im Dom von Schleswig ist nicht mehr öffentlich zugänglich und die Malereien in Lübeck ließ der Vorstand von St. Marien weitgehend entfernen, weil sie als „kirchliches Ärgernis“ galten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Schere zwischen Nationalität und Sprache öffnet sich weiter

Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahre 2021 veröffentlicht – Die Zahl der Deutschsprachigen hat sich vervierfacht

Das Polnische Statistikkamt hat die Zahlen der Volkszählung aus dem Jahr 2021 veröffentlicht. Gegenüber der Volkszählung genau zehn Jahre zuvor haben sich nun 15.300 Menschen in der Republik Polen weniger der deutschen Nationalität zugehörig deklariert.

38.700 in der Republik Polen gemeldete Menschen gaben als ihre dominierende Nationalität Deutsch an, weitere 93.800 erklärten, neben ihrer Erstooption, sich auch der Gruppe der Deutschen zuzuordnen, womit insgesamt 132.500 Bekenntnisse zum Deutschtum in der Republik Polen vorliegen. Eine Gesamtbevölkerung von etwa 38 Millionen Menschen lässt diese Größenordnung als dürftig erscheinen, doch das polnische Minderheitsverständnis weist eine Besonderheit auf. Vor allem wird an Oder und Weichsel nicht wie in der Bundesrepublik nur von nationalen Minderheiten gesprochen, sondern von ethnischen und nationalen Minderheiten. Diese Terminologie ist letztlich ein Resultat des einst so genannten „schwebenden Volkstums“ vor allem unter den Oberschlesiern, aber auch unter Masuren und Kaschuben.

Der Umstand, dass in der am dichtesten besiedelten Region des Staates – Oberschlesien – schon vor dem Zweiten Weltkrieg oft Nationalität und erste Mutter-

sprache voneinander abwichen, begünstigte die Hilfskonstruktion einer „ethnischen Minderheit“. Intention war nach 1945 zugleich jedoch vor allem, dass eine ethnische Sonderformung die deutsche Option oder eine deutsch-oberschlesische Mischoption kaschieren konnte.

132.500 bekannten sich zur deutschen Nation

132.500 Deutschen stehen in der Republik Polen heute 585.700 Menschen gegenüber, die sich als Oberschlesier deklarieren, 176.900 Einwohner Polens bekennen sich als Kaschuben, die zumeist den slawischen Idiom Pommerellens, dem Hinterland von Danzig, sprechen. Den drei „großen“ Minderheiten standen 2021 gegenüber: 79.400 Ukrainer, 54.300 Weißrussen, 48.700 Briten, 25.100 US-Amerikaner, 17.700 Italiener, 15.700 Juden (die durch ethnisch-nationale Konstruktion quasi gelöst von der nationalen Frage erfasst sind), 14.800 Russen, 13.000 Franzosen, 12.700 Lemken in Galizien, 11.800 Roma, 10.000 Iren und 9.700 Litauer. Letztere, Weißrussen oder Ukrainer gehörten nahezu vollständig autochthoner, also alteingesessener Bevölkerung an. Da die Volkszählung unabhängig von der Staatsangehörigkeit alle Menschen betraf, sind „Minderheiten“ wie Franzosen

oder US-Amerikaner miterfasst. Es muss also ebenso eingeräumt werden, dass unter den Deutschen der Anteil von Erwerbszwanderern nicht unerheblich ist und diese einen Teil des Gesamtwertes bereits „aufessen“. Nach der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine machen die 79.400 Ukrainer im Land mittlerweile sogar nur eine Minderheit aller heute in Polen lebenden Ukrainer aus.

Den 132.500 deutsch Optierenden im Lande stehen interessanterweise 199.000 Menschen gegenüber, die die deutsche Sprache im häuslichen Kontakt verwenden. 6600 Menschen in der Republik Polen nutzen daheim nur die deutsche Sprache und dürften damit weitgehend Zuwanderer aus der Nachwendzeit sein. 600 Menschen sprechen Niederländisch und 400 Norwegisch.

Interpretationsbedürftig ist, dass sich 2011 nur 58.170 Menschen zum Gebrauch der deutschen Sprache bekannten und nun fast viermal so viele. Der deutsche Sejm-Abgeordnete Ryszard Galla meint diesbezüglich, dass die Corona-Pandemie die Erfassung deutlich beeinflusst habe. Vor dem Hintergrund vieler telefonisch erhobener Daten ist hier sicherlich noch genau auf regionale Unterschiede zu schauen. Dies ist vorerst nicht möglich, da die Zahlen noch nicht regional aufgeschlüsselt vorgestellt wurden. In jedem Fall können sich die „Nationaloberschlesier“ in den beiden ober-schlesischen Woiwodschaften als „Verlierer“ betrachten, denn nach einem „schlesischen“ Votum von 840.000 Menschen 2011 bekannten sich nun nur 585.000 Oberschlesier zu einer „schlesischen Nationalität“, die weiterhin leidenschaftlich diskutiert wird.

Der gesellschaftliche Wandel hat in jedem Fall bereits Einfluss genommen. Selbst in der Republik Polen ist nun bereits eine kleine Schere zwischen Nationalität und Sprache spürbar. Die Abweichung zwischen beiden Werten nimmt zu. Nicht im Ansatz so stark wie in der Bundesrepublik der Migrationsminderheiten, jedoch statistisch schon feststellbar.



Nur ganz wenige Geschäfte tragen auch deutsche Beschriftungen: Lebensmittelladen in Kandrzin-Cosel

Foto: Scholtz-Knobloch

Till Scholtz-Knobloch

RÜGEN

LNG: Eine Insel probt den Aufstand

Unerwarteter Widerstand verunsichert Landes- und Bundespolitik

VON TORSTEN SEEGERT

Am 20. April eilten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundesenergieminister Habeck (Bündnis 90/Grüne) sowie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Umweltminister Till Backhaus und Landwirtschaftsminister Reinhard Meyer (alle SPD) auf die Insel Rügen. Hier hat sich seit Ende Februar, als bekannt wurde, dass die Bundesregierung mitten in einem Natura-2000-Gebiet und direkt vor den größten Seebädern der Insel das größte Flüssiggas-Terminal Europas plant, eine Anti-LNG-Bewegung etabliert, die alle politischen Strömungen in ihrem Widerstand dagegen vereint.

Nach Wochen der Funkstille zwischen Rügen und Berlin wollte man nun erstmals an diesem Abend mit „Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ im Binzer „Haus des Gastes“ reden. Die von



Vor der Gesprächsrunde in Binz: Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus, Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesumweltminister Robert Habeck

der SPD geführte Landesregierung hatte dafür den Rahmen der Teilnehmer abgesteckt, sodass sich die Blicke des Kanzlers nach den Protesten von etwa 600 Rügern vor der Eingangstür doch noch aufhellten. Denn hier traf er nicht nur auf zahlreiche Parteigenossen, sondern auch auf Rügern, die gesprächsbereit, aber auch misstrauisch waren.

Misstrauen gegen Großprojekte

Das Misstrauen kommt nicht von ungefähr. Alle Rechtsvorgänger der Bundesrepublik Deutschland haben in der sensiblen Natur der Insel tiefe Wunden hinterlassen. Seit 1916 wurde beispielsweise die

Halbinsel Bug militärisch durch das Kaiserreich, dann Reichswehr, Wehrmacht, NVA und Bundeswehr genutzt. Dafür wurde nicht nur Wald abgeholzt, sondern auch die Natur großflächig mit Teer kontaminiert, dessen Hinterlassenschaften unter der Oberfläche in das Grundwasser einsickern. Das Areal gehört dem Bund und liegt heute mitten im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Doch trotz Aufforderung zur Beräumung tut sich bisher nichts.

Weiter südlich, an der Schmalen Heide, liegt ein weiteres schweres Erbe staatlicher Eingriffe in die Natur: das nie fertiggestellte „Kraft durch Freude“-Seebad Rügen. Dafür wurde in den 1930er Jahren ein ganzer Küstenwald gerodet und eine Dünenlandschaft durchgepflügt. Der kilometerlange Koloss an der Prorer Wiek war zu DDR-Zeiten Teil eines militärischen Sperrgebietes, für dessen Truppenübungsplatz Rügern zwangsumgesiedelt und Dörfer zu Wüstungen wurden – die Nutzung oblag der NVA und später der Bundeswehr.

Hinter verschlossenen Türen

Der historischen Verantwortung stellt sich der Bund als Eigentümer allerdings nicht. Stattdessen wurde der heute denkmalgeschützte Komplex Block für Block verkauft und so zum wahren „Betongold“ für Kapitalanleger.

Nur etwas weiter nördlich an der Prorer Wiek befindet sich Mukran. Einst zählte das kleine Fischerdorf etwa 38 Seelen und lag in einem Naturschutzgebiet. Dann wurde hier in den 1980er Jahren ein weiteres staatliches Projekt umgesetzt: Der Großhafen Mukran diente dem Eisenbahnfahrverkehr zwischen der DDR und der Sowjetunion.

In Binz schlossen sich am besagten Donnerstag nach 17 Uhr die Türen. Wie führt man dahinter innerhalb von etwa zwei Stunden ein Gespräch auf Augenhöhe mit etwas über 30 Teilnehmern? Die Frage beantwortet sich, wenn man von Teilnehmern der Gesprächsrunde im Nachgang hört, dass Bundeskanzler Scholz und sein Wirtschaftsminister Habeck bereits etwas über 30 Minuten für sich beanspruchten, um ihre Position zu bekräftigen.

Nach der Veranstaltung appellierten sie an die Verantwortung der Rügern für die Versorgungssicherheit von Ostdeutschland. Ausgeblendet wurde dabei

jedoch, welchen Beitrag die Rügern – unter Hinnahme der Entwertung ihrer Insel – bereits leisteten.

Rügerns Beitrag zur Energiewende

Nach dem verkündeten Atomausstieg sind bis heute rund um die Insel Rügen bereits acht Offshore-Windparks – ENBW Baltic 1 (48,3 MW), Gennaker (927 MW), ENBW Baltic 2 (288 MW), Arcadis OST1 (257 MW), Baltic Eagle (476 MW), Arkona

Der nun vom Bundeskanzler in Binz favorisierte LNG-Standort Mukran zum Anlanden von Flüssiggas ist für viele Rügern überhaupt keine Lösung. Zur Umsetzung ist eine zwei Kilometer lange Vertiefung der Fahrwinne notwendig. Wie eine lokale Zeitung berichtete, läuft ein Planfeststellungsverfahren bereits bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Kiel. Unabhängig davon würde eine Pipeline zwischen Mukran

wahlen auf der Insel bleibt der Druck der Rügern auf ihre Stadt- und Gemeindevertreter hoch. Während Sassnitz als zweitgrößte Stadt der Insel mit zwei Häfen und vielen Stadt- und Ortsteilen mit der Erhaltung der Infrastruktur bei schrumpfenden Einwohnerzahlen sowie einer Kreisumlage von etwa sechs Millionen Euro zu kämpfen hat und jeder zusätzliche „Strohalm“ auch in Bezug auf den Hafen Mukran willkommen ist, hat



Erneut wird protestiert: Die Rügern wollen weitere Eingriffe in die sensible Natur ihrer Insel nicht hinnehmen Fotos: Seegert (2)

(385 MW), Wikinger (350 MW) Winkanker (308 MW) – errichtet, in Realisierung oder bereits genehmigt worden. Außerdem existiert noch ein Vorbehaltsgebiet Hiddensee.

Damit werden nach Abschluss der Arbeiten vor Rügen 3000 Megawatt Strom erzeugt, die der Leistung von zwei mittleren Atomkraftwerken entsprechen und weit über sieben Millionen Haushalte durch zwei Einspeisetrassen – westlich und östlich vor Rügen – versorgen. Auch die deutsche Brückentechnologie Gas wurde mit dem Bau von vier Pipelines durch den Greifswalder Bodden bis zu deren Sprengung mitgetragen.

und Lubmin auf dem pommerschen Festland allerdings die 40 Kilometer Länge überschreiten. Ein Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie das LNG-Beschleunigungsgesetz vorsieht, wäre dann eigentlich ausgeschlossen.

Widerstand formiert sich neu

Und: Schließlich hat sich Deutschland durch die Aarhus-Konvention auch dazu verpflichtet, ab einer Pipeline von mehr als 40 Kilometern Länge eine breite Öffentlichkeit mit Planfeststellungsverfahren zu gewährleisten, die eine Abwägung der Interessen vorsieht. Bedingt durch die im Jahr 2024 stattfindenden Kommunal-

vor allem Binz als größtes Ostseebad der Insel Sorgen mit Blick auf ein LNG-Terminal in Mukran oder einem Pipelinebau in der Prorer Wiek. Dadurch formiert sich der Widerstand auch auf der Insel neu.

So bekräftigte Binz bereits, dass man auch bereit wäre, gerichtlich gegen die „Pläne der Politik“ vorzugehen. Am 25. April wurden die Bürgermeister der Insel nach Sassnitz eingeladen. Eine Woche später, am 3. Mai, will das Bundeskabinett bereits über die Aufnahme von Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz beraten. Dagegen hatten sich 94.770 Bürger über eine Petition an den Deutschen Bundestag ausgesprochen.

STRALSUND

„Gorch Fock I“, die bald 90-jährige Lady geht in die Werft

Der „Weiße Schwan der Ostsee“ gehört seit 2003 zu den traditionsreichen Sehenswürdigkeiten der Stadt

Im Februar hatte die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschlossen, dass das ehemalige Segelschulschiff „Gorch Fock I“ von der Stadt gekauft wird. Die Hansestadt Stralsund übernimmt und repariert den stolzen Dreimaster, ohne dass dafür kommunale Gelder eingesetzt werden müssen. Die Werftarbeiten finden im Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft Stralsund statt.

Dafür hat die Bürgerschaft am 19. April den Weg frei gemacht. Die Vergaben, sowohl für die Planungsleistungen als auch die eigentliche Reparatur, sind in nichtöffentlicher Sitzung erfolgt. Insgesamt stehen mehr als zehn Millionen Euro zur Verfügung. Davon sind 9,5 Millionen Euro Fördermittel des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Eigenanteil der

Kommune, der wiederum komplett von dem Verein „Tall Ship Friends“ übernommen wird.

Im Mai verlässt die bald 90-jährige „alte Lady“ den Stadthafen Richtung Volkswerft und wird anschließend bis zum Jahresende dort repariert und instandgesetzt. Ebenfalls vergeben wurden die ingenieurtechnischen Leistungen der Bauaufsicht während der Werftfliegezeit des Schiffes. Konkrete Reparaturarbeiten an der Dreimastbark sind die Wiederherstellung der dauerhaften Schwimmfähigkeit sowie die Sicherung der Stand- und Funktionssicherheit der Takelage des Schiffes

Ein Verein betreibt das Schiff

„Mit den Vergaben können wir den ‚Weißen Schwan der Ostsee‘ nun dauerhaft als



Soll in diesem Jahr noch in neuem Glanz erstrahlen: Die „Gorch Fock I“

maritimes Wahrzeichen in unserem Stadtbild erhalten, jetzt steht nichts mehr im Weg“, freut sich Oberbürgermeister Alexander Badrow und noch mehr darüber, dass das Schiff hier vor Ort in Stralsund repariert werden kann. „Was für ein schönes Geschenk zum bevorstehenden 90. Geburtstag des Schiffes im Mai“, fügte er hinzu.

Betrieben wird das Museumsschiff nach der Reparatur weiterhin vom Tall Ship Friends e.V. Beliebt bei Stralsundern und Gästen gleichermaßen hat der Verein das Schiff seit 2003 als Sehenswürdigkeit etabliert. Das Segelschiff ist eines von sechs Schulschiffen der Gorch-Fock-Klasse, von denen das jüngste, die „Gorch Fock II“ in Diensten der Deutschen Marine steht. *Hansestadt Stralsund*

„Das alte Gerede von der besseren Zukunft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wie alle Artikel in der PAZ ist auch Ihrer auf Seite 1 erfrischend kritisch und trifft den Nagel genau auf den Kopf“

Dr. Siegfried Dittrich, Hamm
zum Thema: Berlins Bürger senden ein Signal für die Vernunft: (Nr. 13)



Ausgabe Nr. 16

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BEFRAGUNG ABGEBROCHEN ZU: STRESSFAKTOREN NEHMEN ZU (NR. 15)

Die Umfrage („Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten“, d. Red.) wurde auch online den Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen angeboten. Nach etwa der fünften Frage wurde klar, was gewünscht war. Wenn man etwas kritischere Auffassungen die auch aufgrund meiner nunmehr 36 Dienstjahren sehr real und zutreffen sind vertrat, war man „Rechts“. Im Neudeutschen nennt man das, glaube ich, Framing. Bei mir entstand der Eindruck, die Verfasser dieser Umfrage wollten die Polizei „rechts“ verorten. Ich habe die Befragung nach Frage fünf, wie auch die meisten Kollegen meiner Dienststelle auch, abgebrochen.

Ron Verden, Essen

DIKTATUR DER KLIMASCHÜTZER ZU: EINGESPERRT IM GRÜNEN GHETTO (NR. 15)

Es ist das alte Gerede von der besseren Zukunft. Im Lied „Freie Deutsche Jugend, bau auf“ war der Satz reingeschrieben worden: „Für eine bess're Zukunft richten wir die Heimat auf.“ Was kam, weiß jeder. Heute entwickelt es sich nicht zur Diktatur des Proletariats wie bei den Kommunisten, sondern zur Diktatur der Klimaschützer. Unter diesem Deckmantel ist man dabei, Freiheiten abzuschaffen. Die sogenannte Corona-Krise war wahrscheinlich als Testlauf anzusehen. Man muss die Menschen langsam vorbereiten.

Ulrich Bohl, Berlin

FALSCHER ANSPRECHPARTNER ZU: DIE MÄR VOM UNTERGANG DER SÜDSEE-INSELN (NR. 14)

Einen wichtigen Aspekt habe ich bei der Mär über die Südsee-Inseln vermisst: dass nämlich die Fidschi-Inseln und benachbarte Archipele in einer tektonischen Schwächezone, einer Subduktionszone

der Erdkruste liegen, wo zwei Platten aufeinanderstoßen und sich der Meeresboden absenkt. Natürlich steigt dort der Meeresspiegel an, aber nur scheinbar, während sich in Wirklichkeit das Land absenkt. Das aber scheinen selbst hochrangige Politiker der Inselstaaten nicht zu wissen, da sie die Teilnehmer einer Klimakonferenz um Hilfestellungen ersuchten. Die aber waren völlig falsche Ansprechpartner, da diese ganze Sache nichts mit dem Klima zu tun hat, sondern mit der Tektonik.

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister,
Bad Reichenhall

IDEOLOGISCHER WAHNSINN ZUM WOCHENRÜCKBLICK: TIEFER IN DEN SAND (NR. 13)

So deutlich wie in gewohnter Manier Hans Heckel den ideologischen Wahnsinn der regierenden Politiker in diesem Land darstellt, so deutlich muss man allerdings auch sagen, dass alle diese Maßnahmen, die inzwischen an und in der deutschen Wirtschaft und Politik begangen werden, auch angekündigt wurden. So wird das Land jenem oben genannten Ziel weiter ungebremst entgegenzueilen, da Exkanzlerin Angela Merkel für die Abschaffung der CDU als eventuelle Oppositionspartei schon frühzeitig gesorgt hat.

Manfred Kristen, Freital

NICHT ALLE KOHLEN IM KELLER ZU: HAUSBESITZERN DROHT DIE VERARMUNG (NR. 13)

Wer den Schaden hat, der spottet jeder Beschreibung. Das ist jetzt wortwörtlich auf den Minister und Vizekanzler Habeck anzuwenden. Denn der ist ganz schön auf der politischen Heizölspur ausgerutscht. Und das aus eigenem Verschulden. Denn wer den Deutschen die mit Öl betriebenen Heizungsanlagen unter den frierenden Füßen wegziehen will, muss mit massivem Gegenwind rechnen. Und genau das hat der abgehobene Mann nun erfahren müssen.

Denn was hat es mit Umweltschutz zu tun, wenn jemand seine wirtschaftliche und gut gewartete Ölheizung, die ja damit auch umweltfreundlich ist, aufgrund von Altersschwäche gegen eine neue Ölheizung tauschen oder auch einmal umfassend überholen lassen will und das dann nicht mehr darf? So einen Unsinn kann Habeck doch den Leuten nicht verkaufen und schon gar nicht aufzwingen.

Ich selbst betreibe eine Ölheizung Baujahr 1988 mit geringstem Verbrauch und minimalen Schadstoffausstoß. Wenn ich mir dann Habecks Unsinn anhören muss, schwillt mir, salopp formuliert, wirklich der Kamm. Die Berliner Ampel hat wohl nicht mehr alle Kohlen im Keller.

Claus Reis, Schwabach

DIE LUFT DER ZUKUNFT ZU: WEST-ÖSTLICHE BEGRIFFS- VERWIRRUNGEN (NR. 13)

Als in Ostwestfalen geborener und aufgewachsener „Westdeutscher“ begleiteten mich auf meinem Schulweg in den 1960er Jahren die Tafeln der Kuratoriums Unteilbares Deutschland: „Dreigeteilt? Niemals!“ Es gab zeitweise kleine Kerzen zu kaufen, um sie ins Fenster zu stellen und damit an die Teilung Deutschlands zu erinnern, die ausdrücklich auch Schlesien und Ostpreußen mit einbezog.

Die DDR war die Ostzone oder die SBZ (Sowjetische Besatzungszone). Im Erdkundeunterricht wurde diese Region selbstverständlich als Mitteldeutschland bezeichnet. Es herrschte noch ein anderer Geist in der rheinischen Republik, den uns dann ein nachfolgender Geist in Gestalt der sogenannten 68er gründlich ausgetrieben hat. Mir wurde dieser neue Geist auf Dauer unerträglich, und ich wanderte ab nach Sachsen.

Nie habe ich mich im deutschen Vaterland wohler gefühlt als hier im Mitteldeutschen. Hier habe ich das Gefühl, noch deutsch empfinden zu dürfen. Die Menschen meiner Generation sind zutiefst deutsch geprägt worden, Sozialismus hin oder her. Der Westen ist rückständig und

überheblich, denn dort hat man nicht zur Kenntnis genommen, dass nur hier, in Mitteldeutschland, die Luft der Zukunft geatmet wird. Von hier werden die entscheidenden Impulse zur dringenden Veränderung Deutschlands kommen.

Chris Benthé, Dresden

CLANS WERDEN IGNORIERT ZU: EINE VIEL ZU LANGE IGNORIERT GEFAHR (NR. 11)

Warum bezieht sich der Autor nur auf arabische Clans? Warum informiert er nicht genauer darüber, wer zu den arabischen Clans gehört? Dass diese Menschen nicht alle aus Saudi-Arabien stammen? Es fehlen hier die Ausführungen zu den vielen anderen Clans aus Osteuropa, Asien oder Italien, die es mindestens genauso lange in Deutschland gibt.

Wenn Deutschland nicht bald die Ignoranz hierzu aufgibt und mit der Bekämpfung der Clans beginnt, dann haben diese Kräfte gewonnen. Die muslimisch geprägten Clans sind vom friedlichen Verhalten schon lange weit entfernt. Clan, Familie oder wie auch immer diese „Gebilde“ auch heißen mögen, haben nichts mit Familie im eigentlichen Sinne zu tun. Es gibt Staaten auf der Erde, deren Clans/Familien seit Jahrhunderten Krieg führen. Hier geht es nicht um den Erhalt der Familie, sondern um Macht. Hier muss man sich schon fragen, wie diese Staaten eigentlich zu einer Nation geworden sind.

Diese Familien „flüchten“ nach Deutschland und machen da weiter, wo sie in ihrem Land aufgehört haben. Alle anderen Clans/Familien, die Deutschland als ihr zu Hause erkoren haben, haben gar nicht erst von einem friedlichen Verhalten gesprochen, sondern sind gleich in den Kriegsmodus gegangen.

Deutschland hat nicht nur viel zu lange diese Gefahr ignoriert, sondern läuft auch Gefahr, dass es nicht rechtzeitig gelingt, den Hebel in eine andere Richtung zu beringen. Es bleibt zu hoffen, dass es in Deutschland Menschen gibt, die dazu in der Lage sind.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BULGARIEN

Wo Königin Maria ihr Herz verlor

Mit dem Haus Hohenzollern-Sigmaringen verbandelt – Einstige Residenz der Rumänin in Balchik ist heute Bulgariens ganzer Stolz

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die Familie des rumänischen Königshauses liefert bis heute Schlagzeilen. Bereits im vorigen Jahrhundert sorgte das Königspaar Maria und Ferdinand I. für reichlich Gesprächsstoff. Während Ferdinand I. den Beinamen „der Treue“ erhielt, stürzte sich seine schöne Gattin schon kurz nach der Hochzeit in zahlreiche Affären, da sie ihren Mann nicht liebte. Das Paar hatte sechs Kinder, wobei man besonders bei dreien Ferdinands Vaterschaft anzweifelt – allein schon wegen der optischen Unterschiede.

Marie von Edinburgh, genannt Missy, als Königin von Rumänien Maria, war als Enkelin der britischen Königin Victoria und des russischen Zaren Alexander II. in Adelskreisen eine gute Partie. Doch die Hochzeit mit dem Prinzen ihres Herzens, Cousin George, später Georg V., König von Großbritannien und Irland, hatte man ihr verwehrt. Dafür wurde sie als 17-Jährige 1893 zu einer dynastischen Verbindung mit dem Kronprinzen des rumänischen Königshauses aus dem Haus Hohenzollern-Sigmaringen „verurteilt“. 1914 wurde sie Königin von Rumänien.

Ihre schillernde Persönlichkeit liefert viel Stoff für Legenden. Ob sie allerdings noch in reifen Jahren, wenn sie von dem Marmorthron vor ihrer Villa in Balchik aus aufs Meer blickte, immer noch von der großen Liebe träumte, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, dass das kostbare Möbel ein Fund aus dem 2. Jahrhundert ist, von dem man annimmt, dass es einst einem römischen Patrizier gehörte. Die Königin hatte es extra aus Florenz nach Balchik bringen lassen.

1921 war Königin Maria mit ihrem Sohn Nikolaus zum ersten Mal in den Küstenort am Schwarzen Meer gekommen und sofort verzaubert. Später schrieb sie: „Mein ganzes Leben lang habe ich von einem solchen Ort geträumt und mir vorgestellt, dass er nur in Italien zu finden ist, und hier ist er in Balchik.“

So spontan die Liebe zu dem Ort war, so gewichtig waren auch die politischen



Marias „Stilles Nest“ in Balchik: Blick von der Terrasse vor dem Schloßchen der Königin auf den Strand

Foto: Schnehagen

Gründe. Im dritten Balkankrieg hatte Bulgarien 1913 die Region um Balchik, genauer die südliche Dobrudscha, an Rumänien verloren. Der Sommersitz markierte dessen südlichsten Punkt und bekräftigte den Besitzanspruch.

Rumäniens eigentliche Herrscherin

Die verträumte Prinzessin Marie war als Königin Maria, zu der sie 1914 gekrönt worden war, längst zu einer ausgewiesenen Nationalistin geworden. Im Ersten Weltkrieg hatte sie als Krankenschwester den Verwundeten geholfen und die rumänischen Truppen bei ihrem Kampf unterstützt. Nach dem Krieg war sie als Vertreterin ihres Landes nach Versailles gereist, um für die Rechte der Rumänen zu kämpfen, hatte vor dem Völkerbund Reden gehalten und war zu Spendensammlungen

in die Vereinigten Staaten gereist. Viele Historiker behaupten daher, nicht Ferdinand I., sondern seine Gattin hätte Rumänien regiert.

Es verwundert daher nicht, dass die Königin die Planung ihrer Sommerresidenz selbst in die Hand nahm und diese nach ihren Vorstellungen bauen ließ: „Ein weißes Haus, solide, einfach in der Linie, im türkischen Stil; ein Haus, dessen obere Etage über die unteren hinausragen würde; ein Haus mit Flachdach und mit den Füßen fast im Meer; ein Haus, umgeben von Steinterrassen, die nach und nach in ein Blumenparadies verzaubert würden.“

So entstand ab 1924 das „Stille Nest“, ihre Sommerresidenz in Balchik. Nur der minarettartige Turm lässt bis heute viel Platz für Spekulationen. Das Innere des unpräzisen königlichen Strandhauses

mutet asketisch an und zeugt nur in Marias Badezimmer von einem gewissen Luxus. Gatte Ferdinand, mit dem sie inzwischen gut Freund geworden war, konnte seine Räume im Erdgeschoss jedoch leider nicht mehr nutzen. Er starb 1927.

Die Vollendung der zehn Hektar großen, terrassenähnlichen Anlage an den Hängen über der Bucht von Balchik dauerte bis 1936. Den alten Baumbestand aus Eichen, Ulmen und Zypressen behielt man bei, um in ihrem Schatten eine Vielzahl kleiner Villen für die Familie, Freunde und Gäste, kunstvolle Gärten, bezaubernde Allen und verschiedene Wasserläufe anzulegen. Auch an deren Planung war Maria beteiligt.

Die reich begabte, vielseitig interessierte Königin verwirklichte sich auf vielen Gebieten. Sie malte und schrieb, ent-

warf Möbel und Kleider. Die Kosten für den Palast in Balchik wurden zum Teil durch den Verkauf ihrer zahlreichen literarischen Werke finanziert. Ihre dreibändige Autobiographie „Traum und Leben einer Königin“ wurde vor allem im Vereinigten Königreich und in den USA verkauft. Heute werden die Bände im Internet antiquarisch zu Preisen von 300 Euro und mehr angeboten.

Umzug von Marias Herz

Nach ihrem Tod 1938 hat man Marias Herz auf ihren eigenen Wunsch hin in der Kapelle von Balchik beigesetzt. Nach der Rückgabe der Süd-Dobrudscha an Bulgarien 1940, wurde die silberne Herzurne auf die Tröztburg in Siebenbürgen verbracht. Seit dem Jahr 2015 befindet sie sich auf Schloss Pelishor. Die königliche Parkanlage mit über 3000 Pflanzenarten aus aller Welt betreut und pflegt heute das Botanische Institut der Universität Sofia. Allein die Kakteensammlung mit über 250 Arten ist nach der in Monaco die zweitgrößte in Europa.

Rumäniens Königreich existierte insgesamt 66 Jahre. Sein erster König Karl I. beziehungsweise Carol I. war ein Sohn von Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, sein letzter Michael I. Im Jahr 1947 musste er unter den Kommunisten abdanken und ins Ausland flüchten. Erst 1992 wurde er wieder rumänischer Staatsbürger. Als Michael I. 2017 im Alter von 96 Jahren starb, bekam er in Rumänien ein Staatsbegräbnis, obwohl er in der Schweiz gelebt hatte und dort auch verstorben war.

Wie seine Großmutter Königin Maria ruht Michael I. in der Familiengruft der Kathedrale von Argisch (Curtea de Argeş) in den Südkarpaten. Schon 2011 hatten die rumänischen Hohenzollern beschlossen, den Namen Hohenzollern-Sigmaringen nicht mehr zu tragen.

● Anmerkung: Es gibt verschiedene Schreibweisen für Balchik. Oft wird auch Baltschik oder Balçik benutzt. Deutschsprachige Reiseinformationen im Internet: www.bulgariatravel.org/de/balchik

NIEDERRHEIN

Wanderer, kommst du nach Kevelaer ...

Am 1. Mai startet die Wallfahrtssaison in der Stadt an der deutsch-niederländischen Grenze – 800.000 Besucher werden erwartet

Gehen ist die beste Medizin des Menschen. Das soll der griechische Arzt Hippokrates gesagt haben. Ob Hippokrates Wallfahrten und Pilgerreisen auch zur Medizin gezählt hatte, ist allerdings unbekannt. Kevelaer am Niederrhein sieht sich nach eigenen Angaben als „den“ Wallfahrtsort an.

Das Wallfahrtswesen geht in Kevelaer bis ins Jahr 1641 zurück. In der Weihnachtszeit war der Kaufmann Hendrik Busman auf seinem täglichen Weg von Weeze nach Geldern. Als er vor einem Wetterkreuz, das an einer Wegkreuzung in der Nähe von Kevelaer stand, betete, hörte er dreimal den Ruf „An dieser Stelle sollst du mir ein Kapellchen bauen.“ Trotz seiner Armut führte er diesen Auftrag aus. Die Gnadenkapelle entstand. Im Jahr 1647 wurde die Synode von Venlo als kirchliche Prüfinstanz zusammengerufen und bestätigte Kevelaers Stellung als Wallfahrtsort.

Während Pilgerreisen die Unternehmungen einzelner Personen sind, werden Wallfahrten in Gruppen durchgeführt. Schätzungen des örtlichen Wallfahrtsbü-

ros zufolge kommen jährlich rund 800.000 Gläubige nach Kevelaer. Die tatsächliche Zahl könnte allerdings deutlich niedriger liegen. Da die Kirchen und Kapellen rund um die Uhr geöffnet sind,

können auch zufällige, spontane Besucher darin eingeflossen sein, die nicht auf Wallfahrt sind. Wer aber hierherkommt, der besucht beispielsweise die Marien-Basilika, St. Antonius, die Gnaden-, Sakra-

ments-, Kerzen-, Beichtkapelle und andere sakrale Gebäude vor Ort.

Die offizielle Wallfahrtssaison läuft jeweils am 1. Mai an und geht bis zum 30. Oktober eines jeden Kalenderjahres. 800 bis 900 zumeist angemeldete Gruppen dann in den 28.000-Einwohnerort an der deutsch-niederländischen Grenze ein. Im Priesterhaus neben der Basilika untergebracht, führen sie ihr Programm durch. Einen Rekord hält das nieder-rheinische Rees: Der Ort stellt seit dem Jahr 1643 Pilgergruppen, die sich jedes Jahr zu Fuß nach Kevelaer aufmachen.

Die Besucher kommen aber nicht nur vom Niederrhein. Zum Einzugsgebiet gehören auch das nahegelegene Ruhrgebiet, das westliche Münsterland, die Eifel sowie der Benelux-Raum.

Der Bezug zu Luxemburg ist historisch bedingt. Das Gnadenbild in der Gnadenkirche stammt von dort. Soldaten aus Luxemburg brachten es im Dreißigjährigen Krieg an den Niederrhein.

Wer an der Wallfahrt teilnimmt, tut es aus einem persönlichen Bedürfnis heraus.

Es geht um Geselligkeit und Gemeinschaft. Daneben soll aber auch vor Ort eine Kerze angezündet und so ein privates und/oder gesellschaftliches Anliegen vor Gott gebracht werden.

Was die Zukunft anbelangt, ist man sich vor Ort noch unsicher. Neben dem durch Missbrauchs-Skandale ausgelösten Image-Problem der katholischen Kirche sitzt das Geld nicht mehr so locker wie früher. So kommen beispielsweise schon jetzt bei Konzerten, bei denen Eintritt erhoben wird, spürbar weniger Besucher.

Das Wallfahrtswesen ist ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel profitieren direkt davon. Es gibt eine Orgelbau-firma (Seifert), einen kirchlich orientierten Buchverlag (Butzon und Bercker), Glasmalerbetriebe sowie Goldschmiede. Diese Betriebe haben sich damit einen festen Platz im örtlichen Wirtschaftsgefüge gesichert und tragen auf diese Weise ihren Beitrag dazu bei, dass Kevelaer einer der wichtigsten Wallfahrtsorte für Pilger in Deutschland bleibt. *Andreas Rüdiger*



Kann in ihrem Inneren nicht alle Gläubige aufnehmen: Pilger vor der Gnadenkapelle von Kevelaer zu Beginn der Wallfahrt vor einem Jahr

Foto: pa

● FÜR SIE GELESEN

Aufschwung in unsteter Zeit

Der Roman „Dallmayr. Der Glanz einer neuen Ära“ ist die Fortsetzung der Familiensaga um das berühmte Delikatessengeschäft Dallmayr in München. Gemeinsam mit ihrem Mann hatte Therese Randlkofer das Geschäft zur ersten Adresse für Delikatessen aus aller Welt aufgebaut.

Der zweite Band beginnt im Jahr 1905 und beschreibt den legendären Aufstieg der früh verwitweten Geschäftsführerin, die sich gegen alle Vorurteile, Neid und Missgunst stemmt und es mit Fleiß und einer Portion Raffinesse schafft, ihre Position zu festigen. Schon bald gelingt es ihr zu expandieren. Therese handelt oft eigenmächtig, ohne sich mit ihren Söhnen abzusprechen, die längst zu Teilhabern geworden sind. Dies nutzt ihr Schwager und größter Kontrahent Max Randlkofer, um Zwietracht in der Familie zu schüren, in der Hoffnung, das Unternehmen seines Bruders übernehmen zu können. Doch auch diese Angriffe wehrt Therese geschickt ab.

Eine weitaus schlimmere Bedrohung des prosperierenden Familienunternehmens stellt der Ausbruch des Ersten Weltkriegs dar. Neben ihrem Jüngsten werden wichtige Mitarbeiter eingezogen, die Lieferketten sind unterbrochen. Ihre französischen Lieferanten, mit denen sie jahrelang gute Kontakte pflegten, sind über Nacht zu Feinden geworden. Spannend und auf unterhaltsame Weise erzählt Lisa Graf die Geschichte der Familie Randlkofer, und dass sich am Ende doch alles zum Guten wendet. *M. Rosenthal-Kappi*



Lisa Graf: „Dallmayr. Der Glanz einer neuen Ära“, Penguin Verlag, München 2022, Klappenbroschur, 544 Seiten, 16 Euro

Wenn Liebe zur Qual wird

Ein Narzisst wirkt nach außen meist freundlich, liebenswürdig und anziehend. So ist auch Sonja R., deren Geschichte einer unglücklichen Beziehung die Münchner Psychotherapeutin Bärbel Wardetzki aufgeschrieben und fachlich kommentiert hat, in die Fänge eines Mannes mit einer solchen Persönlichkeitsstörung geratet.

Sonja ist eine Frau, die schon früh Verantwortung übernehmen musste. Der Mann, der Sonja die große Liebe vorgaukelt, führt ein Doppelleben und nutzt sie finanziell und emotional aus. Bis es ihr gelingt, sich endgültig von ihm zu lösen, gehen sieben Jahre ins Land, die von Gewaltausbrüchen des Mannes und unendlichen Seelenqualen für die Frau geprägt sind.

Im Anhang gibt die Autorin wichtige Verhaltenstipps und führt Adressen von Organisationen auf, bei denen man sich Hilfe holen kann. *MRK*

Bärbel Wardetzki/Sonja R.: „Und das soll Liebe sein? Wie es gelingt, sich aus einer narzisstischen Beziehung zu befreien“, dtv Verlag, München 2021, Taschenbuch, 223 Seiten, 10,90 Euro



Gelb, antibakteriell, vielfältig und schön

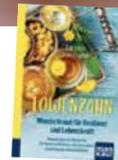
Löwenzahn ist ein echter Alleskönner und wächst gleich vor der Tür. Die Ernährungsberaterin Barbara Simonsohn gibt in ihrem Gesundheitsratgeber Tipps und Anregungen zu seiner Nutzung

FOTO: SHUTTERSTOCK



Anwendungen und Rezepte für Stoffwechsel, Zellschutz, Hautgesundheit, Entgiftung und seelische Balance verspricht die Ernährungsberaterin Simonsohn in ihrem kleinen Ratgeber zum Löwenzahn. Gut gegliedert, in gut

lesbarer Schrift, mit Farbbildern als Zierelementen und nützlichen Infokästen, stark ausgeprägter Naturheilkunde, aber immer mit dem Votum: Mit ernsthaften Erkrankungen zum Arzt gehen und nicht selbst behandeln. *CRS*



Barbara Simonsohn: „Löwenzahn. Wunderkraut für Resilienz und Lebenskraft“, Mankau Verlag, Murnau am Staffelsee 2023, 158 Seiten, 12 Euro

TERRORISMUS

Ein Anschlag und seine Folgen

Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff gehen akribisch der Aufarbeitung des Anschlags der RAF auf das Axel-Springer-Haus im Jahr 1972 nach

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 19. Mai 1972 verübte die Rote Armee Fraktion (RAF) einen Sprengstoffanschlag auf das Hochhaus des Springer-Verlags in Hamburg, bei dem etliche der dort tätigen Angestellten verletzt wurden. Es hätte auch Tote geben können, wenn statt dreien alle sechs im Gebäude platzierten Bomben explodiert wären. Als Attentäter gelten heute Ulrike Meinhof, Klaus Jünschke, Ilse Stachowiak und Siegfried Hausner. Während des Prozesses in Stuttgart-Stammheim räumte die Führungsspitze der RAF ein, bei dem Anschlag seien „zu viele Unschuldige“ betroffen gewesen.

Die Geschichte dieser heimtückischen Tat und ihre Folgen rekonstruieren Lars-Broder Keil, der Chef des Unternehmensarchivs der Axel Springer SE, sowie Sven Felix Kellerhoff, leitender Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte beim Springer-Blatt „Die Welt“, in dem Buch „Zielscheibe Axel Springer“. Dabei gehen sie ausgesprochen akribisch vor, wobei sie nicht aussparen, wie sehr der Verleger seinerzeit aus dem gesamten linken Spektrum angefeindet wurde. Ebenso aufschlussreich sind die Passagen, in denen es um die klammheimliche Freude einiger Konkurrenten Springers sowie die unglaublich naiven Solidaritätserklärungen mancher Prominenter zugunsten der Attentäter geht. Hier tat sich besonders der spätere Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll hervor, der zur Berichterstattung des Springer-Blattes „Bild“ über die RAF fabulierte: „Das ist

nicht mehr kryptofaschistisch, nicht mehr faschistoid, das ist nackter Faschismus.“ Nur deswegen hätten die „Verfolgten und Denunzierten“ dem Hause Springer den Krieg erklärt.

Dieses Klima des teilweisen Verständnisses für RAF-Terroristen sowie der Blindheit gegenüber gewalttätigen Linksextremisten allgemein führte dazu, dass am 4. Dezember 1994 nie gefasste Täter, die sich selbst „Revolutionären Lesbenfrauengruppen“ und anderen revolutionären Gruppen“ zuordneten, einen Brandanschlag auf die Druckerei in Weimar verübten, in der die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ produziert wurde. Der entstandene Sachschaden belief sich auf eine Million D-Mark. Jedoch fielen 1994 das mediale Echo und die Verurteilung des Anschlages durch die „Mitte der Gesellschaft“ sehr viel verhaltener aus als 1972, was zeigt, dass die von der RAF sowie auch Verharmlosern ausgebrachte Saat aufgegangen war: Eine Presse, die es wagt, sich dem Linksdrall in Deutschland entgegenzustellen, kann nicht mehr auf breite gesellschaftliche Rückendeckung hoffen, wenn sie physisch attackiert wird.

Lars-Broder Keil/Sven Felix Kellerhoff: „Zielscheibe Axel Springer. Bombenattentat auf den Hamburger Verlag 1972“, Mittler im Maximilian-Verlag, Hamburg 2022, broschiert, 255 Seiten, 24,95 Euro



DEUTSCHLANDBILD

Mit den Augen einer Chinesin betrachtet

Die Studentin Yan Bian hat drei Jahre in der Bundesrepublik verbracht und beschreibt in „Land der Tugend“ ihre dabei gewonnenen Eindrücke

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Während ihres dreijährigen Aufenthalts in Deutschland hat die chinesische Studentin Yan Bian ihre Erlebnisse und Beobachtungen in wohlwollend-höflichen oder auch freundlich-kritischen Skizzen festgehalten, die in dem schmalen Band „Land der Tugend. Eine junge Chinesin erlebt Deutschland“ zusammengefasst sind. Ihr Deutschlehrer hat sie zur Veröffentlichung ihrer scharfsinnigen Betrachtungen überredet. Er hat das Buch ausgezeichnet lektoriert und überarbeitet.

Oftmals fügt die Autorin der von ihr wahrgenommenen Sicht der Deutschen auf China eine Richtigstellung hinzu. Manchmal schweift ihr Blick vergleichend über andere Länder in Europa und der ganzen Welt. Einige der Kapitel enthalten Bezüge, die auf nicht altersgemäßen Welt- und Geschichtskennntnissen beruhen, sodass Zweifel daran aufkommen, ob Bian wirklich die einzige Autorin ist.

Von den schwer erträglichen Grausamkeiten der Tiermärkte in China lenkt sie mittels einer harmlosen Anekdote ab, die auch noch als „Touristenlatein“ bezeichnet wird. Zu Recht betont sie die Notwendigkeit von strengeren Strafen in Deutschland etwa für Vandalismus in Bahnhöfen oder an Bushaltestellen und plädiert für strengere Schulen. Zu Recht moniert sie auch, dass Deutschland den eingewanderten Jugendlichen zu viele Straftaten durchgehen lässt. Dagegen würden in China derlei Ta-

ten hart sanktioniert und die Familien der Täter würden sich dafür schämen.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Heimatland verteidigt Bian gegen elementare Kritik. Probleme durch Umweltverschmutzung spielt sie herunter. China sei groß genug, „um irgendwann jeden Chinesen glücklich machen zu können. Deswegen tun wir den Teufel und zetteln einen Krieg mit Taiwan an, geschweige denn mit den USA.“ Ihr Wort in Gottes Ohr! Nach einigen Doppel-Lobeshymnen („Kant und Konfuzius, vereint euch!“) kommt eine Zielsetzung des Buches zum Vorschein: „China ist eh schon auf dem Weg zur dominierenden Weltmacht, allerdings mit freundlicher Schützenhilfe des Westens, der seine alten Tugenden und Wettbewerbsvorteile aufgibt.“ Denn das gute alte Europa gebe „auch China ein schlechtes Beispiel, aus dem es ganz gewiss lernen wird – nur so als Tipp!“

Es bleibt mysteriös, wer der Co-Autor und Ghostwriter ist, der sich zuletzt recht deutlich als Chinesin zu erkennen gibt. Und es ist zu vermuten, dass dieser überwiegend kurzweilige kleine Band in chinesischer Übersetzung auch im Heimatland der Autorin verkauft werden soll.



Yan Bian: „Land der Tugend. Eine junge Chinesin erlebt Deutschland“, Sprachenstadt Verlag, Bonn 2022, broschiert, 129 Seiten, 9,95 Euro

LUDO PALOS

Vom Landwirt zum Löwenbändiger

Wie aus Gerhard Ludwig aus Wormditt im Ermland ein gefeierter Zirkuskünstler der DDR wurde

VON BETTINA MÜLLER

Flensburg, Ende der 1940er Jahre. Der ermländische Landwirtssohn Gerhard Ludwig, geboren 1928 in Wormditt-Abbau, ist nach seiner Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft in die Fußstapfen seines Vaters Anton Ludwig getreten. Er hat in Flensburg eine Lehre zum Landwirt absolviert und dort kurze Zeit als Verwalter gearbeitet. Doch auf einmal ist Gerhard spurlos verschwunden. Er hat einfach seinen Koffer gepackt, auf sein Fahrrad geschnallt und ist losgefahren. Dem Abenteuer entgegen. Seit er als Zehnjähriger in Wormditt einen durchreisenden Zirkus besucht hat, ist es sein Traum, mit Raubtieren zu arbeiten, sie zu beherrschen, zu dressieren: „So einer wirst du auch einmal sein!“, ahnte er schon damals, als der Zirkus in Wormditt im Ermland gastierte, und: „Plötzlich wusste ich, was aus mir werden sollte“, schrieb er in seinen Erinnerungen, die im Ermlandbuch 1969 veröffentlicht wurden.

Ludwig ist der Spross einer kinderreichen Familie, das legendäre „ermländische Dutzend“, das damals keine Seltenheit war. Ludwig, der Zweitälteste, dessen Onkel, Pfarrer Franz Ludwig aus Santopen, von Soldaten der Roten Armee erschossen wurde, muss bis Gelsenkirchen radeln, bis er einen Zirkus findet, der ihn als Zeltarbeiter beschäftigt.

Ein innerer Drang

Es ist der Beginn der erstaunlichen Karriere eines Mannes, der den eisernen Willen dazu hatte: „In meinem Inneren war ein Drang, der mir keine Ruhe ließ.“ Er arbeitet sich tatsächlich sukzessive hoch bis hin zum Tierpfleger, dabei beobachtet er die Dompteure und deren Tiere sehr genau. Er schaut sich Tricks ab, bildet sich seine eigene Philosophie und Taktik, wie man mit den unter Umständen reißenden Bestien umgehen muss. Sentimentalitäten sind für ihn tabu, es sind schließlich wilde Tiere, und das sollen sie auch bleiben. Eher sollen sie vor ihm zittern. Tiger



Auf der Höhe seiner Karriere: Ludó Paloš als Dompteur

Foto: Archiv Winkler

und Panther sind seine bevorzugten Tiere, 1953 muss er sich aber erst einmal noch mit den grauen Riesen begnügen, als er in Leipzig beim Zirkus Paula Busch als Elefantpfleger arbeitet, vorher hatte er fünf Tiger betreut. Als der berühmte Dompteur Gilbert Houcke nach Filmaufnahmen auf Ceylon erschöpft nach

Urlaub schreit, lehnt Busch das vehement ab. Ludwig reagiert sofort und bietet sich als Ersatzdompteur an. Er bekommt diese große Chance und arbeitet sehr intensiv mit den Tieren, unterstützt von Houckes Tierpfleger und dem Zirkusdirektor. Es läuft zur Zufriedenheit aller, bis sich einer der acht Tiger in der

Generalprobe auf einmal als äußerst unkooperativ erweist. Das Tier greift Ludwig an und kann nur mit Mühe mit einem Fleischbrocken abgelenkt werden, nachdem er Ludwig aber bereits ein Stück seines Handballens abgeknabbert hatte.

Chance beim Zirkus Aeros

Noch im Krankenhaus wird Ludwig vom Direktor des Zirkus Aeros besucht, der ihm anbietet, seine acht Eisbären zu dressieren, um sie dann bei ihm vorzuführen. Aus Gerhard Ludwig wird so „Ludó Paloš“ mit seinen „8 Riesen aus dem Polarkreis“, die Truppe wird auf Werbeplakaten als Teil der „Großen Aeros-Raubtier-Symphonie“ angepriesen.

Der Zirkus Aeros war eine Gründung des verwegenen Sensationsartisten „Cliff Aeros“ aus Hamburg, der eigentlich Julius Jäger hieß, und der auch als Dompteur und Artist glänzte. Als Aeros 1952 hoch verschuldet verstarb, hatte die Stadt Leipzig die kommunale Verwaltung des Zirkus übernommen. 1961 sollte er in den „Volkseigenen Betrieb Zentral-Zirkus“ eingegliedert werden, dem bereits Zirkus Barlay und Busch angehörten.

1954 führt die Zirkustournee Ludó Paloš, der mittlerweile mit einer gemischten Tiergruppe arbeitet, auch nach Reichenbach im Vogtland, wo er eines Abends die Frau trifft, die einmal „Frau Paloš“ sein würde. Anneliese Meichner besucht mit ihrem kleinen Bruder den Zirkus. Ein großer und kräftiger Mann spricht sie an, sie unterhalten sich angeregt, verabreden sich.

Dass er der Löwendompteur ist, ahnt sie nicht, während ihr kleiner Bruder mehr weiß und bereits in Ehrfurcht verstummt ist. Dann geht alles sehr schnell. Ludó Paloš geht zunächst noch auf Tournee, nach seiner Rückkehr verlobt sich das Paar und heiratet schon bald. Anneliese ist nun Teil der Zirkustruppe und geht mit ihrem Mann mit auf Tournee, die sie vor allem nach Osteuropa führt, aber auch durch die DDR. 1957 macht der Zirkus Aeros unter anderem in Ost-Berlin Station.

Die „Aktuelle Kamera“ ist hautnah mit dabei, als Elefanten an einem heißen Sommertag aus dem Zug durch die Stadt zum Alexanderplatz geführt werden, wo der Zirkus gerade sein Zelt aufschlägt. Ein Kraftakt für die Arbeiter, die in der Hitze die Pflöcke für die Zelte in die Erde schlagen müssen. Große Kinderaugen, Faszination, Jungen in Badehosen, die den Elefanten hinterherlaufen, die unterwegs mit Wasser versorgt werden müssen, damit sie nicht kollabieren. Pferde freuen sich ungestüm über die kurze Freiheit. Hechelnde Eisbären, traurige Löwen hinter Gittern, die vom Dschungel träumen, während Menschen sie bestaunen. Der Zirkus ist in der Stadt!

Karriere oder Familie

Es folgen für das Paar noch mehrere Tourneen durch Osteuropa. Polenaufenthalte verbindet der sehr heimatverbundene Ludwig auch immer mit Besuchen seiner Heimatstadt Wormditt und Umgebung. Das Paar bekommt zwei Söhne. In der DDR lebt die Familie im Zirkus in einer Art „Stadt in der Stadt“, wo sie einige Annehmlichkeiten genießt. Doch die schulische Ausbildung der Kinder erscheint den Eltern zu unregelmäßig und unzureichend, sie möchten für sie ein geregeltes Leben, das ihnen der Zirkus nicht bieten kann, zumal Gerhard eben oft länger auf Tournee ist.

Als sich erneut Nachwuchs ankündigt, diesmal eine Tochter, entschließen sich Gerhard und Anneliese Ludwig, das Zirkusleben aufzugeben und in den Westen zu gehen. Ludó Paloš tauscht schließlich seine geliebten Löwen, Panther und Tiger gegen Milchkuhe und wird wieder zu Gerhard Ludwig. Das Ehepaar übernimmt den Hof der Eltern Ludwigs im Ahrtal. 1970 ziehen sie in den Westerwald auf den Hof „Ludwigshagen“ in der Nähe von Elsoff.

2007 ist Gerhard Ludwig, der einmal Ludó Paloš war, dort gestorben. Ein westdeutscher Landwirt, der einmal Teil der DDR-Zirkusgeschichte war und in Vergessenheit geriet, weil er seine Karriere zugunsten des Familienlebens und der Landwirtschaft aufgegeben hat.

ALLENSTEIN

Luftbild und touristischer Stadtplan

Vortragsreihe „Exponat des Monats“ im Museum der Moderne – Stadterkundung von oben und unten

Die Vortragsreihe „Exponat des Monats“ des Museums der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein startete im Januar und Februar mit zwei Hilfen zur Orientierung in der Stadt ins neue Jahr. Mitte Januar stellte Rafał Bętkowski vom Museum im früheren Trolleybusdepot ein Luftbild des Stadtzentrums von Allenstein aus dem Jahr 1930 vor, Mitte Februar den ersten touristischen Stadtplan nach dem Zweiten Weltkrieg.

Es sind zwei komplett unterschiedliche Realitäten, die in den Exponaten erfasst werden – 1930 eine intakte Altstadt in Wohlstand und Frieden, 1946 die Anfänge der friedlichen Nutzung einer zerstörten Stadt, in der die auf dem Luftbild sichtbaren Strukturen nicht mehr zu finden sind. Eigentlich müsste man sagen, auf den Luftbildern, denn die von Bętkowski präsentierte Schwarz-Weiß-Fotografie im Format von 16,2 mal 11,7 Zentimetern stammt aus einem sehr ergiebigen Rundflug im Jahr 1930.

Viele Luftbilder wurden als Postkarten editiert und später, so auch von

Bętkowski in seinen Werken, in Büchern reproduziert. Das Besondere am Exponat des Monats: Im Gegensatz zu anderen Fotos derselben Serie war es nicht weiter verarbeitet worden, das Bild dadurch unbekannt geblieben. Und das be-

deutet. Es kann Neues verraten, selbst im Vergleich zu der vergrößerten Aufnahme derselben Serie im Eingang zur Dauerausstellung des Museums der Moderne. Das jetzt präsentierte Bild ist aus einer etwas anderen Perspektive und viel

deutlicher. „Das gilt für Straßen, aber auch die Gebäude der Ofenfabrik Lehnhardt oder das nicht mehr existierende Hotel Tannenberger Hof“, erklärte Bętkowski bei der Analyse der Details.

Neues Leben aus den Ruinen

Der Tannenberger Hof ist nicht mehr. Im Jahr 1945 lag die Welt in Trümmern, Allenstein und dabei vor allem das Stadtzentrum war von der Roten Armee nach dem Einmarsch zu einem großen Teil niedergebrannt worden. Das neue Leben machte vorsichtig seine ersten Schritte, und inmitten der anfänglichen Ruinenlandschaft nahm auch die Polnische Landeskundliche Gesellschaft PTTK, die heutige Polnische Touristisch-Landeskundliche Gesellschaft) ihre Arbeit auf.

Einer ihrer damaligen Aktiven war Ingenieur Aleksander Zubelewicz, der 1947 den Reiseführer „Touristenpfade der Woiwodschaft Allenstein“ veröffentlichte. Dabei zeigt die Übersichtskarte Allenstein und die anderen Städte auf der Basis einer Landkarte des gesamten Ost-

preußen mit sämtlichen früheren Landkreisen. Mangels neuen Kartenmaterials scheint der Autor auf vorhandene Landkarten zurückgegriffen zu haben.

Auch der touristische Stadtplan von Allenstein, der zwischen 1946 und 1949 entstand, basiert auf einem deutschen Plan. Es zeigt sich darauf deutlich, dass das, was damalige Touristen und Reisende in der Hauptstadt der neuen Woiwodschaft suchten, sich nicht von dem unterschied, was deutsche Touristen vor dem Zweiten Weltkrieg sehen wollten. Die Wanderpfade führen um den Langsee, um den Okull-See mit all seinen malerisch benannten Teilen (Pazifik, Schwanenhals, Kopernikus-Bucht) und durch den Stadtwald nördlich des Zentrums; die Bauwerke und Aussichtspunkte, die es zu sehen galt, gruppieren sich wie schon früher um die Altstadt.

Die Übersichtskarte rechts unten auf dem Stadtplan hingegen zeigt nur noch den heute polnischen Teil Ostpreußens. Die moderne Zeit warf also in diesem Reiseführer bereits ihre ersten Schatten voraus. Uwe Hahnkamp

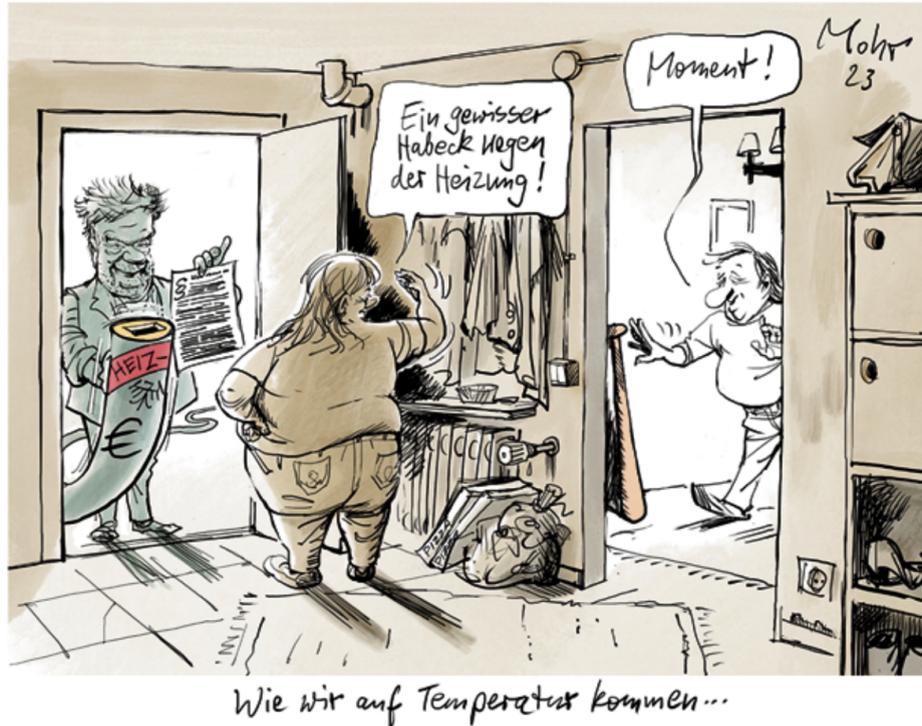


Museum der Moderne: Rafał Bętkowski beim Vortrag

Foto: U.H.

● AUFGESCHNAPPT

Die Veranstalter des diesjährigen Hamburg-Marathons hatten sich alle Mühe gegeben, dem Zeitgeist zu entsprechen: „Wir machen die Stadt für einen halben Tag autofrei, sorgen damit für bessere Luft“, ließen sie verlauten. Auf der Strecke seien nur Elektroautos und Fahrräder zugelassen, es gebe Mehrwegbecher, recycelbare T-Shirts etc. Doch sie erhielten dennoch keine Gnade. Das größte Printmedium der Hansestadt fuhr ihnen mit dem Hinweis in die grüne Parade: „Beim Marathon atmen Läuferinnen und Läufer pro Stunde fast 0,8 Kilogramm CO₂ mehr als im Ruhezustand.“ Danach müsste Sport eigentlich ganz verboten werden, wegen des „Klimaschutzes“. Zudem: Bei der Debatte um Feinstaub wurde unlängst auch der Abrieb von Turnschuhen bemängelt, nachdem am Stuttgarter Neckartor die Feinstaubbelastung an einem autofreien Tag höher war als sonst, weil dort ein Dauerlauf stattfand. Apropos: Was ist eigentlich mit dem Reifenabrieb von E-Autos? Werden die auch bald als „Dreckschleudern“ entlarvt? H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Traum von der Hundehütte

Was neuerdings „hochproblematisch“ ist, und warum man uns Winzhäuser wohl so laut anpreist

VON HANS HECKEL

Es sind genau 1,76 Prozent: So hoch ist der Anteil der Deutschen am globalen CO₂-Ausstoß. Damit ist unsere Emission nicht bloß insgesamt, sondern auch pro Kopf geringer als die der Chinesen. Und die bauen und planen derzeit mehr als 200 neue Kohlekraftwerke. Haben Sie das gewusst? Wenn ja, behalten Sie es lieber für sich. Anne Will findet den Hinweis auf den geringen Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Ausstoß nämlich „hochproblematisch“, wie sie uns in ihrer Sendung vom vergangenen Montag wissen ließ.

Wie recht sie hat! Habeck und Co. rechtfertigen die Brutalität, mit der sie auf Wohlstand und industrielle Zukunft ihres eigenen Volkes losgehen, schließlich mit dem akuten „Klimanotstand“, sprich: Wenn wir jetzt nicht mit aller erdenklichen Radikalität umsteuern, ist es für die ganze Welt zu spät. Wer indes die „hochproblematischen“ 1,76 Prozent im Kopf hat, dem erscheint das deutsche Vorpreschen wie der Plan, die nächste Nordsee-Sturmflut mit einem Deich in der Höhe eines Maulwurfshügels aufzuhalten. Die Erfolgsaussichten sind dermaßen null, dass es schwerfallen könnte, ein Volk davon zu überzeugen, für ein solches Bauwerk seinen Wohlstand dranzugeben.

Ja, das sei ja richtig, entgegnet uns die grünen Klimakämpfer. Aber Milliarden von Menschen überall auf der Welt würden uns ja folgen, weil Deutschland ein Vorreiter sein werde. Werden sie das? Ja, sicher, insbesondere, wenn sie erst gesehen haben, wie sich ein ehemals beneidetes, wohlhabendes Volk mit beispielhafter Industrie per „Klimaschutz“ selbst in den wirtschaftlichen Abgrund manövriert hat. Wen juckt es da nicht, denen hinterher zu reiten?

Vielleicht läuft es auch eher so: Sobald ein indischer Politiker in zehn oder 15 Jahren in einer Wahlkampfdebatte „Klimaschutz“ fordert, muss ihm der Vertreter der Gegenpartei nur das Wort „Germany“ entgegenschleudern, und schon ist der arme Menschheitsretter politisch erledigt. Durchgefallen, weil die Inder mittlerweile davon gehört haben, welch trauriges Schicksal die einst bewunderte Industrienation im Herzen Europa erleiden musste, nachdem sie sich der Brechstange der radikalen Klimapolitik ergeben hatte.

Es sei denn, den Deutschen dämmert gerade noch rechtzeitig, was da gerade mit ih-

nen gemacht wird. Sicher, das ist eher unwahrscheinlich. Und selbst wenn sie es merken, sind die Aussichten auf erfolgreichen demokratischen Protest gering, denn die feste Wagenburg der Mächtigen kann allerhand Attacken des gerechten Volkszorns leichterhand abwehren.

Eine beliebte Taktik besteht von Alters her darin, den Feind zu verwirren. Darin sind die Entscheider von heute geradezu meisterhaft. Oder blicken Sie noch durch bei dem verworrenen Netz an Maßnahmen, Gesetzen und Planungen? Eben, und das sollen Sie auch gar nicht, sonst könnten Sie sich ja dagegen in Stellung bringen!

So manches, was da auf uns einprasselt, enthüllt seinen tieferen Sinn erst später. Seit Jahren beispielsweise werden wir mit Werbung für „Tiny Houses“, also winzigen Wohnhäusern, belagert. Wie schön es sich darin lebt, dass man absolut nichts entbehren müsste, was nicht ohnehin über sei, und welches Glück solche Hundehütten für Zweibeiner für deren Insassen bedeuteten.

Keine Angst mehr vor der Enteignung

Dabei werden uns selten Leute gezeigt, die zuvor unter der Brücke oder in einem winzigen, muffigen WG-Zimmer hausen mussten, sondern eigentlich immer welche, die bislang weitaus großflächiger gewohnt hatten. Das ist natürlich eine krude Verschwörungstheorie, zugegeben: Aber kommt einem das nicht mittlerweile wie eine geniale Masche vor, um uns das Verdampfen unseres Wohlstands als Weg in einen tollen Lebensstil zu verhökern, auf den wir uns aus ganzem Herzen freuen sollten? Selbstverständlich fehlt nie der Hinweis, wie „nachhaltig“ und klimadingsda diese hippe neue Wohnform sei. In den „Tiny Houses“ leben auch stets junge Aufsteigertypen, niemals zottelige Absteiger. Da macht einem die Enteignung durch das Klimaregime doch gar keine Angst mehr.

Oder doch? Wie es so schön heißt: Früher war auch die Zukunft besser. Die kam damals als solides Eigenheim, wenn nicht gar – fern am Horizont des Mittelschichtlers, aber doch so schön anzusehen – als schmucke Villa daher. Und nun eben als Hundehütte.

Überhaupt – das Eigenheim. Diese Wohnform schob sich einst zwischen die Villen und Schlösser der Begüterten auf der einen und die Hütten und Baracken der Unterschicht auf der anderen Seite. Der Feldzug gegen das Eigenheim tendiert – sozial gesehen – also in

—
Eine beliebte Taktik besteht darin, den Feind zu verwirren. Darin sind die Entscheider von heute geradezu meisterhaft

eine „gute alte Zeit“ zurück, die das Prädikat „gut“ nur für recht wenige Zeitgenossen gerechtfertigt hat, während die übrigen dagegen ziemlich alt aussahen. In jener vorindustriellen Zeit der Feudalstrukturen kam es kaum darauf an, wie fähig oder fleißig einer war. Da entschieden andere Dinge über „oben“ und „unten“, etwa die Zugehörigkeit zur richtigen Familie. Wer unter „Aufgefallen“ auf der Seite 1 den grünen Familienfilm studieren konnte, hat eine plastische Vorstellung davon, wie wir uns dieser alten Zeit bereits wieder annähern.

Um dem Pöbel auf der anderen Seite die Möglichkeit zu verbauen, aus eigener Kraft Wohlstand zu sichern oder zu erreichen, lassen sich die neuen Feudalherren ständig neue Hürden einfallen. Ab 2027 etwa soll der verpflichtende CO₂-Emissionshandel für alle kommen, nicht nur für Betriebe. Was das genau heißt, ist schwer zu durchblicken für den Laien. Eines jedoch ist sicher: Es wird noch teurer für den Normalbürger. Allerdings soll von den Einnahmen ein „Klimasozialfonds“ eingerichtet werden, um einen Teil als „Klimageld“ an die Bürger zurückzuveteilten.

So war es mal versprochen. Ob das auch so kommt, bleibt fraglich. Denn in der Ampel spricht von dem „Klimageld“ eigentlich keiner mehr. Stattdessen landet das Geld bislang in einem „Klima- und Transformationsfonds“ des Bundes.

Derweil rückt uns die EU mit ihren neuen Dämmvorschriften auf den Pelz. Da fragt man sich allerdings: Wie sollen Vorschriften, die sogar deutsche Haushalte kaum stemmen können, deren Häuser heute schon vergleichsweise vorbildlich gedämmt sind, von rumänischen Familien eingehalten werden, die für Dämmung noch fast nichts getan haben? Die Antwort ist einfach: Wer noch nichts getan hat, bei dem begnügt sich Brüssel mit ein paar neuen Fenstern. Wer dagegen schon ordentlich investiert hat, der muss nun erst recht noch einmal loslegen – man geht immer vom derzeitigen Stand in den Ländern aus.

Mit anderen Worten: Die Deutschen sollen bitter dafür bezahlen, dass sie schon seit fünfzig Jahren, seit der ersten Ölkrise, viel Geld für Wärme-Isolierung ausgegeben haben. Länder, in denen man gar nichts tat, haben Glück gehabt und kommen mit ein paar Kleinigkeiten davon. „Gerechtigkeit“ auf europäisch: Hauptsache, den einfachen Leuten im „reichen Norden“ geht es an den Kragen, egal wie.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt sieht Deutschland auf dem Weg nach unten. Warum, schreibt er in der „Welt“ (19. April):

„Je attraktiver das Land für jene wird, die die sehr hohen Sozialleistungen als verlockend empfinden, umso unattraktiver wird es für jene, die global gesucht werden. Wer sich aussuchen kann, in welchem Land er seines Glückes Schmied werden will, macht einen Bogen um Deutschland.“

Ulrich Reitz nimmt im „Focus“ (19. April) die Behauptung auseinander, Deutschland übernehme mit seiner Klimapolitik eine „Vorreiterrolle“ in der Welt:

„Die Chinesen planen und bauen mehr als 200 neue Kohlekraftwerke ... Kein einziges Land der Welt wird dem Habeck-Gesetz folgen und seine Bürger derart mit dem Heizungs-Hammer verprügeln, wie der Minister dies nun tut. Unter der stillen Komplizenschaft des Bundeskanzlers.“

Alexander Horn beleuchtet im Portal „Telepolis“ (23. April) den Kern des sogenannten Demokratiefördergesetzes:

„In einer fatalen Umkehrung des demokratischen Prinzips beabsichtigt die Bundesregierung mit dem Demokratiefördergesetz nicht etwa, den Einfluss der Bürger auf den gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess durch Förderung der öffentlichen Debatte und Kontroverse zu stärken, sondern ihn zu behindern. Mit der Etikettierung Andersdenkender als demokratie- und menschenfeindlich macht sie sich und die gesamte Öffentlichkeit im besten Fall zu Sklaven ihrer eigenen Meinung, da sie Anderen das Recht vorenthält, sich zu äußern.“

Fatima Keilani, Berlin-Korrespondentin der „Neuen Zürcher Zeitung“ (20. April), warnt in ihrer Zeitung mit Blick auf Deutschland:

„Einen Mann in Frauenkleidern weiterhin als Mann anzusprechen, soll künftig eine Ordnungswidrigkeit sein, die ein Bußgeld nach sich ziehen kann. Eine geharnischte Restaurantkritik soll schon als ‚digitale Gewalt‘ durchgehen. Und private Chats unbescholtenen Bürger sollen gesannt werden. Das führt in eine Gesellschaft, in der sich niemand mehr traut, sich eigenständig zu verhalten. Es führt schlimmstenfalls zum Erstickungstod der Demokratie.“

In einer Koalition mit den Grünen würde die CDU jede Kröte schlucken, um an der Macht zu bleiben, sagt Marion Thurnes, und erklärt auf „Achgut“ (24. April), warum:

„Nach 16 Jahren Angela Merkel sind die Eliten der Partei korrupt genug, dass ihnen ihr eigenes Fortkommen heute wichtiger ist als der Zustand des Landes morgen. So hat Mutti im Amt überdauert, so wollen sie das auch machen.“

● WORT DER WOCHE

„Die Taktzahl der Schläge, nach denen wir im Gleichschritt mitzumarschieren haben, wird kontinuierlich schneller und härter geschlagen.“

Toddn Kandziora im Blog von Alexander Wallasch am 22. April zur Lage des deutschen Durchschnittsbürgers